

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 1

(Beginn: 14.43 Uhr - Ende: 19.53 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 12. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode - es ist unsere zweite Sitzung heute - und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und alle, die im Livestream zuschauen; besonders unsere Nachwuchskräfte: die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltungslehrgänge des Rheinischen Studieninstituts für Kommunale Verwaltung mit ihrem Dozenten, Herrn Koenen. Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Ich begrüße die anwesende Bezirksbürgermeisterin und den Bezirksbürgermeister und den Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Keltek, und freue mich natürlich, Sie - die Mitglieder des Rates - wiederzusehen.

Nachdem wir mit der Verabschiedung der Haushaltssatzung heute Morgen ja schon einen zukunftsweisenden Beschluss gefasst haben, kommen wir nun zur sogenannten regulären Arbeits-sitzung. Ich möchte aber einen Geburtstagsglückwunsch, den ich heute Morgen nicht ausgesprochen habe, ergänzen. Ich wusste doch, was mir fehlte: Der Geburtstagsglückwunsch geht an die Verwaltungsbank. Das ist die Frau Kollegin Mötting, die auch heute Geburtstag hat. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Nachmittag entschuldigt: Herr Büschges, Frau Heuser, Frau Hoyer, Frau Niknamtavin, Herr Dr. Schlieben, Frau Steinmann - der ich gute Besserung wünsche -, Herr Sterck und Frau Tokyürek. Von der Verwaltung wird Herr Beigeordneter Dr. Rau nicht an der Sitzung teilnehmen.

Ich schlage vor, dass die Stimmzählerinnen und Stimmzähler von heute Morgen auch für die Nachmittagssitzung benannt bleiben. Das wären damit erneut Frau Pakulat, Frau Oedingen und Herr Michel.

Zunächst bitte ich Sie, mit mir die Tagesordnung für die Sitzung festzulegen. Im Entwurf sind die nachträglichen Zu- und Absetzungen gekennzeichnet. Änderungsanträge sind beim jeweiligen Tagesordnungspunkt aufgeführt. - Hier ist ein Antrag zur Geschäftsordnung. Bitte.

Philipp Busch (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. - Ich wollte sagen: Zu Punkt 1.2 und 1.3 - das sind ja Anträge auf eine aktuelle Stunde - haben die jeweils antragstellenden Fraktionen vergessen, uns anzuschreiben. Gemäß § 5 Abs. 3 Satz 2 unserer Satzung hätte das bis gestern oder bis heute 24 Uhr stattfinden müssen. Das ist nicht erfolgt. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich nehme das zur Kenntnis und komme jetzt zu dem Tagesordnungspunkt aktuelle Stunde und damit zunächst zur AfD-Fraktion, die am 19. Oktober, also fristgemäß, einen Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema „Muezzin-Ruf in Köln“ eingereicht, hat, der als TOP 1.1 auf der Tagesordnung steht.

Die Fraktion Die FRAKTION hat am 5. November - ebenfalls fristgemäß - einen Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema „Bedarf an nichtkommerziellen Freizeittreffpunkten“ eingereicht, der als TOP 1.2 auf der Tagesordnung steht.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Volt und Ratsmitglied Zimmermann haben am 8. November einen Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema „Situation auf Kölner Plätzen und Feiermeilen“ eingereicht

(Zuruf: Auch fristgemäß!)

- auch fristgemäß, natürlich -, der als TOP 1.3 auf die Tagesordnung genommen wurde.

Damit kommen wir zur Festlegung der aktuellen Stunde. Wie Ihnen bekannt ist, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine aktuelle Stunde pro Sitzung vor. Bei mehreren Anträgen besteht aber die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der Themen. Deswegen habe ich jetzt zu fragen, ob eine solche Einigung erzielt werden konnte.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein! - Weitere Zurufe: Nein!)

- Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung abstimmen - -

(Philipp Busch [AfD]: Frau Oberbürgermeisterin!)

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 2

- Bitte, noch ein Antrag zur Geschäftsordnung.

Philipp Busch (AfD): Unseres Erachtens ist die Abstimmung entbehrlich, weil die Anträge ja nicht ordnungsgemäß den Fraktionen zugestellt wurden. Aktuell besteht für mich tatsächlich nur 1.1, da 1.2 und 1.3 eben nicht nach § 5 Abs. 3 Satz 2 an uns verschickt wurde. Deswegen ist diese Abstimmung für mich obsolet.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ob die übermittelt worden sind, entzieht sich bisher meiner Kenntnis. - Darf ich bitte den Satz zu Ende sprechen? Dann komme ich zu Ihrem Antrag zur Geschäftsordnung. Deswegen habe ich jetzt zu fragen, ob die Anträge der Fraktion übermittelt worden sind.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Unserer Kenntnis nach bezieht es sich darauf, dass die aktuellen Stunden im Ratsinformationssystem digital zur Verfügung gestellt werden, und dann können Sie auch entsprechend hier behandelt werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hock von der FRAKTION.

Michael Hock (Die FRAKTION): Ja, das ist auch mein Verständnis: Ich gehe davon aus, dass Sinn und Zweck der zitierten Vorschrift darin besteht, dass eine vorzeitige Information der jeweiligen Fraktionen möglich ist. Das ist in dem Fall - wir haben am 05.11. den Antrag auf Durchführung der aktuellen Stunde fristgemäß gestellt - möglich gewesen. Selbst wenn die Formulierung, die mir nicht gegenwärtig ist, dergestalt sein sollte, dass dort geregelt ist, dass eine Zustimmung erfolgen muss, gehe ich davon aus, dass man nach Sinn und Zweck auslegen und sagen müsste: „Ja, Leute, ihr hättet es halt sehen können!“

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also, ich zitiere jetzt aus § 5 Abs. 3 Ihrer Geschäftsordnung, meine Damen und Herren:

Der Antragsteller

- es ist noch nicht gegendert -

ist für die fristgerechte Zustellung bei den Fraktionen (per Fax oder elektronischer Post) und bei der Oberbürgermeisterin (in elektronischer Form über das Sitzungsmanagementprogramm) verantwortlich und bei Bedarf nachweispflichtig.

Tatsächlich ist das wohl nicht geschehen, wenn ich das jetzt Ihrer - - So einen Fall habe ich noch nicht gehabt.

(Ulrich Breite [FDP]: Doch, doch!)

- Herr Breite, Sie können ihn ja bereits gehabt haben. Das heißt ja nichts.

Hier gibt es natürlich den Sonderfall, dass gestern die fristgemäß gestellten Anträge über das Ratsinformationssystem ersichtlich waren und bekannt waren, aber für mich gilt als Erstes der Wortlaut der Geschäftsordnung.

Wir machen eine kurze Sitzungspause von fünf Minuten, und es wird einmal recherchiert.

(Unterbrechung
von 14.51 Uhr bis 14.59 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich würde gerne wieder in die Sitzung eintreten.

Ich stelle fest, dass nach den mir vorliegenden Informationen gemäß § 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung die aktuelle Stunde die von der AfD-Fraktion am 19. Oktober fristgemäß beantragte zum Thema „Muezzin-Ruf in Köln“ ist.

(Beifall bei der AfD)

Ich würde gerne jetzt zur Zusetzung der Tagesordnungspunkte kommen. Das sind im öffentlichen Teil TOP 3.2.4, TOP 4.3 und 4.4, TOP 10.22 bis 10.24, TOP 17.6 bis 17.10 und im nichtöffentlichen Teil 23.5, 24.4, 24.5, 24.6.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.1.1, 6.2.1, 6.2.2, 10.1, 10.18, 10.21 und 24.4.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Hammer.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 3

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Ich beantrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Beratungsbedarf für die Tagesordnungspunkte 17.2 sowie 17.4 und 17.5; das betrifft die Gremien des RGRE. Die würden wir gerne in die Dezemberversitzung schieben.

Außerdem würden wir gerne die Vorlage 10.24, die sich auf den Beschluss des Wirtschaftsausschusses beruft und heute noch eingegangen ist, gerne im Hauptausschuss beraten. Das müsste möglich und auch noch fristgerecht sein.¹

Vielleicht noch zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Machen wir gleich, okay.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das machen wir gleich. - Ich habe weitere Wortmeldungen: von Herrn Hock und von Herrn Kienitz.

Michael Hock (Die FRAKTION): Wir würden den Tagesordnungspunkt 3.1.6 - das ist unser Antrag betreffend die Prüfung einer dritten Variante zur Ost-West-Achse - zurückziehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für die CDU-Fraktion beantrage ich Beratungsbedarf zu Tagesordnungspunkten 3.2.1 und 10.5.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Die SPD-Fraktion hat am 5. November zum Thema „Vierte Corona-Welle brechen“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist Tagesordnungspunkt 3.1.7. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt

es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann liegt unter TOP 3.1.8. ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP, Volt, Die FRAKTION und der Ratsmitglieder Frau Gabrysch und Herr Zimmermann vom 8. November vor. Es geht um die Aufhebung der Ausreisesperre für Hamide Akbayir. Gibt es hier Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist auch nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Und dann kommen wir zur Reihenfolge der Tagesordnung. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, dass wir den gerade eben auf die Tagesordnung aufgenommenen Dringlichkeitsantrag unter 3.1.8 vor die ganzen Dreierpunkte, sprich unter TOP 3.1.0 behandeln.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann Frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Wir beginnen mit der aktuellen Stunde:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**1.1 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Muezzin-Ruf in Köln“
AN/2185/2021**

¹ Anmerkung: Antrag auf Verweisung zur Beratung und Entscheidung in den Hauptausschuss.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 4

Herr Cremer hat das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer auf der Tribüne! Liebe Zuschauer im Livestream! Köln will mal wieder über-tolerant sein, macht aber damit die Tür für Intole-ranz auf - sperrangelweit! -, und zwar für den po-litischen Islam.

So, liebe Frau Reker, kann Ihre Entscheidung, den Muezzin rufen zu lassen - oder besser die Be-reitschaft, die Erlaubnis dafür zu erteilen - zusam-mengefasst werden. Frau Reker, Ihre Entschei-dung zeugt - das muss ich leider sagen, auch wenn Sie jetzt gerade hier mit Blick auf die Ge-schäftsordnung wirklich dem Idealbild einer deut-schen Beamtin entsprochen haben - von einer ge-wissen Arroganz der Macht!

Sie hätten dieses weitreichende Thema zumin-dest erst einmal hier im Rat beraten lassen und um ein entsprechendes Votum bitten können. Es wäre zwar interessant gewesen, wie die CDU ab-gestimmt hätte, wenn ich mich da an die Aussa-gen ihrer Vertreter im AVR erinnere. Auf diese Weise hätten Sie, Frau Reker, die notwendige ge-sellschaftliche Debatte mit allen Akteuren starten können und den notwendigen demokratischen Begleitprozess für eine solche, die Stadt für im-mer verändernde Entscheidung sicherstellen kön-nen. Es hätte einer breiten Debatte in Köln be-durft. Das zeugt von einem mangelnden Demo-kratieverständnis Ihrerseits.

(Beifall bei der AfD)

Der Eindruck ist entstanden, dass Sie durch die Hintertür, also klammheimlich, dem politischen Is-lam die Tore zu Köln öffnen wollten - und das alles unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Tole-ranz. Aber so nicht, Frau Reker! Warum die Heim-lichkeit? Hatten Sie etwa Angst, dass die Kölner Ihnen aufs Dach steigen könnten und dann selbst hier im Kölner Rat der Widerstand größer als ge-dacht werden könnte? Der politische Islam mit sei-nem Anker - oder, besser gesagt: ideologischen Schlachtschiff -, der DITIB-Zentralmoschee, ist ja schon da. Und jetzt darf er auch noch jeden Frei-tag den Nicht-Muslimen in dieser Stadt klar ma-chen, wer hier eigentlich das Sagen hat. Schöne neue Welt, aber nicht mit uns, der AfD!

Es kann ja gerne jeder glauben, was er möchte - von Spaghetti-Religion bis sonst was. Aber bitte nicht der Muezzin-Ruf! Moslems können ihren Glauben auch ohne diesen Gebetsruf ausüben, der den Herrschaftsanspruch dieser vermeintli-chen Religion des Friedens zum Ausdruck bringt. Jetzt kommen Sie wahrscheinlich mit dem Kir-chengeläut. Das ist aber nur ein akustisches Sig-nal und ein inhärenter Teil unseres christlich-abendländischen Kulturkreises, und das ist der Muezzin-Ruf nicht!

Was haben wir jetzt? Wir haben in Köln die DITIB-Moschee. Diese wird von der türkischen Religi-onsbehörde Diyanet geführt und ist der verlän-gerte Arm für den islamisch-türkischen Nationalis-mus des türkischen Präsidenten Erdogan. Wir ha-ben ja heute gesehen, zu was dieser Mann alles fähig ist! Der gute Mann hat es übrigens wie in fast allen anderen islamischen Ländern nicht so mit der Toleranz. Lassen Sie mal in der Türkei oder Saudi-Arabien die Kirchenglocken läuten! Allein deshalb dürften wir dieses raum- und kultur-fremde Geträllere von den Minaretten nicht erlau-ben.

Frau Reker, Sie geben diesem Mann mit einge-schränktem Demokratieverständnis die Möglich-keit, seine Macht in Köln kundzutun. Ich will nicht wissen, wer noch alles hinter den anderen Mo-scheen in Köln steht. Ich finde es übrigens gera-dezu grotesk, wie wir im AVR über dieses Thema geredet haben und dann auch noch über den LGBTI-Maßnahmenplan der Stadt. Machen Sie doch einmal eine Umfrage in Kölner Moscheen, wie dort zu dem Thema gestanden wird, oder hö-ren Sie sich zu dem Thema einmal in mehrheitlich muslimischen Ländern um!

Ich habe hier bewusst nicht über die Gewalttaten, die im Namen dieser Religion verübt werden, ge-sprochen. Und damit will ich nicht sagen, dass je-der Moslem ein Gewalttäter ist. Das ist absoluter Blödsinn. Nur, im Namen dieser Religion findet das immer wieder statt. Gerade den politischen Is-lam mit seinem Herrschaftsanspruch - wenn ich an Länder wie Saudi-Arabien denke und an die Attentäter des 11. Septembers, die alle daher ka-men - sollte man sich vor Augen führen.

Deshalb, Frau Reker: Sie geben mit Ihrem Ver-waltungshandeln dem politischen Islam die Mög-lichkeit, seinen meist demokratiefeindlichen Herr-schaftsanspruch über Köln und die Kölner auszu-breiten. Stoppen Sie das! Kehren Sie hier um!

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 5

Das passt nicht zu Köln. Das passt nicht zu unserer Toleranz. Das passt nicht zum christlich-abendländischen Kulturkreis. Wir können da draußen alle den Dom sehen. Es würde keiner auf die Idee kommen, das in Mekka zu machen. Deswegen: Stoppen Sie bitte diesen Irrsinn, und zwar sofort!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Frau von Bülow, bitte.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Kolleginnen und Kollegen! Frau Oberbürgermeisterin! Ehrlich gesagt, bin ich noch ziemlich entsetzt über das, was wir gerade hören mussten. Ich war auch heute Morgen schon entsetzt und denke, das passt schon zusammen, aber leider auf - für mich gesagt - eklige Art und Weise. Sie haben heute Morgen in Ihrer Rede zum Haushalt gesagt, Muslime sind Minderleister, und dafür müssen wir unser Geld rauswerfen. - Das passt zu dem, was Sie jetzt gerade gesagt haben. Ich bin froh, dass der Rat der Stadt Köln sich immer eindeutig völlig anders positioniert hat und immer dafür ist, sich tatsächlich für Vielfalt auszusprechen. Wir haben viele Resolutionen in diese Richtung verfasst, und darüber bin ich sehr, sehr froh, dass es so ist.

(Beifall)

Sie lassen auch nicht locker, immer wieder Angriffe auf die Oberbürgermeisterin und Angriffe auf den Rat zu fahren, damit angeblich die Demokratie zu bemühen, die hier infrage stehe. Ehrlich gesagt, Sie machen genau das Gegenteil. Sie stellen die Demokratie infrage und wir - da bin ich froh - sind in der Mehrheit genau die, die für die Demokratie in dieser Stadt eintreten und die es tatsächlich schaffen, dass in Köln alle Menschen friedlich miteinander leben können. Dafür allen Kollegen und Kolleginnen, die nicht der AfD angehören, herzlichen Dank!

(Beifall)

Sie wissen genau, Hetzerei, Vorwürfe usw. sind nicht konstruktiv, sondern bedingen das Gegenteil. Sie spalten die Stadt, sie spalten die Gesellschaft. Unsere Aufgabe als Rat der Stadt Köln ist es aber - und dafür treten wir an -, die Gesellschaft zusammenzuführen, allen Menschen hier eine Heimat zu geben und allen Menschen zu ermöglichen, dass sie in dieser Stadt ihre Religion leben können, ihre gesellschaftlichen Grundlagen leben können und alles, was sie mitbringen hier, dann auch so einzusetzen, dass das für alle richtigläuft. Natürlich, wenn irgendwo etwas zu bemängeln ist, dann machen wir das, dann macht das auch der Rat der Stadt Köln. Auch dafür brauchen wir nicht die AfD. Das ist ein Glück für diese Stadt.

(Beifall)

Religion im öffentlichen Raum und wie Religion sich im öffentlichen Raum darstellt - natürlich gilt es das auszuhandeln. Es gibt Diskussionen dazu; auch das ist eine Qualität unserer Stadt. Wir diskutieren nämlich über die Dinge. Wir gucken, wie wir die Dinge aushandeln.

Bei dem Muezzin-Ruf, ehrlich gesagt, sollten Sie die Kirche im Dorf lassen. Auch darüber kann man diskutieren, natürlich, das muss man auch. Aber im Augenblick geht es um eine ganz kleine Sache, und es geht nicht um den politischen Islam und Gewalttaten und was auch immer Sie gerade heraufbeschwören.

Sie wissen selber: Man muss natürlich kritisch gucken, was bei der DITIB passiert. Aber die DITIB hat im Augenblick gar keinen Antrag gestellt. Insofern haben Sie irgendwie das Thema verfehlt mit Ihrer aktuellen Stunde.

(Beifall)

Es geht natürlich darum, welche Debatten wir führen. Es gibt Besorgnisse. Es gibt Befürchtungen in dieser Stadt. Auch das muss man ernst nehmen. Wir alle lesen den *Stadt-Anzeiger*. Auch da kann man vieles lesen. Aber man kann verschiedene Meinungen zum Muezzin-Ruf lesen, auch das muss man klar haben. Natürlich diskutieren wir darüber und kommen zu Lösungen, das ist auch richtig so.

Aber: Religionsfreiheit ist ein hohes Gut. Gleichbehandlung aller ist ein hohes Gut. Und das dürfen wir hier nicht negieren. Sie wissen alle, wir haben den Rat der Religionen. Auch das ist ein Ort,

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 6

wo genau solche Diskussionen laufen, und darüber bin ich sehr froh. Seit 2006 gibt es ihn. Seit 2006 wird auch dort hart verhandelt und weiter diskutiert. Der Rat der Religionen erneuert sozusagen seine Stellungnahmen immer wieder. Das finde ich auch richtig, weil das lebendig sein muss. Die Diskussionen in der Stadt laufen weiter. Die sind lebendig zu führen und natürlich nicht statisch festzuhalten.

Nichtsdestotrotz bin ich froh, dass es von da grundlegende Aussagen gibt, an denen wir uns als Stadt immer wieder orientieren können. Diese Aussagen sind ganz klar: Nicht nur der Rat der Religionen, sondern auch der Rat der Stadt Köln hat sich häufig und immer wieder auf die Fahne geschrieben, für Vielfalt einzutreten. Wir haben das Anfang 2020 noch einmal wiederholt. Das finde ich richtig, dass diese Stadt sich dazu bekennt, dass wir alle gemeinsam Köln sind und dass wir alle gemeinsam für alle hier die richtigen Lebensgrundlagen schaffen.

Ich zitiere einfach, weil wir den 9. November haben und weil ich das Gefühl habe, dass nicht alle in diesem Rat tatsächlich wissen, was im Grundgesetz steht, zum Abschluss meiner Rede ganz kurz Art. 3 des Grundgesetzes:

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Und genau das ist das, wofür wir stehen. Auf das Grundgesetz sind wir vereidigt, und ich freue mich, dass fast alle im Rat genau das teilen.

Vielen Dank!

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich von Herrn Boyens und Herrn Hock.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau von Bülow, ich muss mich strikt gegen diese fälschliche Unterstellung verwahren, ich hätte gesagt, dass

sämtliche Muslime Minderleister sind. Das ist natürlich vollkommener Blödsinn. Ich würde so etwas niemals sagen, und ich stehe selbstverständlich fest zu Artikel 3 des Grundgesetzes.

Was ich gesagt habe - und das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen -, ist, dass die Regierungszeit von Frau Reker verknüpft sein wird und verknüpft ist mit der Erinnerung an eine massive, massenweise Migration minderqualifizierter Muslime.

Das ist eine vollkommen andere Aussage, die ich strikt von mir weise. Ich bitte Sie, sauber zu zitieren, Frau von Bülow, und hier nicht mit diesen Unterstellungen und Verfälschungen zu arbeiten. Danke!

(Beifall bei der AfD - Zurufe: Auch nicht besser! - Aber es bleibt ja Blödsinn!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hock hat jetzt das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Auch Die FRAKTION möchte dazu Stellung nehmen. Es geht um drei Punkte: Zum einen geht es um das Verfahren, dann möchten wir inhaltlich etwas dazu sagen und mit einem Vorschlag enden.

Zunächst zum Verfahren: Wir alle haben in unseren Bubbles, aber vielleicht sogar darüber hinaus in diesem Fall die Zeitungen verfolgt. Es ging ziemlich hoch hin und her. Die Stadtgesellschaft diskutiert über dieses Thema. Auch wir wünschen uns dazu eine breite Diskussion. Ich bin zuversichtlich, dass in dem bunten und toleranten Köln, eine von einer überwiegenden Mehrheit von Menschen und auch Ratsmitgliedern, eine Meinung vertreten wird, die sicherlich der rechtsextremistischen Meinung der „NAfDP“ entgegengesetzt ist. - Das zum einen. Das heißt, eine Diskussion sollte zu dem Thema aus unserer Sicht stattfinden.

Das andere ist das Inhaltliche. Da muss ich Ihnen sagen: Wir sind angetreten, um Inhalte zu überwinden. Dazu stehen wir auch. In dem Fall haben wir allerdings eine Meinung zu der Art und Weise, wie das hier von der „NAfDP“ zum Ausdruck gebracht worden ist. Hier wird, wie es Muster und Masche ist, ein Thema aufgegriffen, einseitig beleuchtet und für eine rechte Propaganda genutzt. Wir verwehren uns dagegen. Die AfD sollte schauen, dass sie in ihren eigenen Reihen mit

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 7

extremistischen Bestrebungen aufräumt, bevor sie mit dem Finger auf andere zeigt. Damit muss Schluss sein.

Das Letzte ist ein Vorschlag von unserer Seite - ich habe ihn schon in einem anderen Kontext angebracht -: Vermittelnd möchten wir die Verwaltung bitten, zu prüfen, ob es möglich ist, dass die Muezzin-Rufe beschränkt werden auf eine Zeit von 11.11 Uhr bis 11.12 Uhr und sich beschränken auf den Ausruf „Kölle Allah!“ Das wäre, glaube ich, etwas, womit alle sich abgeholt fühlen und wir einen konstruktiven Weg finden, um damit umzugehen. Vielen Dank!

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? Zum Verfahren Herr Hammer, bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage zum weiteren Umgang mit der aktuellen Stunde, die Sache als erledigt zu betrachten, und dann können wir weiter in der Tagesordnung machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann wird die Sache für erledigt erklärt und wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

2.1 Annahme zweckgebundener Spenden von „Wir helfen - Der Unterstützungsverein von M. DuMont Schauberg e.V.“ an die Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung der Stadt Köln 1498/2021

Es geht um 70 000 Euro zur Durchführung von Ferienmaßnahmen, Freizeitaktivitäten und Kinderhilfsprojekten. - Wer dem wünscht zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die

Grünen, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann, die Fraktionen CDU, FDP, Volt, Die FRAKTION, AfD. - Enthaltungen? - Kann es gar nicht mehr geben. - Dann ist diese Schenkung angenommen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei dem Verein „Wir helfen“.

(Beifall)

2.2 Annahme eines Kunstwerks von Danh Vo als Schenkung 2980/2021

Gibt es hier Zustimmung? Dann bitte ich Sie um Ihr Handzeichen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann, die Fraktionen CDU, FDP, Volt, FRAKTION und AfD. - Gibt es Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist auch diese Schenkung angenommen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Herrn Thomas Borgmann für dieses Kunstwerk.

(Beifall)

Und wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt, Die FRAKTION, RM Gabrysch und RM Zimmermann betreffend „Aufhebung der Ausreisesperre für Hamide Akbayir“ AN/2357/2021

Ausweislich der geänderten Tagesordnung fangen wir mit diesem Punkt an; vorher war das der Tagesordnungspunkt 3.1.8.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Ratsmitglieder! Das für Hamide Akbayir in der Türkei verhängte Ausreiseverbot bedrückt viele von uns und hat auch großes Unverständnis hier ausgelöst. Wir kennen Frau Akbayir als frühere Ratskollegin und ehemalige Abgeordnete des Düsseldorfer Landtages. Ich kenne Frau Akbayir natürlich persönlich. Ich kenne sie als engagierte Kölnerin, die auch ihre Argumente stets klug und

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 8

angemessen äußert. Ich glaube deshalb, dass sie von ihrer Stimme lediglich Gebrauch gemacht hat, um eine friedliche Zukunft für ein Miteinander der Menschen zu fordern, die in der Türkei und in angrenzenden Gebieten leben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, immer wenn mir bewusst wird, dass Kölnerinnen und Kölner im Ausland unter Sanktionen leiden, die nicht unserem Rechtssystem entsprechen, unterstütze ich die von ihnen gewünschte Rückkehr nach Köln. Es ist mir in vielen Gesprächen mit den Heimkehrern bewusst geworden, wie wichtig unsere Solidarität für die von solchen Situationen Betroffenen ist. Ich bin deswegen den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP, Volt, Die FRAKTION, Frau Gabrysch und Herrn Zimmermann dankbar, dass sie sich auf eine gemeinsame Resolution verständigt haben. Sie haben sich auch darauf verständigt, dass mein Wortbeitrag zu diesem Thema heute unsere gemeinsame Anteilnahme, unsere Solidarität und unsere Intention, die von dieser Resolution ausgeht, zusammenfasst.

Ich möchte mich bei Ihnen allen sehr bedanken, dass Sie sich auf diesen gemeinsamen Weg geeinigt haben. Denn vor allem die Stärke unserer Gemeinschaft wird es jetzt sein, die Hamide Akbayir Halt und Stärke gibt und die unserer Stimme auch Gewicht verleiht. - Vielen Dank.

(Beifall)

Ich lasse jetzt über die Resolution abstimmen, weil ich davon ausgehe, dass es keine weiteren Wortbeiträge gibt. - Das ist auch nicht der Fall. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann, CDU, FDP, Volt, Die FRAKTION und AfD. Gegenstimmen gibt es keine und ebenso keine Enthaltungen. Natürlich unterstützt auch die Oberbürgermeisterin in vollem Umfang diese Resolution. - Vielen Dank.

(Beifall)

Ich rufe auf:

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke und die FRAKTION betreffend „Energiearmut verhindern! Schutzbedürftige Verbrauchende unterstützen!“**AN/2277/2021**

Hier hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir waren uns in diesem Haus immer einig darüber, dass das Dach über dem Kopf, also die Wohnung, angemessene Kleidung und genug zu essen Grundrechte sind, die allen Menschen zustehen. Was ist aber, wenn die Wohnung nicht mehr geheizt, die Kleidung nicht mehr gewaschen und das Essen nicht mehr gekocht werden kann?

Dieses Szenario könnte in diesem Jahr bei einem strengen Winter drohen; denn die Energiepreise sind schon jetzt dramatisch gestiegen. Jeder, der an einer Tankstelle vorbeikommt, wird das sehen oder gesehen haben. Der natürlicherweise im Winter ansteigende Energiebedarf durch die Heizung wird zu einem weiteren Preisanstieg führen; davon können wir sicher ausgehen. Sollten wir einen strengen Winter bekommen, was ja nicht auszuschließen ist, dann könnten die Preise explodieren. Dann käme es zu dem, was wir als Energiearmut bezeichnen.

Tausende von Kölner*innen könnten in die Situation geraten, ihre Rechnungen für Strom und Gas nicht mehr bezahlen zu können. Wer mit der Zahlung in Verzug gerät, dem drohen im schlimmsten Fall Strom- und Gassperren; der sitzt buchstäblich im Dunkeln und im Kalten. Besonders Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, sind von dieser Energiearmut bedroht. Aber auch Familien, die in normalen Zeiten ganz gut klarkommen, können bei den extrem gestiegenen Kosten für Energie in wirtschaftliche Schieflage geraten, geben sie ja bereits einen hohen Teil ihres Einkommens für die Kaltmiete aus - bei den hohen Mietpreisen hier in Köln kein Wunder.

Wir sind der Auffassung, dass Rat und Verwaltung auf keinen Fall unvorbereitet in diesen Winter gehen dürfen, in dem, wie gesagt, Tausende Kölner*innen von akuter Energiearmut bedroht sein könnten. Deshalb legen wir der Verwaltung ein Bündel von Hilfsmaßnahmen gegen die drohende Energiearmut vor, das sie jetzt bitte zeitnah prüfen soll. Und dann soll sie dem Rat ebenso zeitnah ein konkretes Maßnahmenpaket vorlegen, mit dem die Kölnerinnen und Kölner vor der Energiearmut geschützt werden.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 9

Wir freuen uns sehr, unter 10.23 eine Beschlussvorlage der Verwaltung vorgelegt zu bekommen, die einen Teil unserer Bitten und Forderungen bereits erfüllt. Da dürfen wir gleich über die Zuschussgewährung für den Stromsparcheck der Caritas abstimmen; das ist sehr gut. Schade ist, dass das nur bis zum März 2022 geht, aber immerhin.

Liebe Verwaltung, die Zeit drängt. Der Winter steht nicht nur vor, sondern schon in der Tür. Ich hoffe, wir sind uns im Rat einig darüber, dass wir hier in Köln niemanden im Dunkeln oder im Kalten sitzen lassen wollen, nur weil sein Geld nicht für die notwendige Energie reicht. Von daher hoffe ich auf Ihre Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Die Energiepreise schießen im Moment durch die Decke. Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland haben eigene Programme aufgelegt mit pauschalen Zahlungen an schutzbedürftige Verbraucher. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die alte oder die neue Bundesregierung so etwas tut. Deshalb muss die Stadt Köln Energiearmut jetzt aufmerksam beachten. Auch mit kleinen kommunalen Maßnahmen, wie zum Beispiel Aussetzung der Stromsperrn, Schaffung eines kommunalen Hilfefonds, können wir in Köln Energiearmut bekämpfen und die Not lindern.

Ich möchte daran erinnern, dass SPD, Grüne und DIE LINKE seit 2006 zu diesem Thema immer wieder aktiv waren. Begonnen hatte das mit einem gemeinsamen Ratsbeschluss, einen Sozialtarif Strom zu prüfen. Da dies einer bundesweiten Regelung bedurfte, entwickelten sich kleine Projekte gegen Energiearmut: der Runde Tisch bei der RheinEnergie, das Projekt „Stromsparcheck“ mit der Caritas, das Projekt „Intelligente Stromzähler“ des Grundversorgers RheinEnergie statt Stromsperrn am Kölnberg und einige andere wertschätzende Aktivitäten für schutzbedürftige Verbraucherinnen. Ich möchte mich beim neuen

Umweltdezernenten, Herrn Wolfgramm, bedanken, dass er kurzfristig 75 000 Euro für den Stromsparcheck eingestellt hat.

Sie können dieser Vorlage auch entnehmen, dass wir eine dauerhafte Lösung für dieses Projekt noch nicht gefunden haben, aber wahrscheinlich finden werden. In einem Schreiben weist der Projektträger darauf hin, dass bei einer Dreizimmerwohnung Einsparungen von jährlich 180 Euro erbracht werden können und 59 Euro Soforthilfe getätigt werden. Im Jahr können 500 Gramm CO₂ eingespart werden - und langfristig 3 000 Kilogramm. 500 Checks führt die Caritas im Jahr durch; es können jährlich CO₂-Einsparungen von 250 000 Kilogramm erreicht werden.

Alle Fachleute warnen jetzt vor dramatischen Preissteigerungen, die die Menschen zum Teil zeitversetzt mit Heizkostenabrechnungen erreichen werden. Die Chefin des Jobcenters Köln, Frau Würker, schreibt - ich zitiere -:

Lokal ist es wichtig, mit den Beteiligten (Stadt, Jobcenter, RheinEnergie) im Austausch zu bleiben und die Entwicklung ... genau zu beobachten und frühzeitig gute Lösungen zu entwickeln.

Der Mieterverein findet unseren Antrag gut. Die RheinEnergie als kompetenter Grundversorger, der in Köln einen guten Job macht, hat mir signalisiert, dass man über Stromsperrn reden kann. Und wer weiß, dass 60 Prozent aller Stromsperrn Personen von über 50 betreffen, kann sehen: Wir reden auch über Altersarmut. Das heißt, die zuständigen Verwaltungseinheiten haben das Problem erkannt, und wir müssen jetzt die Köpfe zusammenstecken.

Warum das Haushaltsbündnis diesen Antrag jetzt in den Fachausschuss Soziales schieben will, kann ich nicht verstehen, weil es sich um einen Prüfantrag handelt. Sagen Sie doch einmal, was Sie von den Vorschlägen von SPD, LINKEN und Die FRAKTION zum Beispiel zum kommunalen Hilfefonds für schutzbedürftige Verbrauchende halten! Das würde mich interessieren.

Ich habe den Eindruck, dass Grüne, CDU, aber auch FDP und Volt das Problem unterschätzen. CDU-Ministerin Scharrenbach forderte kürzlich Geld vom Bund. Noch ist Frau Merkel geschäftsführende Kanzlerin, und sie war auch auf dem EU-Treffen zur Energiearmut. Sie könnte immer

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 10

noch handeln, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

Also, packen wir es an! Und ich kann nur sagen: Wir, die Antragsteller - SPD, LINKE und Die FRAKTION -, werden an diesem Thema weiterarbeiten, werden nicht lockerlassen, weil uns dieses Thema in den nächsten zwei Jahren auf jeden Fall intensiv beschäftigen wird. Und wir werden bestimmt Formen finden, wie man armen Menschen, Verbraucherinnen und Verbrauchern, in der Frage von Energiearmut, aber - ich weise darauf hin - auch von Altersarmut helfen kann und helfen muss. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Bauer-Dahm das Wort.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Die antragstellenden Parteien haben jetzt ja schon ganz viel zu den einzelnen Punkten des Antrags gesagt. Ich werde daher nicht noch einmal alles ansprechen. Ich möchte aber gerne einige eher allgemeine Punkte anmerken.

Im Grundsatz sind wir uns alle einig, dass die Stadt hier handeln muss. Niemand hier im Saal möchte, dass Menschen im Winter in ihren Wohnungen frieren müssen. Niemand!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Zahl der Sperrungen von Strom und Gas ist von 2019 bis 2021 gesunken, von über 4 000 auf unter 2 000, auch wenn jede Sperrung eine zu viel ist. Außerdem kommen die Rechnungen für Strom und Gas erst nach dem Winter.

Die Grenze der übernommenen Heizkosten liegt nicht bei 1,30 Euro. Bis 1,30 Euro werden Heizkosten einfach nur ohne Prüfung übernommen. Bei guten Gründen für höhere Heizkosten zahlt die Stadt natürlich mehr.

Der Verwaltung immer wieder Untätigkeit zu unterstellen, hilft den Menschen nicht weiter. Der Vorwurf an die einzelnen Ämter, sie würden nicht

gut zusammenarbeiten, beseitigt nicht das Problem. Der Verwaltung immer wieder vorzuhalten, sie würde nicht gut mit den städtischen Unternehmen zusammenarbeiten, führt nicht zum Ziel.

Die Verwaltung erkennt aufkommende Probleme zum Glück in der Regel selber. Die wiederkehrenden Forderungen und Anschuldigungen frustrieren daher nur die Mitarbeitenden. Wir haben keine Hinweise darauf, dass die Mitarbeitenden nicht miteinander sprechen würden.

Auch immer neue Redekreise zu beantragen oder wiederzubeleben, ist nicht wirklich hilfreich. Es gibt häufig gute Gründe, warum diese eingeschlagen sind oder bewusst eingestellt wurden. Arbeitskreise und Runde Tische haben aber alle ein gemeinsames Merkmal: Kurzfristig helfen sie alle nicht.

Die Verwaltung arbeitet währenddessen bereits. Dies zeigt unter anderem auch die Vorlage zum Stromsparcheck der Caritas. Ich denke, wir werden dem nachher gerne und mit breiter Mehrheit zustimmen können.

Für einige der angesprochenen Punkte sind wir darüber hinaus als Stadt aber ganz einfach nicht zuständig. Wir können nicht die Aufgaben des Bundes übernehmen; als Stadt können wir das nicht lösen, als Stadt sollten wir das nicht lösen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Sie haben nicht zugehört!)

- Doch.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Nein! - Vereinzelt Heiterkeit)

Noch einmal: Das Thema ist uns allen sehr wichtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In einzelnen Punkten haben wir aber nun mal sehr unterschiedliche Ideen, was wir gut finden. Daher möchten wir im Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren sehr gerne ausführlich über diesen Antrag sprechen; denn da sitzen die Fachpolitiker*innen, da sitzen auch die Fachpersonen aus der angesprochenen Verwaltung. Die sollen dann einen gemeinsamen Mittelweg für die angesprochenen Probleme erarbeiten.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 11

Ich bitte daher darum, den Antrag in den Ausschuss zu verweisen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Steigende Energiepreise stellen für viele Haushalte eine Herausforderung dar. Bei Transferleistungsempfängern kann dies zu ernsthaften Problemen führen. In solchen Situationen dürfen wir die Menschen nicht alleinlassen.

Auch jetzt schon gibt es Hilfen für Menschen, die ihre Energiekosten nicht mehr bezahlen können. Für diese sind individuelle Lösungen gefragt. Es ist ja nicht so, dass den Verbrauchern bei Zahlungsschwierigkeiten sofort Strom und Gas gesperrt werden, vielmehr gibt es ein mehrstufiges Verfahren, das den Betroffenen ausreichend Zeit lässt, eine Sperre abzuwenden. Es gibt Hilfen vom Sozialamt - übrigens auch für Menschen, die keine Sozialleistungen erhalten -, das Jobcenter nimmt sich auch solcher Fälle an, und insbesondere stehen ihnen die Verbraucherberatung sowie die Beratungsstellen bei den Wohlfahrtsverbänden zur Seite.

Die Antragsteller weisen im letzten Absatz ihres Antrages selbst auf die gute Zusammenarbeit hin. Oft besteht jedoch das Problem, dass gerade die Bürgerinnen und Bürger in Notlagen nicht ausreichend über die Hilfsmöglichkeiten informiert sind. Das ist sicherlich ein wichtiger Ansatzpunkt.

Eine generelle Anhebung von Zuschüssen macht wenig Sinn, weil die Bedarfe sehr unterschiedlich sind. Ebenso wenig gilt das für einen kommunalen Hilfsfonds; denn die Stadt hat ohnehin die sozialhilferechtliche Verpflichtung, in Notlagen zu helfen.

Das Thema - und darauf hat mein Vorredner auch hingewiesen - ist vielschichtig und sollte eingehend fachlich beraten werden. Dafür besteht in einer Ratssitzung zu wenig Raum. Außerdem sollte Expertise zu der Beratung hinzugezogen werden. Daher beantragen auch wir, den Antrag in den

Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren als Fachausschuss zu verweisen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des
Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, Sie mussten mich ja sofort mit reinnehmen, wobei ich ja noch gar nichts dazu gesagt hatte und noch keinen Antrag gestellt habe.

Es freut mich sehr, dass die LINKE mit der SPD schon selber erkannt hat, dass es keines Antrags bedarf, wenn eine Notlage ist, damit geholfen wird. Denn Sie schreiben ja selber in der Begründung, bei Corona habe die RheinEnergie auf diese Sperren verzichtet. Da sie da schon gehandelt hat, muss diese Begründung Ihnen doch zu denken geben, dass sie jetzt vielleicht genauso denkt, wenn es um Armut aufgrund der Energiepreise geht.

Ich glaube, Sie meinen, Sie müssten sie auffordern, die Stadt und die RheinEnergie. Sie geben aber selber das Beispiel dafür, dass es dieses Antrags gar nicht bedurfte.

Das musste hier jetzt mal gesagt werden. Darum sind wir auch der Meinung, dass wir das in den Ausschuss verweisen sollten.

Erlauben Sie mir aber auch den Hinweis: SPD und DIE LINKE gehen gar nicht darauf ein, wie es zu der Energiearmut gekommen ist. Das hat ja nicht nur etwas damit zu tun, dass wir gerade - ob bei Gas oder Benzin - besonders hohe Preise haben, sondern gerade in Deutschland sind die Energiepreise europaweit am höchsten. Da sollte auch die Politik mal überlegen - und das hat ja unser gemeinsamer Kanzlerkandidat auch noch mal deutlich gemacht -, gerade wenn wir mehr Strom benötigen - -

(Heiterkeit)

- Ich gucke da genau richtig hin; ja, ich lerne schnell.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 12

(Vereinzelt Beifall)

Er hat klipp und klar gesagt, dass wir gerade bei den Strompreisen zusehen müssen, dass sie heruntergehen, und dass es bei den Koalitionsvereinbarungen gerade auch darum geht.

Wir haben nicht nur die Energiearmut erkannt, sondern wir haben auch erkannt: Wenn wir die Klimawende wirklich wollen, dann muss bei den Energiepreisen und den Strompreisen etwas passieren, um sozusagen von den fossilen Energieträgern wegzukommen.

Weil gerade der Bund und nicht die Kommunen für die Kosten verantwortlich ist: Es ist schön, immer zu sagen, dass wir als Erstes ranmüssen, wenn es um die Armut geht, aber das Subsidiaritätsprinzip heißt ja auch: Der, der es sozusagen verursacht, muss für die Kosten aufkommen. - Da muss der Bund etwas tun. Ich sehe schon - auch in den Augen der SPD -: Wir werden da etwas tun.

Und darum bin ich da auch ganz guten Mutes, dass wir durch die Verweisung in den Ausschuss noch ein bisschen Zeit gewinnen. Vielleicht können wir dann ja aus Berlin schon schöne Nachrichten lesen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Vot): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause und hier! Energiearmut ist kein neues Thema. Energiearmut ist kein Thema, weil die Preise gerade so hoch sind. Energiearmut ist schon lange ein kontinuierliches Thema.

Die aktuellen Preisspitzen werden sich auch nicht - das haben wir jetzt auch schon gehört - direkt in Kosten widerspiegeln, sondern erst im kommenden Jahr. Sie alle haben zu Hause Strom- und vielleicht auch Gasverträge und kennen das Prinzip zur Genüge.

Glücklicherweise gibt es bereits einen Beirat, der sich mit dem Thema beschäftigt, nämlich den Beirat der Verbraucherzentrale NRW, in dem wir auch in diesem Jahr - schon vor dem Sommer -

intensiv über Energiearmut gesprochen haben und mit dem ich vor wenigen Wochen dieses Thema noch einmal besprochen habe.

Eine geforderte Anpassung der ohne Prüfung zu erstattenden Heizkosten von 1,30 Euro auf 2,50 Euro ist aus meiner Sicht nicht wirklich nachvollziehbar, da die Kostenanteile über den vom Deutschen Mieterbund ausgewiesenen Heizkosten in NRW und im Bundesgebiet liegen und die realen Preisentwicklungen in diesem Punkt noch gar nicht absehbar sind. Wir haben da also ein gewisses Mismatch zwischen der Forderung nach 2,50 Euro und dem, was schon Realität ist.

Zudem haben wir heute noch - auch das wurde jetzt schon angemerkt - eine Vorlage, mit der wir weitere Hilfestellungen bei der Bekämpfung von Energiearmut geben werden. Auch darüber freue ich mich. Das habe ich auch mit der Beratungsstelle schon thematisiert: dass es dort keinerlei Konkurrenz geben wird, sondern dass das alles dringend benötigt wird.

Noch ein Zitat, Herr Detjen: „aufmerksam beachten“. - Das ist ganz, ganz richtig. Das ist ein wichtiges Thema hier in der Stadt - nicht nur wegen aktuell steigender Energiepreise, sondern schon lange. Das sollten wir tun. Deswegen bedarf es einer Diskussionsrunde, und die wollen wir nicht heute hier führen, sondern mit den Expertinnen und Experten in dem entsprechenden Ausschuss. Deswegen auch von unserer Seite die Unterstützung für die Vertagung in den Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens, bitte.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Dass die Antragsteller das Thema Energiearmut thematisieren, halten wir für richtig und wichtig. Das war es dann aber auch schon mit diesem Antrag; denn, liebe Antragsteller, Sie werden in Ihrem Antrag extrem schmallippig, wenn es darum geht, die Gründe für diese Energiearmut und die Preissteigerungen zu benennen. Ich will gerne versuchen, Ihnen ein wenig auf die Sprünge zu helfen.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 13

Wir haben ja langjährig Gaspreise pro Megawattstunde um die 15 Euro gehabt, und wir haben jetzt an den Börsen Gaspreise von 65 bis über 70 Euro je Megawattstunde. Das ist also eine Vervier- bis -fünffachung. Und da stellt sich natürlich die Frage: Wieso kommt das, und was sind die Gründe dafür? - Die Gründe sind komplex und vielschichtig; das ist keine Frage. Ich will aber trotzdem versuchen, da ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen.

Es fing mit einem relativ kalten Winter 2020/2021 an, der dazu führte, dass die Gasspeicher in Deutschland relativ stark in Anspruch genommen wurden und zu Beginn dieses Jahres leer waren. Und dann - und das gehört eben auch zur Wahrheit dazu - haben wir eine Bundesregierung, die eine Energiewendepolitik macht, die - ich sage es mal ganz vorsichtig - durchaus kritisch zu hinterfragen ist! Sie baut nämlich zum Beispiel sehr stark auf Windkraft.

Und was ist passiert in diesem Sommer? Wir hatten ein extrem schlechtes Windjahr, mit der Folge, dass die Windkraftanlagen kaum Strom geliefert haben. Was ist dann passiert? Es wurden in dieser Republik die Gaskraftwerke angeworfen, um den notwendigen Strom bereitzustellen. Und dieses Gas floss dann eben nicht in die Speicher, die jetzt nämlich alarmierend niedrige Stände haben, sondern in die Gaskraftwerke.

Da können wir schon mal festhalten: Ein Teil der Misere ist hausgemacht. Bedanken Sie sich bei der Bundesregierung und der fatalen Energiepolitik, die dort getrieben wird.

Es gibt aber noch einen weiteren Adressaten; das ist nämlich die Europäische Union. Russland hat uns angeboten - schon vor längerer Zeit -, langfristige Gasverträge mit ihnen abzuschließen, um eine gesicherte, stabile, preiswerte, dauerhafte Gasversorgung zu haben. Und was hat die EU-Kommission mit ihrem unermesslichen Reichtum und in ihrer Weisheit beschlossen? Sie hat dieses Angebot brüsk von sich gewiesen und sagt: Nein, wir beziehen das Gas auf den Spotmärkten.

Das kann man machen; dann muss man aber mit dem Risiko leben, dass auf den Spotmärkten der Preis plötzlich durch die Decke geht. Und genau das ist passiert, weil Corona vorbei war, weil die Produktionsanlagen wieder hochfahren. Es gab noch weitere Gründe: Es gab Dürren in Südamerika, es sind große Gasmengen nach Asien und

Südamerika und nicht hierher geflossen usw. - Ich will das gar nicht im Einzelnen auflisten.

Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen: Das Leben ist vielfältig, bunt und komplex. Und so kann es passieren, wenn man gewisse Optionen ausschlägt - wie beispielsweise eine stabile langfristige Versorgung durch Russland - und sich auf den Spotmarkt verlässt, dass im Winter 2021 die Gaspreise durch die Decke gehen. Und genau diese Situation haben wir jetzt. Vor diesem Hintergrund sage ich Ihnen: Diesen Antrag können wir vergessen.

Ja, das Thema ist wichtig. Wir sollten es aber nicht in den Ausschuss verweisen. Wir haben jede Menge Energieagenturen, Beratungsstellen, soziale Abfederungen usw. in dieser Stadt, um echte Energiearmut zu vermeiden. Es ist ein rein populistischer Antrag von LINKEN und SPD. Wir sollten uns mit dem Thema gar nicht weiter beschäftigen.

Aber bitte seien Sie gewahr: Ein Teil dieser Probleme ist hausgemacht - hausgemacht auf nationaler Ebene, auf EU-Ebene. Bedanken Sie sich bei denen, und stellen Sie dort die kritischen Fragen, Herr Detjen, und nicht hier im Rat! - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch, wird von Ihnen das Wort gewünscht? - Nein. - Aber Herr Zimmermann spricht; das ist gut. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Nur kurz vom Platz aus: Auch wenn ich die Verweisung begrüße, möchte ich doch bitten, Herrn Dr. Steinkamp um eine Stellungnahme zu bitten, wenn das möglich ist. Speziell zu den Sperrungen und Unterbrechungen, ob das weiterhin so gehandhabt wird, wie in dem Corona-Jahr, was gerade angeführt wurde!

Es wurde ja schon gesagt, bezahlt werde erst nach dem Winter. Da ist die Frage, ob die Rhein-Energie auch hinsichtlich der Tarifanpassungen diese Spitzen abfedern kann - ob das möglich ist - oder ob der Deckel sehr hoch werden wird. - Danke schön.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 14

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Steinkamp.

Dr. Dieter Steinkamp (RheinEnergie): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme gerne kurz dazu Stellung.

Zunächst mal zu dem Thema Stromsperrungen: Das ist bei uns immer Ultima Ratio. Es gibt vielfältige Beratungen auch schon bei der RheinEnergie, unabhängig von all den Hilfsangeboten, die es um uns herum gibt. Wir werden an der Stelle aber auch nicht vollständig darauf verzichten können; denn wir reden hier jetzt natürlich über eine Gruppe, die besonders von den Preisen betroffen ist, aber wir haben eben halt auch Menschen unter uns, die nicht bezahlen, obwohl sie bezahlen könnten. Uns steht es als Unternehmen im Kern nicht zu, weil wir gar keine Informationen darüber haben dürfen, zu beurteilen, wer zu der einen oder anderen Gruppe gehört.

Deshalb bitten wir einfach die Leute, die Schwierigkeiten haben, wirklich direkten Kontakt mit uns aufzunehmen. Und ich verspreche Ihnen: Wir reduzieren das auf ein Minimum. - Wir können statistisch nachweisen, dass die Zahl der Stromsperrungen in den letzten Jahren - das ist vorhin von einem der Redner auch schon genannt worden - kontinuierlich zurückgegangen ist.

Will heißen: Es wirkt, aber wir werden das Instrument nicht völlig aus der Hand geben.

Zu der Frage der Preisentwicklung bzw. dazu, was die RheinEnergie auffangen kann: Gehen Sie mal davon aus, dass nicht nur Transferleistungsempfänger, die hier jetzt vielleicht vordergründig in der Diskussion eine Rolle spielen, davon betroffen sind, sondern betroffen sind ja alle Menschen. Wir sind als Grundversorger natürlich gehalten, gleiche Preise für gleiche Produkte von allen Menschen zu fordern.

Wir können was tun. Dazu zählt unter anderem unsere Beschaffungsstrategie. Wir haben ein ausgefeiltes Beschaffungswesen, was letztlich dazu beiträgt, dass Preisspitzen - richtigerweise aber auch Preistäler - im Grunde geglättet werden. Das heißt, anders als diejenigen, die nur am Spotmarkt kaufen und an diesen hohen Preisen jetzt komplett nicht vorbeikommen, haben wir uns zum Teil schon 18 Monate vorher auf Preise von damals und Lieferung heute eingelassen. Das

heißt also, die RheinEnergie ist mit ihrer eigenen Beschaffungsstrategie mit dafür verantwortlich, die Preise im Rahmen zu halten. So würde ich das mal sagen.

Angesichts der aktuellen Preisexplosion in den letzten Monaten - insbesondere am Gasmarkt - kommen wir aber auch an Strompreiserhöhungen im nächsten Jahr nicht vorbei, weil wir müssen ja auch gucken, dass unsere Aufwendungen gedeckt werden. Der Bezug der Energie an sich wird teurer werden. Das heißt also, das lässt sich nicht einfach im Unternehmen ausgleichen; auch wir werden die Preise anheben. Das ist aber, glaube ich - und das kann ich mit tiefer Überzeugung sagen -, jedenfalls nicht die Spitze der Preisanhebungen, sondern wir bewegen uns mindestens im Mittelfeld und versuchen, auch da noch weiter nach unten zu korrigieren, was dann wieder allen Kundinnen und Kunden zugutekommt.

Ein Letztes vielleicht noch an der Stelle: Das ist systemimmanent. Wir sind hier der Versorger mit den zahlenmäßig meisten Kunden, der sogenannte Grundversorger. Das heißt also, wir übernehmen auch für alle die Pflicht, dass die Energieversorgung per se immer abgesichert ist.

Es gibt eine Reihe von Wettbewerbern im Markt, die uns in der Vergangenheit im Wettbewerb durchaus auch herausgefordert haben. Die werfen Kunden, wenn sie nicht mehr profitabel sind, einfach ab, und der Grundversorger muss sie aufnehmen. Das heißt also, auch hier übernehmen wir schon die besondere Aufgabe, die Energieversorgung an sich letztlich sicherzustellen.

Wir bieten den Kunden, die mehr oder weniger zwangsweise bei uns landen, sofort möglichst günstige Tarife für sie an. Und auch die haben natürlich das volle Recht, wenn es dann tatsächlich nicht mehr bezahlbar ist, mit uns nach Lösungen zu suchen - über Zahlungsmodelle, zum Teil auch über technische Lösungen, über den Verweis auf Beratung und Hilfestellung um uns herum.

Also, ich glaube, dass wir als Unternehmen - wir bleiben als Unternehmen im Markt; wir sind nicht die öffentliche Hilfestelle - im Rahmen unserer Möglichkeiten gerade mit Blick auf die Daseinsvorsorge die Worte in der Werbung nicht nur vor uns hertragen, sondern sie auch ernst nehmen, und dass wir das Mögliche tun.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 15

Um die Eingangsfrage noch mal zu beantworten: Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass auf uns eine Welle von Schwierigkeiten für die Menschen zukommt, die im nächsten Jahr die Jahresrechnung kriegen. Und auch da gehen Sie mal davon aus: Dass das Thema Stromsperre nun wirklich möglichst nicht genutzt werden muss, ist auch unser Ziel. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Steinkamp. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich über den Tagesordnungspunkt abstimmen, und zwar zunächst über den Antrag auf Verweisung in den Sozialausschuss. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion sowie Die FRAKTION und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

**3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend
„Schuleingangsuntersuchungen“
AN/2132/2021**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/2353/2021**

Hier hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir dürfen die Kinder in der Pandemie nicht alleinlassen. Die Kinder sind die größten Leidtragenden der Pandemie. Wir müssen die Kinder in den Blick nehmen. - Ich weiß nicht, wie oft Sie diese Sätze gehört oder gar selbst gesagt haben. Ich kenne auch niemanden, der dort widersprechen würde. Reden hilft vielleicht, aber hier müssen wir konkret ansetzen; wir müssen handeln.

Kinder waren über Monate zu Hause - ohne soziale Kontakte, ohne passgenaue Förderung in den Kitas. Sie waren in Teilen in zu kleinen Wohnungen förmlich eingesperrt, gemeinsam mit älteren Geschwistern, die für die Schule lernen mussten, und Eltern, die versucht haben, im Homeoffice zu arbeiten, oder - schlimmer noch - in neuer Arbeitslosigkeit von Existenzängsten geplagt waren. So

manches Kind war sogar Opfer oder zumindest Zeuge von häuslicher Gewalt.

Das alles sind keine guten Voraussetzungen, um in eine erfolgreiche Schulkarriere zu starten. Kinderärzte berichten von Defiziten im sozial-emotionalen Bereich, der so wichtig ist, um sich mit Neuem auseinanderzusetzen.

Eine einmalige Chance zur Detektion von Defiziten und Rückständen - auch in den Bereichen kognitive und sprachliche Entwicklung - war auch in Nicht-Pandemiezeiten schon die Schuleingangsuntersuchung. Mit dieser pflichtigen Aufgabe der Stadt können vor allem die Kinder erreicht werden, deren Eltern die Vorteile der freiwilligen U-Untersuchungen und anderer Termine beim Kinderarzt nicht sehen. Man erreicht hier auch erstmals die Kinder, die keine Kita besuchen; denn an der Schulpflicht und an der damit einhergehenden Eingangsuntersuchung kommt niemand vorbei.

Wir alle sehen diese Untersuchungen zur Feststellung eines besonderen Förderbedarfs offenbar als sinnvoll für eine erfolgreiche Schullaufbahn an; denn ich kann mich nicht erinnern, dass es irgendwelche Bestrebungen gab, diese Untersuchungen abzuschaffen.

Nach diesen Ausführungen müsste eigentlich jeder zustimmen, dass eine Schuleingangsuntersuchung gerade in diesem Jahr wichtiger denn je ist. Es wäre die Chance gewesen, zu erfahren, wie es unseren Kindern im Lockdown ergangen ist. Einen ersten Verdacht, dass das in dieser Stadt nicht von allen so gesehen wird, hatten wir schon im Vorhinein. Aber die nackte Wahrheit - aufgedeckt durch unsere Anfrage im Ausschuss für Schule und Weiterbildung und im Gesundheitsausschuss - hat mich persönlich, ganz ehrlich, entsetzt, muss ich sagen.

Zum Schuljahresbeginn 2021/2022, also zu diesem Schuljahresbeginn, mussten mehr als 75 Prozent aller Kölner i-Dötzchen ohne Eingangsuntersuchung in die Schule starten.

(Zuruf: Unglaublich!)

Wir wissen also von über 75 Prozent der Kinder im ersten Schuljahr nicht, ob sie gerade im letzten Jahr Defizite entwickelt haben bzw. ob sie überhaupt schulreif sind.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 16

Bitte verlieren Sie nicht aus dem Blick: Wir sprechen von einer pflichtigen Aufgabe, die noch nie so wichtig war wie in diesem Jahr und einfach nicht erledigt wurde.

Die Antworten der Verwaltung lassen darauf schließen, dass man gewillt ist, die Untersuchung in Teilen dort nachzuholen, wo man es als nötig ansieht. Was bedeutet das aber konkret? Man verlässt sich hier auf Meldungen von Lehrerinnen und Lehrern, die zurzeit wirklich genug zu leisten haben; denn es gibt gerade wegen der Pandemie Kinder, die nicht so weit sind und ein bisschen aufholen müssen. Man verlässt sich auf die Kinder- und Jugendärzte, die in der Pandemie ihre kleinen Patienten viel seltener gesehen haben - und manche noch nie. Und gerade um die müssen wir uns doch sorgen.

Wenn wir das so, wie in der Antwort der Verwaltung dargestellt, dahinplätschern lassen, werden Kinder mit zu spät erkanntem Förderbedarf mindestens ein Schuljahr verlieren. Und andere, bei denen dieser Bedarf nicht erkannt wird, verlieren noch viel mehr.

Auch wenn wir sicher hören werden, dass die Verwaltung ihre Arbeit hier schon macht, bitte ich Sie alle, sich unserem Antrag mit Zustimmung anzuschließen; denn hier zählt am Ende nur das Ergebnis. Lassen wir die Kinder doch bitte wirklich nicht allein! - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von den Grünen das Wort gewünscht? - Bitte, Frau Hölzing-Clasen.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kollegen und Kolleginnen! Meine Damen und Herren - auch draußen an den Bildschirmen! Ja, in der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung hat die Verwaltung schon zu einer von der FDP gestellten Anfrage zu den Schuluntersuchungen Stellung bezogen, und es wurde deutlich: Hier ist aufgrund von Corona ein weiteres Problem entstanden.

Das Gesundheitsamt hat es nicht geschafft, alle Schuleingangsuntersuchungen durchzuführen. Es gab ein größeres Problem, nämlich COVID. Und dann hat das Gesundheitsamt das gemacht, was in einer Situation, in der man das Gefühl hat, vor Arbeit den Boden unter den Füßen zu verlieren, sinnvoll ist: First Things First.

Es ist richtig, dass sich einerseits um die Herausforderungen durch COVID gekümmert wurde und andererseits bei den Schuleingangsuntersuchungen zuerst das gemacht worden ist, was sinnvoll ist, nämlich, die Untersuchungen mit entsprechend sinnvoller Priorisierung anzugehen und den Anteil der Kinder, die vor Schulbeginn mögliche Fördermaßnahmen nicht nutzen konnten, möglichst gering zu halten. Das ist erfolgt.

Darüber hinaus ist auch schon ein begleitendes Beratungsangebot für Schulen und Lehrkräfte installiert worden. Diese können sich jederzeit an die Kinder- und Jugendärztlichen Dienste wenden, falls Kinder Auffälligkeiten zeigen. Wir halten diese Maßnahmen und Hilfestellungen bei Problemen für ausreichend und lehnen deshalb den Antrag ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Ruffen! Meine Vorrednerin hat es ja schon gesagt - wir haben es im Schulausschuss auch schon diskutiert -: Es ist völlig richtig: Die Schuleingangsuntersuchungen sind extrem wichtig, und je früher man einen Förderbedarf entdecken kann, desto besser; denn desto besser kann man dem Kind helfen.

Wir stehen jetzt aber vor der herausfordernden Situation, dass wir eine Pandemie hatten, dass Ärzte immer noch im Rahmen der Impfkampagne tätig sind und dass wir deswegen die zugegebenermaßen pflichtige Aufgabe nicht so erfüllen können, wie wir das müssten.

Die Verwaltung hat aus unserer Sicht in dieser Situation einen guten Plan ausgearbeitet, indem sie Prioritäten gesetzt hat. Wenn man knappe Ressourcen hat, dann geht es letztlich nicht anders,

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 17

als dass man Prioritäten setzt. An der Stelle stehen wir auch dahinter.

Wir sind genauso der Meinung, die Schuleingangsuntersuchungen müssen durchgeführt werden. Es kommen ja jetzt schon die Kinder für das Schuljahr ab 2022, die auch eine Schuleingangsuntersuchung benötigen, und von daher ist das wirklich eine extrem herausfordernde Situation für das Gesundheitsamt und für den Kinder- und Jugendärztlichen Dienst.

Wir folgen da der Verwaltung, die sagt: Wir gehen prioritär in die Sozialräume rein. Wir stehen zur Verfügung, wenn Eltern und Schulen sich melden und auf Sorgen hinweisen. Wenn sie sagen, wir haben da einen konkreten Bedarf, dann muss das beantwortet werden.

Laut Antwort im Schulausschuss ist es auch so, dass die Personalausstattung im Kinder- und Jugendärztlichen Dienst schon verbessert wird, so dass wir diese Anträge letztlich ablehnen werden.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Seck.

Oliver Seeck (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Vorab möchte ich Ihnen mitteilen, dass wir unseren Änderungsantrag vorerst zurückziehen. Die bildungspolitischen Aspekte würden wir gerne im nachfolgenden Fachausschuss, dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung, separat einbringen.

Kinder und Jugendliche - darin sind wir uns wahrscheinlich alle einig - gehören zu den größten Verlierern dieser Pandemie. Von den beiden Vorrednerinnen wurde die Priorität festgelegt. Wir können nur sagen - und damit bin ich bei Frau Ruffen und der FDP -: Für uns haben die Kinder allerhöchste Priorität.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ein großes Problem, das sich noch verschärft hat, ist, dass wir teilweise Kinder und Jugendliche nicht mehr durch staatliche und städtische Institutionen erreicht haben.

Bevor wir gezielte Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche schaffen, brauchen wir zunächst eine Bestandsaufnahme ihrer individuellen Situation. Wir unterstützen daher ausdrücklich die Initiative der FDP, die Schuleingangsuntersuchung aller jetzigen Erstklässler bis zum Ende des ersten Schuljahres, also bis zum Ende des Schuljahres 2021/2022, durchzuführen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wir halten es aber genauso für sinnvoll, dass nach den Eingangsuntersuchungen sofort Unterstützungsmaßnahmen erfolgen. Es ist nämlich davon auszugehen, dass sich die Situation bei den i-Dötzchen im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit noch einmal verschlechtert hat und wir eine Welle vor uns hertragen, die das Problem in den Folgejahren noch verschärft. Daher ist unverzügliches Handeln - gerade auch durch das Gesundheitsamt - alternativlos, und es müssen unbedingt Maßnahmen getroffen werden, die die analysierten Defizite direkt angehen.

Wir reden hier über ein Gesetz. Die Umsetzung darf nicht zum Beispiel an Kinderärztinnen und Kinderärzte delegiert werden. Wir werden daher in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung, wie eben schon gesagt, Ergänzungen einbringen, damit noch vor Schuljahresende Programme umgesetzt werden, die den Kindern sofort helfen. Die bereits vorhandenen Programme, wie zum Beispiel „Aufholen nach Corona“ für Kinder und Jugendliche der Bundes- und Landesregierung, könnten ebenfalls dazu genutzt werden. Es wäre nämlich fahrlässig, wenn wir das nächste Problem, durch das der Übergang in die nächste Jahrgangsstufe gefährdet wird, zu spät erkennen.

Wir stimmen daher dem Antrag der FDP-Fraktion zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck, bitte.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, die Corona-Krise hat in mehreren öffentlichen Bereichen, die personell eng auf

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 18

Kante genäht sind, deutliche Überforderungsercheinungen hervorgerufen. Die Begründung für den Antrag der FDP durch Frau Ruffen finden wir vollkommen schlüssig und logisch, und deshalb unterstützen wir diesen Antrag.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Es wurde von verschiedenen Vorrederinnen und Vorrednern dargelegt, wie wichtig diese gesetzlich verpflichtende Schuleingangsuntersuchung ist - bis hin zur Feststellung eines Förderbedarfs und der Tatsache, dass Kinder vorher möglicherweise nie einen Kinderarzt gesehen haben und es deshalb gut ist, dass es diese verpflichtende Untersuchung gibt.

Es ist besorgniserregend, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der Pandemie Großes geleistet haben - das haben wir hier bereits besprochen -, diese Prioritäten setzen mussten. Deshalb halten wir es für erforderlich, dass im Ausschuss für Schule und Weiterbildung eine bildungspolitische Nachlese der Corona-Krise stattfindet und dass im Gesundheitsausschuss auch einmal über die Stellensituation im Gesundheitsamt informiert und möglicherweise diskutiert wird, ob dort nicht weitere Stellenzusetzungen nötig sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das sehe ich nicht.

Nachdem der Änderungsantrag der SPD zurückgezogen wurde - so habe ich Sie verstanden, Herr Seeck -, lasse ich jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Die FRAKTION, die AfD, Herr Zimmermann, Frau Gabrysch und DIE LINKE². Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag nicht angenommen.

Ich rufe auf:

3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Sondernutzungserlaubnis für E-Scooter einführen“ AN/2271/2021

Herr Joisten hat das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen hier im Rat! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und zu Hause! Wir haben erneut einen Antrag zum Thema „E-Scooter“ eingebracht. Das ist ein Thema, was uns in dieser Stadt ja bereits seit vielen Monaten beschäftigt und auch diesen Rat schon beschäftigt hat.

Wir sind für uns zu dem Schluss gekommen: Alle Bemühungen, die am Anfang, zu Beginn vielleicht durchaus verständlich waren, freiwillige Vereinbarungen mit den Anbietern zu treffen, müssen wir als gescheitert betrachten. Deswegen sind wir der Meinung, dass jetzt verbindliche Regelungen für alle Anbieter von E-Scootern im öffentlichen Raum her müssen.

(Beifall bei der SPD)

Dafür schlagen wir in unserem Antrag eine Sondernutzungssatzung vor, die zum einen das Ziel hat, Ordnung in den öffentlichen Raum zu bringen, und zum anderen aufgrund der Sondernutzung vor allen Dingen aber eben auch die Gebührenerhebung ermöglichen soll. Eine der Möglichkeiten, mit den entsprechenden Geldern umzugehen, ist zum Beispiel die Einführung eines Unfallunterstützungsfonds nach Vorbild Bremens - die haben das nämlich schon eingeführt -, um insbesondere durch E-Scooter geschädigte, mobilitätseingeschränkte Personen zu unterstützen, die über E-Scooter gestolpert sind oder durch diese gestoßen bzw. in irgendeiner Weise geschädigt wurden. Wir meinen, denen besonders helfen zu müssen, weil häufig die eigentlichen Täter - diejenigen, die diese Objekte in den öffentlichen Raum gelegt bzw. in diesem bewegt haben - nicht mehr zu ermitteln sind, sodass die Opfer auf den entsprechenden Kosten sitzen bleiben.

Insofern ist das eine sehr gute Idee und ein sehr guter Vorschlag, weswegen wir das hiermit auch eingebracht haben. Den Aufwand, den die Stadt

² Anmerkung: Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag ebenfalls zu.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 19

betreiben muss, um Ordnung immer wieder herzustellen - das Ordnungsamt und der Ordnungsdienst müssen immer wieder kontrollieren -, durch Gebühren zu finanzieren, die den Betreibern auferlegt werden, halten wir nicht nur für sinnvoll, sondern für geboten.

Ebenso sind wir aber der Meinung - und das ist eines der Probleme, die wir vielleicht auch selber mit geschaffen haben; wir waren ja alle mit dabei, auch die SPD-Fraktion -, zunächst einmal hier in der Innenstadt für Ordnung sorgen und klare Regeln treffen zu müssen. Am 3. September haben wir das vereinbart. Wir haben unter anderem gesagt, dass die Zahl der Fahrzeuge von 7 000 auf 4 500 reduziert werden muss. Erste Ansätze sind erkennbar. Ich meine aber, es ist immer noch nicht überall die Ordnung da, die wir uns wahrscheinlich vorgestellt haben.

Das Chaos in den Außenbezirken ist in der Zwischenzeit ungleich größer geworden. Man hat fast das Gefühl, die hier eingesparten Fahrzeuge wurden in die Außenbezirke geschafft, sodass auch da jetzt aus unserer Sicht dringender Handlungsbedarf ist, um zu ähnlichen oder gleichen Lösungen zu kommen wie hier in der Innenstadt. Auch das müsste eine Sondernutzungssatzung regeln.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle werden immer wieder durch Bürgerinnen und Bürger auf diese Missstände angesprochen, die auch die Sinnhaftigkeit der E-Scooter infrage stellen und diese Verkehrsmittel als Spaßmobile oder sozusagen nichtsnutzende Möglichkeiten bezeichnen, den öffentlichen Raum zu nutzen. Wir haben da tatsächlich eine andere Einschätzung und sind uns, glaube ich, hier mit der Mehrheit einig, dass es durchaus eine sinnvolle Ergänzung sein kann. Deswegen ist es etwas, was wir nicht grundsätzlich verdammen wollen. Aber wie schon gesagt: Wir brauchen mehr Regeln. Genau die wollen wir schaffen, und wir sind der Meinung, dass wir mit diesem Instrumentenkasten, der in unserem Antrag vorgestellt wird, entsprechend tätig werden.

Das Ratsbündnis hat einen Änderungsantrag zu unserem Antrag eingebracht. Er erkennt in seinem Text an, dass es Handlungsbedarf hinsichtlich einer Sondernutzungssatzung gibt. Dafür vielen Dank. Vielen Dank auch für die konstruktive Weiterentwicklung. Wir können uns diesem Ände-

rungsantrag in der vorliegenden Form grundsätzlich anschließen. Allerdings sind wir schon der Auffassung, dass unter Punkt 3 eine höhere Verbindlichkeit hinsichtlich der Außenbezirke hergestellt werden muss.

Deswegen ist jetzt meine Bitte, diesen Passus entsprechend abzuändern; ich bin jetzt beim Beschlusstext im Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt. Der Punkt 3 beginnt mit „Die Verwaltung“, und es sollte weitergehen mit:

wird gebeten, in Ergänzung zum geänderten Beschluss AN/1536/2021 innerhalb der Sondernutzungssatzung die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass auch außerhalb der Innenstadt die E-Scooter verpflichtend ortsgebunden mit entsprechender Infrastruktur ... abgestellt werden können.

Damit hätte man meines Erachtens unserem Anliegen Rechnung getragen und eine höhere Verbindlichkeit als nur durch die Prüfung. Mit diesem Antrag würden wir dann auch d'accord gehen, und wir würden dem so zustimmen.

Wir danken sehr für das konstruktive Miteinander-Wirken an dieser für, ich glaube, viele Bürgerinnen und Bürger durchaus wichtigen Baustelle im wahrsten Sinne des Wortes. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wahlen das Wort.

Lars Wahlen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! „E-Scooter“ - Herr Joisten, Sie haben es gerade eben schon erwähnt -: Dieses Thema lässt uns nicht richtig los, auch weil es ein Thema ist, bei dem wir noch keinen richtigen Abschluss gefunden haben.

Wen wundert es? Im Mosaik der Verkehrswende sind die E-Scooter ein sehr neuer Stein, einer, der dafür umso schneller gewachsen ist. Teilweise über Nacht tauchten neue Anbieter und mit ihnen neue E-Scooter auf. Mittlerweile ist es so, dass in

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 20

Köln fast 14 000 E-Scooter herumfahren, herumstehen oder häufig herumliegen.

Seit unserem Beschluss im Hauptausschuss im Sommer hat die Verwaltung teilweise wöchentlich mit den Anbietern verhandelt. An dieser Stelle möchte ich mich ganz ausdrücklich bei den Mitarbeiter*innen der Verwaltung bedanken, die an diesen Verhandlungen beteiligt waren; denn ich glaube, diese Verhandlungen, um von den Anbietern diese Zugeständnisse zu bekommen, waren nicht immer sehr einfach.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mittlerweile haben wir mehr und größere Sperrzonen um die Gewässer, aber diese müssen noch besser durchgesetzt werden. Im Kolumba-Viertel haben wir eine neue Zone, in der E-Scooter nur an dafür vorgesehenen Plätzen abgestellt werden können. Das hat in diesem Bereich zu einer deutlichen Entspannung der Lage geführt. Wir brauchen aber mehr von diesen Zonen.

Wir haben die Zahl der E-Scooter in der Innenstadt um 35 Prozent reduziert, aber eben nicht um die von der Verwaltung sinnvollerweise geforderten 50 Prozent. Hieran sehen wir auch schon das Problem und den Grund, warum der Antrag der SPD-Fraktion von seiner Grundidee her sehr richtig ist. Wir kommen irgendwann an einen Punkt, an dem uns auch noch so viele Gesprächsrunden nicht weiterhelfen werden, weil sich die Anbieter weigern, unseren Wünschen nachzukommen. Und an dieser Stelle hilft nur eines: klare und vor allem verbindliche Regeln. Oder anders ausgedrückt: eine Sondernutzungssatzung!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben unseren Änderungsantrag gestellt, weil das Problem mit den E-Scootern ein sehr spezielles Problem ist und sich die Lösung dafür nicht einfach auf andere Verkehrsmittel übertragen lässt. Deshalb fokussieren wir uns in unserem Änderungsantrag ganz klar auf das Wesentliche, nämlich darauf, wie wir mit E-Scootern in der Zukunft umgehen wollen. Die vorgeschlagenen Änderungen der SPD übernehmen wir gerne. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Spehl hat jetzt das Wort.

Felix Spehl (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen! Liebe Zuschauer! Auch wir in der CDU-Fraktion beschäftigen uns ausgiebig mit dem Thema E-Scooter, und wir sind auch relativ enttäuscht. Als das Thema aufgepoppt ist, war das eine Verheißung für weitere Mobilität in der Großstadt, und vieles, was damit einherging, haben wir sehr positiv wahrgenommen. Jetzt sehen wir aber sehr viele Nachteile und Probleme, die damit einhergehen.

Uns wird vor allem von der älteren Bevölkerung regelmäßig berichtet, dass die E-Scooter behindernd im Weg stehen, und man hört von vielen Fahrradfahrern und Fußgängern, dass sie ihren jeweiligen Weg nicht mehr ordentlich nutzen können, ohne dass E-Scooter sie behindern. Das bedeutet große Probleme in der Mobilität, aber auch für die Ordnung. Letztlich stellen solche Behinderungen auch eine Gefahr dar.

Deswegen ist der SPD zu danken, dass sie dieses Thema aufgreift. Wir haben uns im Bündnis natürlich auch eigene Gedanken gemacht, wie wir das Problem lösen wollen, und wir haben ja auch einen eigenen Änderungsantrag dazu gestellt. Nichtsdestotrotz: Den Vorschlag hinsichtlich mehr Verbindlichkeit in den Außenbezirken, der von dem Kollegen gerade geäußert wurde, finden wir sehr charmant. Deswegen würden wir uns dem natürlich auch anschließen.

Ich hoffe, dass wir es mit der Sondernutzungssatzung hinbekommen werden, mehr Verbindlichkeit zu schaffen und Kriterien zu entwickeln, durch die unsere Stadt mehr Mobilität und gleichzeitig mehr Ordnung und Sicherheit in diesem Raum haben kann.

Ich freue mich, dass wir das Thema angegangen sind, und wir unterstützen das mit unserem Änderungsantrag und dem Änderungsvorschlag der SPD. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des
Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 21

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will jetzt keine Grundsatzrede halten und nicht wiederholen, was von vielen hier schon gesagt worden und überwiegend auch richtig und unsere Auffassung ist.

Ich habe nur zwei kleine Gedanken, die ich hier gerne noch äußern würde.

Der erste ist: Christian Joisten hat gesagt, wir müssten gucken, dass das auch in den Außenbezirken geschieht, und er hat auch einen Vorschlag gemacht, wie das im Änderungsantrag zu konkretisieren ist. Ich möchte in dem Zusammenhang darauf hinweisen, dass sich die Bezirksvertretungen - Nippes zum Beispiel, aber auch Kalk und Mülheim - mit dieser Frage der E-Scooter schon sehr intensiv auseinandergesetzt haben, und ich finde, wenn die Verwaltung jetzt eine Vorlage erarbeitet, sollte sie mal in die Bezirksvertretungsbeschlüsse reinblicken, sie sich angucken und das örtliche Know-how damit aufnehmen. - Das ist das, was uns an der Sache wichtig wäre.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein zweiter Gedanke: Es ist vorhin ja darüber gesprochen worden, ob das Fun-Geräte oder Verkehrsgeräte sind. Sie sind nervig und brauchen Platz - darin sind wir uns, glaube ich, einig -, insbesondere wenn sie so abgestellt sind, dass sie mobilitätseingeschränkte Leute stören. Deswegen würde ich auch dafür plädieren, dass man, wenn man Stellplätze für die E-Scooter einrichtet, Platz von Verkehrsteilnehmern in Beschlag nimmt, die üppig mit Platz ausgestattet sind, also zum Beispiel Auto-Parkplätze, aber weniger den Bürgersteig.

(Ulrich Breite [FDP]: Der Parkplatz!)

- Herr Breite, es ist doch so; Sie müssen mal ganz ruhig und locker darüber nachdenken.

Sie haben einen Rollstuhl oder einen Rollator,

(Ulrich Breite [FDP]: Den habe ich noch nicht!)

und dann steht so ein Ding im Weg. Dann sind Sie aufgeschmissen. Das ist doch das eigentliche Problem an den Dingen. Deswegen sollten wir gucken, dass wir den Platz wegnehmen, der üppig vorhanden ist, nämlich die Parkplätze, und um Gottes willen nicht die ohnehin schon viel zu

schmalen Bürgersteige oder die paar Radplätze, die wir haben.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das würde ich der Verwaltung, die diese Vorlage erarbeitet, gerne mit auf den Weg geben. Ich bin da aber auch ganz guter Hoffnung. Heute Morgen hat Herr Egerer ja auch schon gesagt, wo in diesen Fragen die Reise in etwa hingehen soll. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Befund ist absolut zutreffend. Der Wildwuchs an E-Scootern im Stadtbild und auch im Grünbild ist schrecklich. Ob man mit dem Fahrrad fährt oder ob man zu Fuß unterwegs ist: Es gleicht immer mehr einem Slalom oder Hindernislauf bzw. einer Hindernisfahrt, um von A nach B zu kommen.

Ich glaube daher, dass der Antrag der SPD bzw. des Ratsbündnisses grundsätzlich geeignet ist, um dem Problem Herr zu werden. - Das als positive Einstimmung!

Jetzt kommt das Aber: Wir glauben nicht, dass die Gespräche zwischen der Verwaltung und den E-Scooter-Betreibern bereits an einem Punkt sind, an dem man zwingend die Gespräche abbrechen und in eine Regelungsgrundlage einsteigen muss, sprich: die Daumenschrauben anlegen muss.

Warum glauben wir das nicht? In der Hauptausschusssitzung im Juli wurde von den Mitgliedern des Hauptausschusses ja ein umfassender Maßnahmenkatalog beschlossen, und es wurde im Übrigen auch beschlossen, dass der Verkehrsausschuss, zu dem ich nicht sprechen kann - aber für den Ausschuss AVR -, regelmäßig über die Ergebnisse dieser Gespräche in Kenntnis gesetzt wird und dort auch diskutiert wird.

Ich bin jetzt ein wenig stutzig geworden und habe mal nachgeschaut, wann denn der AVR in aller

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 22

Ausführlichkeit über die Ergebnisse der Gespräche mit der Verwaltung und den Betreibern diskutiert hat. Vielleicht kann mir einer der Kollegen aus dem AVR helfen. Ich kann mich nicht an eine solche Diskussion erinnern. Das heißt, eine der Voraussetzungen, die der Hauptausschuss seinerzeit selber gesetzt hat, nämlich eine Diskussion hier im Gremium, im AVR, wurde gar nicht erfüllt. Das heißt, wir machen hier den zweiten Schritt vor dem ersten.

Im Übrigen bin ich mir auch nicht sicher, ob ein solches Vorgehen zwingend Vertrauen in die Betreiber der Elektrofahrzeuge oder anderer Fahrzeuge, die ja auch stadtbildstörend sind - ob das KVB-Fahrräder sind, Frau Haaks, oder andere; über die können wir hier auch gerne mal reden -, aufbaut. Ich glaube, mit diesem Vorgehen wird hier massiv Vertrauen zerstört, auch wenn es in einer guten Sache ist. Der Zweck rechtfertigt aber nicht immer die Mittel.

Stichwort Mittel: Im Übrigen enthält die Vorlage des Ratsbündnisses bzw. des Antragstextes keinerlei verbindliche Anforderungen an die Qualitäten dieser Sondernutzungssatzung. Hier ist die Rede von Gebühren, aber nicht davon, welche Höhe die Gebühren haben sollen. Ich finde schon, darüber sollte man sich im Vorfeld Gedanken machen.

Herr Kollege Weisenstein, Sie haben ja gerade ein wahnsinniges Fass aufgemacht. Es war wahrscheinlich gut gemeint, aber Sie sprechen natürlich die Flächenkonkurrenz im öffentlichen Raum an und setzen schon ein Präjudiz für E-Roller im Vergleich zu Autos. Ohne dass ich diese Diskussion hier beheizen möchte: Ich habe Zweifel daran, dass zehn kreuz und quer herumliegende E-Scooter wirklich schicker sind als manches schöne Auto im Stadtbild. - Bitte erlauben Sie mir diese Polemik.

Was ich deutlich machen möchte, ist: Dieser Antrag beinhaltet keinerlei Werkzeuge und Baukasten dafür, wie wir der Sache Herr werden wollen. Hier ist ja gar nicht die Rede davon, dass die Anzahl der E-Scooter reduziert wird. Hier ist nur die Rede davon, dass eine Satzung erlassen wird. Aber mit welchem Inhalt: Davon ist nicht die Rede. Es wird bestenfalls wiederum auf die Sitzung des Hauptausschusses Ende Juli Bezug genommen, und damit sind wir wieder am Anfang unserer Reden.

Wir drehen uns also im Kreis, ohne dass wir heute hier inhaltlich substanziell irgendetwas beschließen würden. Das Ganze ist aus Sicht meiner Fraktion daher gut gemeint, aber bestenfalls weiße Salbe. Sie ist deswegen weder erforderlich, geschweige denn verhältnismäßig.

Ich freue mich schon auf die Prüfung des Rechtsamtes oder der Frau Stadtdirektorin, ob die ganzen Punkte, die hier im Katalog gewünscht werden, überhaupt in eine Sondernutzungssatzung gepackt werden dürfen. Sie wird uns mit Sicherheit am Ende des Tages sagen: Das, was ihr euch hier wünscht, können wir gar nicht in so eine Sondernutzungssatzung packen. - Herr Kollege Joisten, die wird uns spätestens in Münster kaputt geschossen.

Und deswegen rate ich dazu: Lasst uns bitte in den Ausschüssen noch einmal inhaltlich in die Diskussion einsteigen. Macht bitte die Hausaufgaben gemeinsam mit uns, die wir hier schon mal beschlossen haben. Dann können wir immer noch schauen, wie wir das seriös umsetzen.

Das hier ist nicht seriös, und deswegen können wir schweren Herzens nicht zustimmen. Wir beantragen Verweisung in den VA, in den Verkehrsausschuss, und in den AVR. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratskolleginnen und -kollegen! Liebe Zuschauer*innen! Die Volt-Fraktion ist der Meinung, dass E-Scooter auch einen wesentlichen Teil zur Mobilitätswende beitragen können. Es ist in unseren Augen nicht nur ein Spaßobjekt, sondern in vielen Teilen der Stadt können Sie damit die letzten hundert Meter wirklich gut überwinden.

Nichtsdestotrotz schätzen wir natürlich die Antragsinitiative der SPD und teilen auch die Meinung, dass es jetzt an der Zeit ist, hier eine öffentliche Regulierung vorzunehmen, um dem Chaos entgegenzutreten. Es ist jetzt wirklich an der Zeit.

Im Übrigen finden wir auch den Vorstoß von Michael Weisenstein, bei dem es um Abstellplätze

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 23

geht, sehr, sehr charmant. Der vorhandene Platz, der meistens vom ruhenden Verkehr verschwendet oder genutzt wird - je nachdem -, soll für die Parkplätze vorgesehen werden.

(Beifall bei Volt)

Wir übernehmen auch gerne den Vorschlag der SPD, Punkt 3, glaube ich, war das, unseres Änderungsantrags - dem des Ratsbündnisses - zu ändern. Diese Änderung übernehmen wir sehr gerne. - Herzlichen Dank für die Zusammenarbeit.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Geschäftsordnungsantrag der FDP auf Verweisung in den Verkehrsausschuss und in den AVR zur Entscheidung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Hat jetzt einer „Moment“ gesagt? - Wer wünscht dem Verweisungsantrag zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Die FDP-Fraktion - die hat ihn ja gestellt -, die AfD. Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag von den Grünen, CDU und Volt in der mündlich und mir schriftlich vorliegenden geänderten Fassung abstimmen. - Falls Ihnen das nicht mehr geläufig ist, lese ich es noch mal vor. Der Punkt 3 wird also wie folgt geändert:

Die Verwaltung wird gebeten, in Ergänzung zum geänderten Beschluss AN/1536/2021 innerhalb der Sondernutzungssatzung die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass auch außerhalb der Innenstadt die E-Scooter verpflichtend ortsgebunden mit entsprechender Infrastruktur (zum Beispiel an den KVB-Haltestellen) abgestellt werden können.

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Die FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen, und der Ursprungsantrag ist damit erledigt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommen wir zu Tagesordnungspunkt:

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Standort Holweide der Städtischen Kliniken als Regelversorger erhalten“ AN/2280/2021

Ich gebe Frau Röhrig das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir geben Ihnen heute die Gelegenheit, einen Beschluss zu korrigieren, der nicht dem Willen der ansässigen Bevölkerung in Holweide und dem Stadtbezirk Mülheim - von den Beschäftigten ganz zu schweigen - entspricht.

Die Demonstranten draußen möchten das Krankenhaus Holweide als Krankenhaus der Regelversorgung erhalten und die Schließung stoppen. Die über 5 000 Kölner und Kölnerinnen, die die Petition schon online unterschrieben haben, möchten das ebenfalls. Wenn man sich die zahlreichen Leserbriefe im Kölner Stadt-Anzeiger anschaut, dann weiß man, dass noch viel mehr Menschen - nicht nur aus dem Rechtsrheinischen - für den Erhalt ihres Krankenhauses kämpfen.

Meine Damen und Herren vom Bündnis, Sie argumentieren, dass mit dem geplanten Medizinischen Versorgungszentrum viele Fachrichtungen in Holweide erhalten bleiben, nur eben ambulant. Die Betten sind dann eben in Merheim, falls jemand, der sich im Medizinischen Versorgungszentrum untersuchen lässt, dort stationär untergebracht werden muss.

Das sieht auf den ersten Blick vernünftig aus, aber leider eben nur auf den ersten Blick. Um eine ambulante Behandlung bereitstellen zu können, brauchen Sie den Umbau in ein MVZ nicht. Schon jetzt werden in den städtischen Kliniken ambulante Eingriffe ohne Übernachtung durchgeführt. Deswegen sollten wir beim Namen nennen, worum es beim Umbau in ein MVZ in Wirklichkeit geht: darum, die Landesprämie für Standort-schließungen abzugreifen, und um Bettenabbau, sprich: um die Reduzierung von Kosten.

Sie haben sich in Ihrer gemeinsamen Presserklärung vom 2. November verraten. Dort heißt es im Zitat von Frau Gärtner:

Wir betonen, dass durch unsere Zukunftsstrategie kein einziges benötigtes

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 24

Krankenhausbett rechts des Rheins verschwinden soll. Stattdessen wollen wir Betten von Holweide nach Merheim verlagern und gleichzeitig die großen Bettenüberkapazitäten in Holweide abbauen.

Also gibt es nach Ihren Aussagen nicht benötigte Betten in Holweide, nämlich Überkapazitäten, die man getrost streichen kann. Das sehen wir und viele Kölnerinnen und Kölner, die gerade in Corona-Zeiten gemerkt haben, wie wichtig jedes Krankenhausbett ist, anders.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen alle Betten erhalten, und wir glauben, dass das auch bitter nötig ist, gerade weil es sich hier um öffentliche und nicht um private Gesundheitsinfrastruktur handelt.

Natürlich brauchen wir dafür auch mehr Pflegekräfte, als bisher bei den Kliniken arbeiten. Werkwohnungen, die Sie ja auch vorschlagen, sind dafür eine gute Maßnahme. Sie wissen aber so gut wie ich, dass wir dafür das Krankenhaus Holweide nicht schließen müssen; denn Platz genug auf dem großen Gelände aller drei Standorte gibt es dafür ja.

Darüber hinaus müssen wir den Beruf attraktiver machen. Das schaffen wir aber nicht alleine in Köln. Eine verbindliche Personalbemessung und eine bessere Bezahlung wären zwei ganz wichtige Maßnahmen, um die Flucht aus dem Beruf zu stoppen. Auf diesem Feld haben sich Bundes- und Landesregierung bisher aber nicht hervorgetan. Das wissen Sie so gut wie ich.

Was ist von Ihrem zweiten Argument, dem Kostenargument, zu halten? - Ja, die städtischen Kliniken schreiben rote Zahlen. Das liegt in Holweide aber nicht daran, dass die Leistungen des Krankenhauses Holweide nicht gebraucht werden, sondern daran, dass seit der Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf Fallpauschalen nicht mehr die tatsächlichen Kosten ersetzt werden.

Private Krankenhäuser betreiben Rosinenpickerei, was gut bezahlte Operationen angeht, und den öffentlichen Voll- und Regelversorgern bleibt das nicht lukrative Alltagsgeschäft. Hinzu kommt, dass das Land seiner Verpflichtung, Investitionen in Großgeräte zu finanzieren, nicht nachkommt

und die städtischen Kliniken auch auf diesen Kosten sitzen bleiben.

Dieses falsche System unterstützen Sie. Wenn es wirklich um Wirtschaftlichkeit ginge: Warum soll dann eine gut funktionierende, exzellente und gerade frisch sanierte Station, wie die Frühgeborenenstation in Holweide, plattgemacht und in Merheim mit wieder frischem Geld abgebaut werden?

(Beifall bei der LINKEN)

Hier wird der Standort Mülheim-Holweide zum Sündenbock für eine verfehlte Krankenhauspolitik gemacht, und die Menschen in Mülheim und die Beschäftigten sollen dafür bezahlen. Dieses perfide Spiel spielen wir nicht mit.

Stimmen Sie für unseren Antrag, das Krankenhaus Holweide für den Stadtbezirk Mülheim zu erhalten!

Ich muss jetzt noch eine Ergänzung machen - Entschuldigen Sie, Frau Oberbürgermeisterin -, weil ich eben erst den Ergänzungsantrag von der SPD-Fraktion gelesen habe, der ganz kurzfristig eingestellt worden ist. - Ich möchte zu der SPD-Fraktion sagen: Die Punkte eins und zwei Ihres Ergänzungsantrags können wir nicht mittragen; bei Punkt 3 könnten wir mitgehen. Das dazu! - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Unna hat jetzt das Wort.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kliniklandschaft in Deutschland ist insgesamt in Bewegung geraten. Die Tendenz geht hin zu Zentrenbildung, weil wir dort höhere Qualitätsstandards im Sinne der Behandelten, der kranken Menschen, einhalten können und weil wir einfach höhere Durchlaufzahlen in hochspezialisierten Einheiten brauchen, frei nach dem Motto: Dinge, die man häufig tut, macht man besser als Dinge, die man selten tut.

Wir können das exemplarisch sehen, wenn es zum Beispiel um Stroke geht, also um Schlaganfallgeschehen, oder um Infarkte. Wir sehen ganz

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 25

klar, dass die Überlebenschancen derjenigen Patientinnen und Patienten, die auf hochspezialisierten Einheiten landen und dort behandelt werden - mit 24/7-Interventionsteams -, deutlich besser sind als die der bedauernswerten Patienten, die in Krankenhäusern landen, die ab und zu mal einen Herzinfarkt behandeln. Das liegt in der Natur der Dinge.

Insofern bin ich sehr dankbar, dass die LINKE heute hier den Antrag gestellt hat; denn ich kann Ihnen als Kolleginnen und Kollegen im Rat der Stadt Köln - als Gesellschafterversammlung - ein kurzes Update über den Stand der Dinge geben.

Wir haben an dieser Stelle bereits über einen Klinikverbund mit der Universitätsklinik zu Köln gesprochen. Im Moment ist es so, dass wir dafür keine Signale - jedenfalls keine positiven Signale - aus Düsseldorf empfangen und wir deshalb gezwungen sind - wir sind dabei auf uns alleine gestellt -, einen Sanierungsprozess in Gang zu setzen.

Michael Paetzold, mein Vorgänger im Aufsichtsrat der Kliniken Köln, hat das dankenswerterweise im Jahre 2019 in Gang gesetzt, und er hat aufgrund der Auslastungssituation unserer Kliniken - im Speziellen auch in Holweide - mit dem Aufsichtsrat - von uns als grüne Fraktion mitgetragen - einen sogenannten Zwei-plus-eins-Beschluss gefasst.

Was heißt „Zwei plus eins“? „Zwei plus eins“ heißt, wir sprechen über zwei Plankrankenhäuser, nämlich über das Kinderkrankenhaus Amsterdamer Straße und den Maximalversorger in Merheim, und über einen Medizinstandort in Holweide. - Es ist ganz wichtig, das zu verstehen. Niemand hat vor, was so erzählt wird, in Holweide Reihenhäuser oder Ähnliches zu bauen.

Mit diesem Aufsichtsratsbeschluss sind wir hier in den Rat gekommen. Der Rat hat in 2019 beschlossen, dieses Zwei-plus-eins-Konzept umsetzen zu lassen, und uns als Aufsichtsrat wiederum beauftragt, dafür zu sorgen, dass die entsprechenden Schritte vorangetrieben werden.

Nun ist es so, dass ich Anfang dieses Jahres den Vorsitz von Michael Paetzold übernommen habe, dem ich an dieser Stelle für die gute Übergabe danken möchte. Unser Job im Aufsichtsrat ist es jetzt, unser Unternehmen - Kliniken Köln - zukunftsicher aufzustellen.

Wie machen wir das? Unter anderem machen wir das, indem wir versuchen, Strukturmittel des Landes Nordrhein-Westfalen - eigentlich des Bundes - einzuwerben. Wir sprechen hier über einen dreistelligen Millionenbetrag. Der Aufsichtsrat hat in seiner Weisheit den Geschäftsführer am 29. Oktober dieses Jahres gebeten und beauftragt, genau diesen Antrag zu stellen. Das heißt, wir möchten an diesen Strukturmitteln für die Stadt Köln und für unsere Kliniken partizipieren.

Wofür brauchen wir die? Wir möchten im Rechtsrheinischen neu bauen, das heißt, wir möchten diejenigen Abteilungen, die in Holweide einzigartig sind und in Merheim nicht vorkommen, in, um präzise zu sein, zwei Neubauten am Standort Merheim verlagern, und wir möchten in der Tat die Doppelvorratungen auf weniger als 3 Kilometer Entfernung beenden, weil beide Häuser leider nur eine Auslastung von knapp über 50 Prozent im Vergleich zum Plan haben.

Des Weiteren schwebt uns vor, dass wir dort ein Hospiz errichten wollen, weil wir der Meinung sind, dass das dringend gebraucht wird. Aus eigener familiärer Erfahrung der letzten Monate und Jahre kann ich Ihnen sagen: Es wird dringend gebraucht.

Wir haben einen Pflegenotstand - auch das ist bereits thematisiert worden -, und wir denken, dass wir mithilfe von Werkwohnungen diesen Pflegenotstand effektiv bekämpfen können. Das heißt, wir möchten auch niemanden entlassen, weil wir gerade dabei sind, Pflegerinnen und Pfleger zu rekrutieren. Wir möchten mehr Pfleger einstellen, um mehr Stationen ans Netz zu bekommen, und zwar natürlich in den Neubauten in Merheim.

Es ist wichtig, zu verstehen - auch im Zusammenhang mit dem SPD-Antrag -, dass wir - das will ich an der Stelle noch kurz ausführen - erstens den Ratsbeschluss nicht bekräftigen müssen. Lieber Michael Paetzold, zu dem stehen wir Grüne; das müssen wir nicht dauernd wiederholen. Zweitens haben wir den Punkt „Holweide muss bleiben, bis eine Vorbereitung zur Umsetzung da ist“. Wir gehen einen Schritt weiter: Holweide muss bleiben, bis die Umsetzung vollendet ist. - Das heißt, wir werden das Krankenhaus in Holweide natürlich erst dann anfassen, wenn die Neubauten in Merheim funktionsfähig stehen.

Der dritte Punkt des Änderungsantrages der SPD lautet sinngemäß, das Land Nordrhein-Westfalen

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 26

solle uns Geld geben. Dagegen hat niemand etwas, lieber Michael Paetzold, liebe SPD. Allerdings: Bei den Mehrheiten, die im Moment in Düsseldorf existieren, empfangen Sie bis jetzt keinerlei Signale dafür,

(Christian Joisten [SPD]: Es gibt ja Landtagswahlen, habe ich gehört!)

dass wir dieses Geld bekommen, um Holweide mit einem dreistelligen Millionenbetrag zu sanieren.

In der Zusammenfassung: Wir müssen jetzt handeln, wir müssen für unsere Unternehmen unternehmerisch handeln, wir müssen für die Menschen die Qualität in der Gesundheitsversorgung verbessern. Das, was die LINKE hier vorschlägt, ist kein Unternehmen, sondern ein Unterlassen. Von daher möchte ich Sie bitten, den Antrag der Fraktion DIE LINKE und auch den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abzulehnen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

(Mike Homann [SPD]: Es wäre schön, wenn wir unseren Änderungsantrag vorstellen könnten!)

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion bekennt sich zu unseren städtischen Kliniken. Gerade deshalb begrüßen wir die Beschlüsse des Klinik-Aufsichtsrates, die städtischen Kliniken neu aufzustellen.

Das Gesundheitswesen und damit auch der Bedarf an klinischen Angeboten und deren Struktur haben sich in den vergangenen Jahrzehnten fortentwickelt und stark verändert. Das geht auch an den städtischen Kliniken nicht spurlos vorbei. Nur wenn auch sie sich wandeln und modernisieren, können sie ihren Versorgungsauftrag auch künftig umfassend und auf hohem Niveau erfüllen.

Das Gebäude, in dem sich das Klinikum Holweide befindet, ist nicht nur sanierungsbedürftig. Vielmehr haben sich die funktionellen und techni-

schen Anforderungen an ein Klinikgebäude so gewandelt, dass sie in der dortigen Struktur nicht mehr umgesetzt werden können. Das bedeutet jedoch weder, dass die Zahl der derzeit angebotenen Betten spürbar reduziert wird, noch, dass das fachliche Angebot überhaupt ausgedünnt wird.

Die Klinikbetten in Holweide fallen nicht ersatzlos weg; vielmehr werden sie weitgehend nach Merheim verlagert. Soweit die Gesamtzahl leicht verringert wird, stellt dies eine Anpassung an den Bedarf dar.

Eine zunehmende Ambulantisierung und immer kürzere Verweildauern im Krankenhaus erfordern weniger Betten, als es noch vor Jahren notwendig war. Gestiegen sind hingegen die Erwartungen und Erfordernisse hinsichtlich einer Vernetzung und der Qualität von Leistungen. Mit der von den städtischen Kliniken begonnenen Zentrenbildung wird eine Bündelung von Fachlichkeit erreicht, die zu einer Qualitätssteigerung führt.

Nicht zuletzt - und das ist uns sehr wichtig - kommen die geplanten baulichen und strukturellen Verbesserungen den medizinisch und pflegerisch Beschäftigten der städtischen Kliniken zugute; denn ihnen sind wir verbesserte Arbeitsbedingungen und Arbeitsabläufe schuldig. Und kein einziger Arbeitsplatz wird wegfallen!

Die Notfallversorgung der Menschen, die im Stadtbezirk Mülheim leben, wird auch weiterhin gewährleistet sein. Von jeder Stelle des Stadtbezirks Mülheim aus wird auch künftig ein Krankenhaus in der für einen Notfall vorgegebenen Zeit erreichbar sein.

Und nicht nur das! In Holweide wird ein hochmodernes Medizinisches Versorgungszentrum errichtet werden, und zwar vor einer Schließung des Krankenhauses. In diesem MVZ werden zehn medizinische Fachrichtungen zusammenarbeiten - und dies 24 Stunden am Tag und an allen 7 Tagen der Woche. Und das auch noch in kommunaler Trägerschaft!

(Beifall bei Teilen der CDU)

Damit wird weiterhin eine Versorgung mit allen zentralen medizinischen Versorgungsleistungen rund um die Uhr sichergestellt. Die medizinische Versorgung der Bevölkerung des Stadtbezirks Mülheim wird also auch künftig uneingeschränkt gewährleistet sein.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 27

Es hilft aber nicht weiter, so wie Sie, die LINKEN, die Augen vor den Entwicklungen in der Medizin zu verschließen. Es geht nicht nur um Geld, ohne das ein Medizinbetrieb nicht auskommen kann, sondern auch um Strukturen, die modernisiert werden müssen. Nur wenn wir nicht so handeln, wie beschlossen worden ist, würden wir die Menschen im Stadtbezirk Mülheim im Stich lassen und von einer Teilhabe an bedarfsgerechter und hochqualitativer medizinischer Versorgung abhängen.

An die SPD gerichtet: Ihren Änderungsantrag lehnen wir natürlich auch ab, weil er in Teilen das wiederholt, was schon in dem Antrag der LINKEN steht.

(Zurufe von der SPD: Natürlich!)

- Ich weiß jetzt nicht, wo das Problem liegt. - Das, was Sie da vorgeschlagen haben, ist nicht realisierbar, und uns wundert auch etwas, dass in der SPD offensichtlich unterschiedliche Meinungen dazu bestehen. Ansonsten ist nicht zu erklären, wie hier so ein Antrag ankommen kann, nachdem der Aufsichtsrat entsprechend beschlossen hat. Das müssen Sie selber verantworten. Wir lehnen jedenfalls beide Anträge ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich bitte jetzt Bürgermeister Wolter, meine Vertretung hier zu übernehmen. Ich werde gleich zur Feierstunde in der Synagogen-Gemeinde sein. Und je nachdem, wie weit Sie kommen, kehre ich heute selbstverständlich noch in den Rat zurück.

(Vereinzelt Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Meine Damen und Herren, wir fahren weiter in der Sitzung fort, und das Wort hat Herr Paetzold. Bitte.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meinen Vorrednern schon einmal herzlichen Dank für die Auseinandersetzung mit unserem Änderungsantrag, den ich jetzt erst vortragen kann; ich tue es aber trotzdem noch.

Als der Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln am 31. Oktober 2019 das Zwei-plus-eins-Standardkonzept beschlossen hat, hinter dem sich das Szenario Gesundheitskampus Merheim und Medizinisches Kompetenzzentrum Holweide verbirgt, hat er das zwar in Verantwortung für die Kliniken getan, aber eben auch im Auftrag des Finanzausschusses. Dieser hat in seiner Sitzung vom 25. Juni 2019 die Geschäftsführung aufgefordert, ein Maßnahmenpaket inklusive eines Medizin- und Standortkonzeptes aufzusetzen, das geeignet sei, ausreichende Sanierungsbeträge in Höhe von 6 Millionen per annum dauerhaft zu realisieren, und uns als den Aufsichtsrat aufgefordert, dieses Maßnahmenpaket mit einer Beschlussempfehlung der Gesellschafterversammlung vorzulegen, was wir auch getan haben.

Ich glaube, es ist jetzt wirklich mal an der Zeit, zu erklären, was der Aufsichtsrat damals beschlossen hat; denn in der Presse und auch in der jetzigen Diskussion geistert immer wieder der Begriff eines Medizinischen Versorgungszentrums umher. Sogar meinem Nachfolger, Herrn Unna, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, wird in der Presse - sicherlich fälschlich - dieses Wort in den Mund gelegt.

Ein Medizinisches Versorgungszentrum - kurz: MVZ - ist ganz einfach eine Kassenarztpraxis, die nicht den Ärzt*innen gehört, die darin arbeiten, sondern einem Krankenhaus. So einfach und so schlicht! Dieses MVZ kann eine Fachrichtung betreiben oder eben auch mehrere. Eigentlich ist das eine ziemlich gute Sache - gerade im ländlichen Raum. Die Nachsorge der Patient*innen nach einem stationären Aufenthalt kann so gewährleistet werden, und wenn Patient*innen mit komplexen Krankheitsbildern in das MVZ kommen, können sie über kurze Wege ins Krankenhaus gelangen.

Aber: Der Aufsichtsrat der KSK hat - von der Gesellschafterversammlung, also von Ihnen, bestätigt - kein MVZ beschlossen, sondern ein Medizinisches Kompetenzzentrum, und das ist nun mal einfach was ganz anderes. Hinter diesem Begriff verbirgt sich nämlich: Der Aufsichtsrat und der Rat haben beschlossen, dass es am Standort Holweide eine stationäre, das heißt, bettenführende, Allgemeine Innere Medizin, eine Geriatrie - ebenfalls bettenführend -, einen tagesklinischen Bereich mit ambulanter OP, einem Ärztezentrum - gerne auch als MVZ -, einem Reha-Bereich sowie

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 28

- das ist das Wichtigste - einer 24/364-Notfallanlaufstelle geben soll, die mit einem MVZ, liebe Frau Gärtner, gar nicht zu realisieren ist; wir haben es in der letzten Aufsichtsratssitzung gehört.

Das und nicht weniger ist die Beschlusslage des Aufsichtsrates - in der letzten Sitzung noch einmal bestätigt - und die Beschlusslage des Rates der Stadt Köln, und darunter sollten wir es keinesfalls tun. Das sind wir den Menschen im rechtsrheinischen Köln und ganz besonders den Menschen, die im Stadtbezirk Mülheim wohnen, schuldig.

(Beifall bei der SPD)

Ganz selbstverständlich war allen Entscheidungsträgern immer klar, dass das Krankenhaus Holweide als Grund- und Regelversorger erst dann seinen Betrieb einstellen darf, wenn das Medizinische Kompetenzzentrum arbeitsfähig ist.

Meine Kolleginnen und Kollegen, die Beschlüsse stammen aus dem Herbst 2019, aus einer Zeit, in der noch niemand dieses kleine, fiese Virus kannte, das Krankheit und Tod über die ganze Welt gebracht und unser aller Leben verändert hat. Vor dieser pandemischen Katastrophe konnte man sicher fordern, dass ein Krankenhaus zumindest eine schwarze Null schreibt, genauso, wie man ja erwartet, dass eine inhabergeführte Arztpraxis sich irgendwie rechnet. Dafür zahlen wir alle nicht unerhebliche Krankenkassenbeiträge in das System ein.

Diese pandemische Katastrophe und die schrecklichen Bilder, die uns in der ersten großen Welle aus europäischen Nachbarländern erreichten, die - sagen wir es mal vorsichtig - ein bisschen zu viel am Krankenhaussektor gespart haben, ergeben für mich einen neuen, einen anderen Blick auf Krankenhäuser und Krankenhausbetten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir dürfen die Zahl der notwendigen Krankenhausbetten nicht am normalen Bedarf - am besten vielleicht noch in den Sommermonaten - messen. Auch schon vor Corona hatte ich als Hausarzt oft genug Probleme, Patienten im Krankenhaus unterzubringen, weil mir die diensthabende Kollegin sagen musste: Sorry, ich habe kein Bett mehr.

Ein bisschen sind Krankenhäuser wie unsere Feuerwehr, auf die wir alle ganz zu Recht stolz sind. Kein Mensch erwartet, dass die Feuerwehr

nur wirtschaftlich denkt und sich bei ihrer Bedarfplanung an den ruhigen Monaten orientiert. Wir alle erwarten, dass eine Feuerwehr auch Großschadensereignisse meistern kann, und dass sie das kann, beweist sie Gott sei Dank immer wieder eindrucksvoll. Und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

So wünsche ich mir auch unsere Krankenhäuser. Sie sollen den Normalbetrieb locker stemmen können - nicht nur, aber auch, damit ich meine Patienten besser unterbekomme -, sie sollen aber auch für akute Katastrophen - ich erinnere: wir leben im größten Chemiegürtel Europas - und auch pandemische Katastrophen - wie die, durch die wir gerade gehen - gewappnet sein. Auch dann noch Luft zum Atmen haben, ist ganz wichtig für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wenn Sie gestern Abend die Tagesthemen gesehen haben, wissen Sie, wovon ich rede. Krankenhäuser sind also ein hohes Gut für eine Stadt, das man nicht leichtfertig aufgeben sollte.

Bis das Zwei-plus-eins-Modell der Kliniken der Stadt Köln - nun komme ich zum dritten Punkt unseres Antrages - auch nur zu Ende geplant ist - da ist noch kein Stein umgesetzt -, wird es noch etliche Monate dauern. Zeit genug also für die Verwaltung, Mittel und Wege zu finden, das Klinikum Holweide als Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung zu erhalten, wenn wir ihr heute den Auftrag dazu geben!

Von daher werbe ich herzlich um Ihre Zustimmung zu unserem Ersetzungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Paetzold. - Als Nächsten habe ich hier auf meiner Rednerliste den Herrn Breite. Bitte schön.

Ulrich Breite (FDP): Herr Bürgermeister Wolter, ich grüße Sie hier! Meine Damen und Herren! Wenn ich diese Debatte jetzt hier verfolge, dann sehe ich, dass wir uns im Wahlkampf warm anziehen können; denn hier haben wir ein Thema, was, glaube ich, im Rechtsrheinischen sehr ernst genommen wird.

Wir wissen: Gerade wenn es um das Kranken- und Gesundheitswesen geht, sind die Menschen

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 29

immer sehr empfindlich. Bei solchen Themen sollte man immer sehr, sehr vorsichtig sein, weil man dabei ganz schnell auf eine Schiene rutscht, die es eigentlich nicht geben sollte, nämlich, nicht für Menschen, sondern mit Menschen Politik zu machen.

Wir haben hier einen Beschluss gefasst, der hier noch einmal erwähnt wurde. Darum bin ich Dr. Unna, aber auch Frau Gärtner dankbar, dass sie noch mal auf die Geschichte, wie das 2001 zustande gekommen ist, zurückgekommen sind. Damit, die Krankenhäuser jetzt nicht mehr zu vergleichen, sondern das einfach als Wahlkampfthema zu nehmen, vergisst man die Historie.

Man kennt das Krankenhauswesen in Köln nicht; denn, Herr Paetzold, zur Wahrheit gehört doch auch, zu sagen: Als die städtischen Kliniken und gerade auch Holweide immer weiter in die rote Zahlen gegangen sind, geschah das unter Ihrem Vorsitz als Aufsichtsrat. Wenn es so gewesen wäre, wie in anderen Regionen gewirtschaftet wurde, dann hätten wir diese Problematik hier in Köln, weshalb wir das hier gerade diskutieren, nicht; denn da wurden Betten aufgebaut, da sehen die Zahlen gut aus, und bei Ihnen mussten wir im Finanzausschuss die Notbremse ziehen. Das ist doch die Wahrheit hier! Darum mussten wir eine Reform machen; das war das Konzept „Zwei plus eins“.

Wir haben hier gerade darüber gesprochen, dass es bei den Bettenstrukturen um 3 Kilometer geht. Ich muss sagen: Glückliches Köln! Schauen Sie sich mal in ganz anderen Regionen an, ob man da nur 3 Kilometer fahren muss, um im Krankenhaus ein Bett zu bekommen.

Alle Sorgen und Nöte, die wir von den Menschen in Mülheim und Holweide mitbekommen, nehmen wir ernst. Wir müssen ganz genau erklären, dass ihre medizinische Versorgung gesichert ist. Damit, zu meinen, wir bräuchten dort keinen Neubau, keine Umstrukturierung, sondern wir könnten mit diesem alten Gebäude, dass sie sich sozusagen als schönes Schloss hier hinstellen, weiterarbeiten und bräuchten nichts zu verändern - schauen Sie sich das bitte mal an; gehen Sie da mal auf die Stationen; da würden viele nicht mehr hingehen; sie gehen dann lieber woanders hin -, verkennen Sie die Realität.

Darum werden wir beiden Anträgen nicht zustimmen. Wir versuchen, die Menschen aufzuklären. Wir wollen die beste Versorgung haben. 3 Kilometer zu fahren, um stationär unterzukommen, ist meiner Meinung nach möglich, und das können wir den Menschen auch sagen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Breite. - Als Nächstes hat das Wort Herr Achtelik. Bitte.

Christian Achtelik (Vollt): Sehr geehrter Herr Vertreter der Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Liebe Gäste und Zuschauer*innen! Ich möchte das Thema noch einmal von einer anderen Seite betrachten; Herr Breite hat es tatsächlich schon erwähnt.

Schon heute ist es so, dass Rettungswagen zum nächsten Krankenhaus mit freien ITS-Kapazitäten fahren, wenn Intensivstationen abgemeldet sind oder Patientinnen und Patienten im Anschluss der Notfallversorgung in ein anderes Krankenhaus verlegt werden müssen. Einsatzwagen mit Sonderwegerechten verlieren so meist keine relevante Zeit bis zum nächsten Krankenhaus. Hier in Köln profitieren sie zudem von kurzen Wegen. Wir haben es gerade und auch in den Vorreden schon gehört: Wir reden von einer Entfernung von 3 Kilometern zwischen den beiden Kliniken.

Die Sorgen bezüglich eines möglichen Verkehrschaos in Merheim, die wir auch immer wieder gehört haben, sollten wir natürlich sehr ernst nehmen. An diesem Punkt sollten wir gemeinsam mit den Kliniken über zusätzliche infrastrukturelle Maßnahmen sprechen, die dafür möglicherweise nötig sind.

Es ist sinnvoll, ein gut ausgestattetes Zentrum aufzubauen. Dieses wird die Notaufnahmen deutlich stärker entlasten und sichert ebenfalls die Grundversorgung. Außerdem folgen wir damit einem Bundestrend; auch das wurde heute schon angesprochen. Der Ausbau von größeren medizinischen Zentren wird deutschlandweit vorangetrieben. Viele Therapien werden immer aufwendiger und komplizierter und erfordern eine spezielle Geräteausstattung. Wie es Ralf Unna schon

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 30

schön gesagt hat: Wenn man etwas öfter macht, macht man es meistens besser.

Dazu braucht es vor allem aber auch Fachpersonal. Die Konkurrenz um dieses Fachpersonal ist in Köln sehr groß. Der wirtschaftliche Druck wird auch weiter steigen, und das geht auf Kosten der Patient*innen und des Personals.

Zu diesem Fachkräftemangel: Wenn der Personalmangel, den wir jeden Tag sehen, weiter dramatisch zunehmen wird, was natürlich auch immer mit Arbeitsbedingungen zu tun hat - darin sind sich alle Expertinnen und Experten sehr einig -, nutzen den Kölnerinnen und Kölnern auch Betten am Ende nichts. Größere Zentren, wie zukünftig Merheim, können Personal flexibler einsetzen und sind somit krisenfester und durch das Bereitstellen von günstigem Wohnraum, wie wir es jetzt ja auch schon angesprochen haben, ein attraktiver Arbeitgeber.

Heute gab es wieder einen Warnstreik von Pflegekräften hier in Köln, der die Dringlichkeit dieses Themas noch einmal verdeutlicht.

Lieber Herr Paetzold, nach meinem Verständnis hinkt der Vergleich mit der Feuerwehr, wenn wir uns im aktuellen System bewegen. Dass man im Gesundheitswesen Geld verdienen muss, kann man kritisieren - darüber können wir gerne sprechen -, dennoch haben wir eine unternehmerische Verantwortung den Kliniken gegenüber. In der letzten Sitzung des Finanzausschusses haben wir die eklatanten Verluste noch einmal auf der Tagesordnung gehabt, und wir können diese auch nicht wegre-den. Das ist, denke ich, eine sehr gute Vorgehensweise dafür.

Die Bedenken der rechtsrheinischen Kölnerinnen und Kölner angesichts dieser Entscheidung inmitten einer globalen Pandemie kann ich natürlich nachvollziehen, doch mir ist wichtig, klarzumachen, dass die Umstrukturierung in Holweide und in Merheim nicht von heute auf morgen erfolgen wird, die Menschen in Holweide und den angrenzenden Veedeln sich höchsten medizinischen Standards sicher sein können und dabei, ganz wichtig, keine Arbeitsplätze verlorengelassen werden.

Wir können nie auf alle möglichen Szenarien vorbereitet sein. Im Zweifel müssen wir - wie eben auch jetzt, in der Pandemie, geschehen - auf flexibel angepasste Strukturen setzen. Der Ausbau

des Katastrophenschutzes und die nationale sowie internationale Zusammenarbeit sind hier die richtigen Stichworte. Eine Pandemie macht eben nicht vor Grenzen halt - und auch nicht an Stadtgrenzen.

Im letzten Punkt dieser Reihe von Argumenten möchte ich noch einmal auf das eingehen, was dort vor Ort passieren wird. - Prävention ist immer besser als eine möglichst vollständige Wiederherstellung, also eine Behandlung. Langfristig müssen wir präventive Infrastrukturen deutlich ausbauen. Ein Versorgungszentrum oder ein Zentrum, wie es in Holweide angedacht wird - mitsamt Präventionsangeboten, eventuell mit einem Hospiz -, kann und wird den Bedürfnissen der Kölnerinnen und Kölnern gerecht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die verschiedenen Themen einzeln angehen. Wir müssen Prävention und die Themen einer sicheren und gesundheitsfördernden Umwelt nach oben auf unsere Agenda setzen. Das tun wir nach unserer Meinung aber nicht mit diesen Anträgen von LINKEN und SPD. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Achtelik. - Ich habe noch einen Redner auf meiner Liste; das ist der Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Fraktionen DIE LINKE und SPD, dafür, dass Sie für sich in Anspruch nehmen, an der Spitze des progressiven gesellschaftlichen Fortschritts zu stehen, ist der Antrag - und insbesondere der Inhalt dieses Antrags - verdammt strukturkonservativ.

(Beifall bei der AfD)

Ich würde sogar sagen, das ist geradezu strukturreaktionär, weil das, was Sie hier fordern - auf eine kurze Formel gebracht -, ist letztlich: Es muss alles bleiben, wie es ist.

Meine Güte, warum sehen Sie denn nicht die enormen Chancen, die dieses Areal, die Umstrukturierung und die Neuausrichtung hier bieten? Sie

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 31

selber haben heute Morgen doch mit Krokodilstränen den eklatanten Wohnraummangel in dieser Stadt beklagt.

Wie wunderbar ist das denn? Hier haben wir ein Grundstück von 20 Hektar - auch noch im städtischen Besitz, an den öffentlichen Nahverkehr angebunden, mit einer sehr guten Bebauung durch die GAG in den Randbereichen. Wir könnten hier also für diese Stadt ein mit einem Medizinischen Versorgungszentrum ausgerüstetes Wohngebiet schaffen, in dem vorrangig Werkwohnungen für die Pflegekräfte geschaffen werden - und so sieht es ja unser Antrag vor, den wir vor über zwei Jahren gestellt haben, übrigens einen Monat, bevor dieses Zwei-plus-eins-Konzept beschlossen wurde; ich habe Ihnen den Antrag noch mal mitgebracht -, die dringend untergebracht und in der Stadt gehalten und gebunden werden müssen.

Sie verschließen die Augen davor, dass die Situation in Holweide durch folgende Punkte gekennzeichnet ist:

Wir haben dort zum Teil nur noch eine Auslastung von 50 Prozent. Der wirtschaftliche Weiterbetrieb wird so nicht möglich sein.

Die Bausubstanz ist komplett überaltert. Machen Sie sich doch bitte einmal dorthin auf den Weg, und schauen Sie sich die Bausubstanz an; ich bin mehrfach dort gewesen. Wir haben dort einen erheblichen Sanierungsstau.

Wie gesagt - es wurde hier ja schon mehrfach erwähnt -: 3 Kilometer Luftlinie entfernt ist Merheim.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Wir haben nie vorgeschlagen, den Standort Holweide plattzumachen, ganz im Gegenteil. Es gibt dort Leuchtturmprojekte - die Gynäkologie, das Brustzentrum - mit einem hervorragenden bundesweiten Ruf. Diese Leuchtturmprojekte wollen wir selbstverständlich erhalten, aber die können eben auch in Merheim, wo noch Platz ist, sein. Dann können wir dieses Areal im Sinne der Stadt und im Sinne der Menschen in dieser Stadt entwickeln.

Noch einmal: Dort kann Wohnraum geschaffen werden - es sind, wohlgemerkt, 20 Hektar - für circa 800 bis 1 000 Menschen. Das ist ein parkähnliches Gelände, und dort könnte auch unter dem Gesichtspunkt des sozialen Wohnungsbaus

ein vernünftiges Wohnbauprogramm umgesetzt werden.

Ein letztes Wort noch: Sie glauben doch nicht im Ernst, dass die zurückhaltende Haltung der Landesregierung, sich an einer Neuausrichtung/Neustrukturierung zu beteiligen, nicht damit zu tun hat, dass die in Düsseldorf auch rechnen können und dass die logischerweise sagen: Macht ihr Kölner bitte mal eure Hausaufgaben, und wenn ihr die gemacht habt, dann sind wir auch bereit zu einer Zusammenarbeit! - Das heißt, wir müssen hier erste Schritte gehen. Wir müssen die Sanierung anstoßen.

Und von daher: Dieser Antrag ist aus unserer Fraktion heraus rundum abzulehnen. Er ist strukturentwicklungsreaktionär, und das Konzept der Weiterentwicklung muss weitergetrieben werden.

Wie gesagt, unser Antrag von vor über zwei Jahren weist den Weg. Es sollten dort Werkwohnungen für die Angehörigen der Pflegeberufe - also dringend benötigter Wohnraum für Köln - geschaffen werden, die Kapazitäten nach Merheim verlagert werden und damit Holweide und die rechtsrheinische Versorgung eine Perspektive bekommen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. - Dann können wir zur Abstimmung kommen. - Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Zum Abstimmungsprozedere: Ich möchte gerne beantragen, dass der SPD-Ergänzungsantrag punktweise abgestimmt wird.

Bürgermeister Andreas Wolter: Gut, das können wir so machen. - Ich lasse jetzt zunächst über die einzelnen Punkte des SPD-Antrags, die vielleicht hier angenommen werden, und dann im Gesamten über den SPD-Antrag abstimmen.

Abstimmung über die einzelnen Punkte des Antrags der SPD - Sie haben den ja alle vorliegen -:

Abstimmung über Punkt 1. Wer ist für diesen Punkt 1? - Das ist die SPD. Wer enthält sich? -

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 32

Das sind Die FRAKTION und Frau Gabrysch. Dann ist der Punkt abgelehnt.

Abstimmung über Punkt 2. Wer ist für Punkt 2 des SPD-Ersetzungsantrages? - Das ist die SPD. Wer enthält sich? - Die FRAKTION und Frau Gabrysch. Dann ist auch der Punkt abgelehnt.

Abstimmung über Punkt 3. Wer ist für diesen Punkt? - Das sind die SPD und DIE LINKE. Enthaltungen? - Die FRAKTION und Frau Gabrysch. Dann ist auch der Punkt abgelehnt.

Wir stimmen jetzt gesamt über den Antrag der SPD ab. - Wer ist für den Ersetzungsantrag der SPD? - Das ist die SPD. Wer enthält sich? - Die FRAKTION und Frau Gabrysch. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über den Ursprungsantrag der LINKEN ab. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? - Das ist DIE LINKE. Wer enthält sich? - Das sind die SPD, Frau Gabrysch und Die FRAKTION. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt:

3.1.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Prüfung einer qualitativen Bauberatung“ AN/2282/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/2356/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/2382/2021

Frau Ruffen, bitte.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute Morgen in der Sitzung schon einiges über den schleppenden Wohnungsbau in Köln gehört. Das Thema ist nun wahrlich nicht neu.

Wir sprechen über fehlende Schulen und Kitas und reden über die Ursachen. Neben den zu wenig zur Verfügung stehenden Flächen werden auch extrem lange und weit über Landesdurchschnitt liegende Genehmigungszeiten angeführt - sowohl von der Gebäudewirtschaft als auch von privaten Bauherren bzw. vom freien Markt.

Seit Jahren tobt wegen dieser Situation der Baugenehmigungen ein öffentlicher Kampf zwischen Bauaufsicht und Architektinnen und Architekten. Die Bauaufsicht beschuldigt uns Planende, nicht in der Lage zu sein, einen vollständigen Antrag einzureichen, während diese wiederum der Verwaltung vorwerfen, sich nicht an Absprachen im Vorfeld zu halten und das Verfahren künstlich zu verlängern, weil scheibchenweise Nachforderungen gestellt werden. Zusätzlich klagt die Bauaufsicht über einen extremen Personalmangel, während Antragstellende von Erbsenzählerei bei den Mitarbeitenden der Bauaufsicht berichten.

Das alles hat uns bis heute keinen Schritt weitergebracht. Trotz vieler Beschimpfungen und Aufzählungen von Defiziten auf beiden Seiten werden die Verfahren kein Stück schneller. Mit unserem heutigen Antrag hoffen wir, ein Mittel gefunden zu haben, zumindest ein bisschen für Abhilfe zu sorgen.

In einer hochverdichteten Stadt, die seit über 2000 Jahren gewachsen ist, kommt man mit einem Antrag Nullachtfünfzehn nach Lehrbuch nicht weit. Zu viele Belange und Befindlichkeiten müssen bedacht werden, zu oft fehlt ein B-Plan, oder ein vorhandener ist so alt, dass er von der Realität mehr als überholt wurde. Somit muss oft nach § 34 Baugesetzbuch - das heißt, Einfügung ins Umfeld - gebaut werden, was aber in dieser heterogenen Stadt auch nicht eindeutig geklärt werden kann. Schon die Orientierung am Nachbarn zur Rechten kann das Bild zum Nachbarn auf der linken Seite sehr merkwürdig erscheinen lassen.

Aus diesem Grund halten wir es für absolut notwendig, im Vorfeld eines Verfahrens zumindest Konsens über die theoretische Machbarkeit eines Projektes und die zur Beurteilung einzureichenden Unterlagen zu erlangen. Vor allem Projekte, die nicht in einem B-Plan-Gebiet liegen, müssen im Vorfeld eines Genehmigungsverfahrens in den Grundzügen abgeklärt werden.

Wir möchten mit unserem Antrag erreichen, dass sich Antragstellende und die Bauaufsicht vor Einreichung des Antrags an einen Tisch setzen und das Verfahren verbindlich abklären. Dazu gehört auch eine Listung der unbedingt einzureichenden Unterlagen, um eine Prüfung zumindest mal anstoßen zu können. Dass sich im Verfahren weitere Notwendigkeiten ergeben können, versteht sich von selbst.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 33

Über das Gespräch bzw. die Beratung sollte ein Protokoll erstellt werden, welches sodann Bestandteil der Antragsunterlagen wird. Auf Grundlage dieses Protokolls erfolgt dann die weitere Prüfung im regulären Verfahren.

Wir möchten als FDP ausdrücklich nicht, dass die Bauaufsicht hier Mehrarbeit leisten muss, da auch wir das Thema „Unbesetzte Stellen“ sehen. Wir sehen hier das Vorziehen von Leistungen und damit die Vermeidung von viel Schriftverkehr. Die Mitarbeitenden der Bauaufsicht können sich bei Antragsberatung jederzeit auf das Protokoll der Vorgespräche berufen und sich somit um die noch ungeklärten Punkte kümmern und müssen nicht wieder von vorne anfangen.

Aus diesem Grunde möchten wir den Änderungsantrag der SPD an dieser Stelle ablehnen. Wir möchten der Bauaufsicht nicht mehr Arbeit machen und auch nicht mehr Stellen zuweisen, die dann nicht besetzt werden können. Die von der SPD geforderte Beratung ist eine Bringschuld von uns Architektinnen und Architekten und anderen am Bau beteiligten Ingenieurinnen und Ingenieuren und nicht der Verwaltung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Ruffen, für Ihren Wortbeitrag. - Als Nächstes steht hier auf meiner Liste Frau Hölzing-Clasen. Sie haben das Wort. Bitte.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren an den Bildschirmen draußen! Vielen Dank, Stefanie Ruffen, für die umfangreiche Begründung dieses Antrags. Unsere Fraktion wird diesen unterstützen.

Eine qualitative Bauberatung durch die Verwaltung für Bauherren und Bauherrinnen halten wir für eine sinnvolle Angelegenheit. Möglichkeiten, aber auch Grenzen von Bauvorhaben können dabei früh erkannt und benannt werden. Zeit- und kostspielige Umplanungen können so vermieden werden, genauso wie lange ruhende Baustellen, die wir ja auch kennen, die unter Umständen auch zu längerer Beeinträchtigung von Fuß-, Rad- oder motorisiertem Verkehr führen.

Eine gute, qualitativ begleitende Bauberatung ist auch eine Win-win-Situation für die Verwaltung, die zur Entlastung der am Bauvorhaben beteiligten Ämter führt.

Allerdings können wir dem Ergänzungsantrag, sofern die SPD in aufrechterhält, nicht zustimmen; denn es ist schon ambitioniert genug, das durchzusetzen, was der FDP-Antrag beinhaltet. Diese Beratung für Fördermaßnahmen würde einfach den Rahmen sprengen. Dann würde nämlich das passieren, was wir genau nicht wollen: Wir kämen nie zu einer Bauberatung. - Genau das wollen wir ja vermeiden. Das würde den Antrag konterkarieren. Deswegen stimmen wir dem Ergänzungsantrag nicht zu. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei der FDP)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Hölzing-Clasen. - Frau Roß-Belkner, bitte.

Monika Roß-Belkner (CDU): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter! Liebe Anwesende und Zuschauer! Hört man sich in der Stadtgesellschaft um - bei Bauherren, Bauträgern, Architekten -, so ist die Meinung einhellig: Bei Baugenehmigungen ist noch reichlich Luft nach oben. - Und so ist jeder Vorschlag willkommen, der in Aussicht stellt, das könnte sich ändern.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass die heutige Struktur der Bauberatung für jedermann und jedes Thema - von der Vergrößerung einer Terrasse bis zu umfangreichen Vorhaben - im Zeitrahmen oft nicht zielführend ist und auf beiden Seiten zu Unzufriedenheit führt. Für den Bauherren dauert alles zu lange, und die Verwaltung klagt über mangelhafte und fehlerhafte Unterlagen und damit Doppelbelastungen.

Die FDP legt nun einen Prüfauftrag vor, neben der bereits existierenden Bauberatung zusätzlich eine qualitative Bauberatung aufzubauen, die auch wieder in die Abschnittsorganisation der Bauaufsicht eingebunden ist. Diese qualitative Bauberatung soll nur für bestimmte Vorhaben Anwendung finden: für Bauherren mit konkreten Plänen und einer bestimmten Größe, für Bauherren, die nach § 34 Baugesetzbuch bauen wollen, also ohne Bebauungsplan, für komplexe Bauvorhaben.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 34

Durch die enge Zusammenarbeit der Bauaufsicht mit der Stadtplanung soll zeitnah festgestellt werden: Ist das Planvorhaben bauordnungs- und bauplanungsrechtlich überhaupt so machbar? Welche Vorstellungen sind überzogen und deren Umsetzung so nicht möglich? Gibt es gegebenenfalls Alternativen und in welchem Rahmen?

Der Bauherr soll in kurzer Zeit Sicherheit über sein Vorhaben haben und die Gegebenheiten kennen, innerhalb derer er agieren kann, sodass aufwendige Umlanungen zu einem späteren Zeitpunkt weitestgehend vermieden werden. Gleichzeitig soll festgelegt werden und Klarheit herrschen, welche Unterlagen zum Bauantrag erforderlich sind und eingereicht werden müssen. Spannend und interessant wird das Ganze, wenn andere Dezernate für die Baugenehmigung zu beteiligen sind.

Bei vielen Bauvorhaben stellt sich gleich die Frage nach dem Verkehr, nach der Umwelt und auch nach dem Denkmalschutz. Spätestens jetzt muss klar sein, dass eine Baugenehmigung ein kleines Projekt ist und Abteilungsdenken abzulegen ist. Für eine zeitnahe Bearbeitung müssen sich diese Dezernate im Rahmen der Baugenehmigung entsprechend aufstellen und zuarbeiten. Für den Bauherrn muss auch hier klar werden, welche Eckwerte für die Planung gelten und welche Unterlagen zu erbringen sind. Dabei ist nach Möglichkeit das Prinzip „One Face to the Customer“ zu garantieren, damit der Bauherr nicht zwischen den unterschiedlichen Zuständigkeiten zerrieben wird und der Zeitaspekt aus dem Blick gerät.

Unabhängig von der digitalen Bauakte, Herr Dezernent, die hoffentlich bald in Betrieb geht und auf die alle warten, liegt in einer guten Organisation, in der Parallelität der Bearbeitung und auch in der guten Zuarbeit der unterschiedlichen Dezernate tatsächlich die größte Synergie für eine schnelle Bearbeitung. Letztendlich sollen ja alle was von der qualitativen Bauberatung haben.

Die Win-win-Situation hat Bärbel Hölzing-Clasel gerade schon angeführt.

Das Ergebnis der Beratung soll verbindlich und Grundlage für das folgende Genehmigungsverfahren sein. Ich bin gespannt, welches Ergebnis uns die Bauaufsicht in einigen Monaten aufgrund dieses Vortrages vorstellen wird, wie eine qualitative Bauberatung organisiert werden kann, wie die

dezernatsübergreifende Aufgabenteilung gelöst wird, ob einzelne Leistungen gegebenenfalls kostenpflichtig weitergegeben werden können und in welchem gesetzlichen Rahmen man sich bewegen kann, ohne Architektenarbeiten zu erledigen.

Liebe FDP, wir als CDU stimmen Ihrem Prüfauftrag gerne zu.

Den Änderungsantrag der SPD lehnen wir allerdings ab. Hier handelt es sich mehr um Fragen der Bauausführung und weniger der Genehmigung. Auch das Thema Beschleunigung können wir hier nicht erkennen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Roß-Belkner. - Herr Homann, bitte.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrter Bürgermeister Wolter! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ein kleiner Hinweis, dass es einen Änderungsantrag zu unserem Änderungsantrag gegeben hat, weil ich einen Hinweis aus der Verwaltung bekommen habe, dass wir keinen Deckungsvorschlag in unserem Änderungsantrag gehabt hätten. Den haben wir jetzt mit der ersten Änderung sozusagen ein wenig umgangen. Insofern ist das an der Stelle, glaube ich, nicht mehr notwendig.

Ich darf der FDP-Fraktion für diesen Antrag sehr danken, der wirklich in die richtige Richtung führt und dem wir natürlich auch zustimmen werden.

Ja, die Baugenehmigung und das Baugenehmigungsverfahren haben in den letzten Jahren in Köln sehr lange gedauert. Ich darf ein wenig daran erinnern, dass Ende 2019 40 Mitarbeiter eine Überlastungsanzeige gestellt hatten und Herr Greitemann hier den schönen Ausdruck benutzt hatte, dass er zwei Wochen einfach mal das Telefon ausstellen ließ, was tatsächlich dazu führte, dass wir Anfang März 2020 von den 2 000 offenen Bauanträgen 800 abarbeiten konnten und es am Ende nur noch 1 200 gewesen sind an dieser Stelle. Das sieht man auch an den Zahlen: 2019 haben wir 2 700 Baugenehmigungen erteilt, und im Jahr 2020 waren es 3 659. Die Zahlen für 2021 haben wir an dieser Stelle natürlich noch nicht.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 35

Eine solche Bauberaterung kann Verfahren verkürzen, weil sie Einwendungen der Bauaufsicht direkt zu Beginn eines Verfahrens anspricht und es keine langfristigen Umplanungen an der Stelle geben muss.

Aus dem Antrag haben wir auch die Dezer-natsumverteilung herausgelassen, aber nach dem Beitrag von dir, Monika Roß-Belkner, muss ich bei diesem Dschungel, den man dort hat, noch einmal darauf zurückkommen. Du hast gerade gesagt, es sei ein kleines Projekt, wenn man ein solches Bauvorhaben habe. Es ist sogar ein großes Projekt, wenn man allein das Thema Wohnen auf vier Dezernate aufgeteilt hat, sodass man überhaupt nicht weiß, wo man eigentlich hinmuss und wer wofür zuständig ist. Insofern wäre es großartig, wenn man zumindest eine gute Bauberaterung hat, die einem sagen kann: Das müssen wir einbeziehen, und da müssen wir hin.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen diese qualitative Bauberaterung weiter aufwerten, weil wir den Klimanotstand haben. Zudem gibt es auch Umweltthemen, die bei einem Bauantrag eine Rolle spielen. Als Beispiel möchte ich nur Folgendes anbringen: Dieser Rat hat beschlossen, dass die meisten städtischen Gebäude eine Photovoltaikanlage auf das Dach bekommen sollen. Dazu sage ich Ihnen, dass das bei den meisten städtischen Gebäuden allein aus statischen Gründen überhaupt nicht möglich ist. Deswegen wäre es gut, wenn man frühzeitig im Verfahren weiß, wie man bauen muss, damit es energetisch vernünftig funktioniert, und welche aktiven Maßnahmen zum Klimaschutz man beim Bauen verwenden kann oder muss.

Die meiste Energie wird überhaupt nicht für das Licht verwendet, sondern für die Wärme. Deswegen ist auch Solarthermie ein Thema, das wir ansprechen müssen, bei welchem Baufeld ein Anschluss an die Fernwärme besteht und, und, und.

Das sind alles Themen, die einen Bauherrn interessieren und die, weil es ganz viele verschiedene Stellen in dieser Stadt gibt, nach unserer Auffassung auch nicht von den Architekten allein gelöst werden können. Deswegen ist es gut, wenn wir eine solche Stelle bzw. eine solche Baubegleitung haben.

Nichtsdestotrotz ist es aber natürlich auch so: Wir konnten zum Glück die Mitarbeiter aufstocken. Ich

glaube, die Not ist nicht mehr ganz so groß an dieser Stelle. Das, was wir natürlich nicht wollen, ist, dass wir eine Bauberaterung haben und die Mitarbeiter dann abziehen, sodass sie mit den Bauanträgen nicht mehr hinterherkommen. Der Dezer-nent lächelt schon bei dieser Frage. Deswegen haben wir hier den Prüfantrag gestellt unter 3, ob und in welcher Form Stellen an diesem Punkt zu-gesetzt werden müssten. Denn wir wissen alle: Wohnen ist eines der größten Themen dieser Stadt. Deswegen müssen wir Bauanträge schnell und gut bearbeiten können, und deswegen kann diese Abteilung nicht genügend Stellen haben, um genau das vernünftig zu machen.

Meine Damen und Herren, deswegen möchte ich um Ihre Stimme für den Antrag werben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Homann. Sie waren genau in der Zeit. Das würden wir uns auch von den Baugenehmigungen wünschen. Das ist unser aller Ziel.

(Heiterkeit)

Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich bei der FDP-Fraktion für diesen Antrag bedanken. Es ist ein guter Antrag. Wir befinden ihn für gut und werden ihn dementsprechend auch unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Ich möchte mich jetzt relativ kurzfassen, aber vielleicht noch ein oder zwei Gedanken in die Diskussion einspeisen.

Wir haben es eben schon gehört: Die meisten Verfahren, die hier im Bauaufsichtsamt bearbeitet werden, sind Maßnahmen, bei denen kein Bebauungsplan erforderlich ist. Dort werden wir mit Sicherheit auch Investoren und Architekten mit einem sehr großen Erfahrungshintergrund haben. Wir werden aber bei den 34er-Maßnahmen vielleicht auch mal welche dabei haben, die keinen so großen Erfahrungshintergrund haben, da das

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 36

Bauen nicht deren täglich Brot ist, sondern vielleicht eine Ausnahmesituation im Leben. Gerade deswegen ist es meiner Meinung nach genau richtig und wichtig, dass wir in diese Vorberatung einsteigen - so, wie es der Antrag vorsieht.

Wir wissen aber alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich ein Angebot anbiete, dann muss ich auch schauen, dass es funktioniert, und es funktioniert nur dann, wenn es auch Menschen gibt, die sich darum kümmern können und gegebenenfalls vielleicht auch ausschließlich darum kümmern. Von daher kann ich jetzt nicht ganz nachvollziehen, warum das Bündnis und auch die FDP-Fraktion der Auffassung sind, dass man dort kein Personal zusetzen soll. Einfacher gesagt: Wir sehen die Notwendigkeit des Personals auf jeden Fall gegeben.

Frau Ruffen, Sie sind diesbezüglich sehr kompetent, deswegen möchte ich auch noch einmal an Sie appellieren: Sie wissen vielleicht besser als ich - Sie kommen aus dem Bereich Architektur -, dass es mittlerweile doch sehr viele Fördermöglichkeiten gibt. Das sind teilweise sehr komplizierte Verfahren, die nicht von jedem Investor und nicht von jedem Bauherrn mitgebracht werden. Deswegen verstehe ich auch nicht, warum nicht insbesondere über die Frage von energetischer Sanierung oder energetischem Bauen in dieser Beratung diskutiert werden soll.

(Stefanie Ruffen [FDP]: Falsche Stelle!)

- Na ja, wenn ich doch aber das Konstrukt jetzt so habe, dass es ein Investor ist, dessen täglich Brot es eben nicht ist, zu bauen, dann ist es doch gerade wichtig, ihn darüber zu informieren, wo man Fördermöglichkeiten hat, und zwar nicht nur beim ökologischen Bauen, sondern auch bei der Frage: Wie ist es mit der Wohnraumförderung? Das ist in diesem Antrag überhaupt nicht zu finden. Das würde ich auch gern noch einmal zu überlegen geben.

Auch wenn ich im 34er-Bereich baue, kann ich durchaus geförderten Wohnungsbau betreiben, und dann ist es doch wichtig, wenn der- oder diejenige, der oder die diese Beratung durchführt, sagt: Hören Sie zu, Investor oder Häuslebauer, Sie haben auch die Möglichkeit, sehr gute Fördermöglichkeiten vom Land abzurufen. - All das geht nur, wenn ich eine qualifizierte Stelle habe und das qualifiziert durchgeführt wird, aber dafür brauche ich Personal.

Lange Rede, kurzer Sinn: Guter Antrag, Ergänzung um die Frage des geförderten Wohnraums, dass man dort auch kompetent ist und dass das natürlich Personal braucht. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Weisenstein. - Herr Jeschka bitte.

Manuel Uwe Jeschka (Voll): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleg*innen und liebe Damen und Herren an den Bildschirmen! Ich hatte eine etwas längere Rede vorbereitet, aber eigentlich ist alles gesagt worden. Insofern bedanke ich mich natürlich auch bei der FDP-Fraktion für diesen Aufschlag. Umso mehr haben wir uns natürlich gefreut, dass am Ende noch ein Best Practice steht. Da geht uns natürlich das Herz auf. Wenn andere Städte das schon gut machen, kann Köln das natürlich auch gut machen - vielleicht sogar besser.

Ich würde jetzt nur noch einen Punkt hier erwähnen wollen, warum wir die beiden Änderungsanträge, also den Änderungsantrag und den Änderungsantrag des Änderungsantrages, ablehnen wollen.

Wir haben heute Morgen den Stellenplan verabschiedet. Wenn Sie richtig hineinschauen, sehen Sie, dort steht ein Punkt zum Amt 63, Bauaufsicht: Dort werden nämlich neun Stellen der Bauaufsicht zugesetzt zur Beschleunigung von Baugenehmigungsprozessen.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Hört! Hört!)

- Das ist verrückt, oder?

(Beifall bei Voll)

Das ist Wahnsinn.

Deswegen würde ich so weit gehen und sagen: Ihre Anträge sind damit erledigt.

(Beifall bei Voll)

Sicherlich ist es gut und wichtig, dass Sie darauf hinweisen, aber ich weise darauf hin: Es ist schon alles erledigt, die Verwaltung hat das alles gere-

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 37

gelt. Ich denke, die Verwaltung sollte auch entscheiden, wie mit diesen neun Stellen umgegangen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Jeschka, für diesen zukunftsweisenden, guten und kurzen Wortbeitrag.

Ich schaue in die Runde und sehe noch Frau Gabrysch mit einer Wortmeldung. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte, Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank, lieber Herr Bürgermeister. - Liebe Kolleg*innen! Auch seitens der KLIMA FREUNDE ein Dank an dieser Stelle für diese Initiative. Die KLIMA FREUNDE begrüßen das natürlich auch sehr. Die ganzen Vorteile, die dann hoffentlich eine Effizienzsteigerung bewirken werden, wurden bereits genannt, ebenso natürlich auch die Hürden oder Herausforderungen. Aber insgesamt sehen wir es ganz genauso, dass das wirklich sehr vielversprechend ist. Insofern werde ich sowohl den Antrag der FDP-Fraktion im Namen der KLIMA FREUNDE unterstützen als auch den Änderungsantrag.

Ich muss gestehen, dass ich nicht einzuschätzen vermag, ob das, was mein Vorredner gerade zu dem, was heute schon beschlossen wurde, sagte, ausreicht, um den Änderungsantrag hier quasi aufzufangen oder nicht. Insofern möchte ich einfach noch dazu sagen, dass ich grundsätzlich natürlich aus Sicht der KLIMA FREUNDE das super wichtig und auch sinnvoll finde, dass tatsächlich an dieser Stelle die energetische Sanierung, die Nutzung von erneuerbaren Energien und auch die Beratung zu Fördermöglichkeiten mitgedacht wird. Da schließe ich mich meinen Vorredner*innen an, dass das an dieser Stelle meiner Meinung nach durchaus Sinn macht. In dem Sinne würde ich, wenn die Änderungsanträge nicht zurückgezogen werden, denen auch zustimmen.

Ich würde gern noch ergänzen, dass es natürlich aus Sicht der KLIMA FREUNDE - no need to say - sehr wünschenswert wäre, wenn durch diese Maßnahmen gewährleistet wäre, dass nur noch klimaneutrale oder bestenfalls klimapositive Bauanträge eingereicht oder zumindest genehmigt werden. - Danke.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Gabrysch. Ich glaube, das wäre noch einmal einen eigenen Antrag wert an der Stelle.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung, weil ich keine Wortmeldungen mehr sehe. Ich habe vernommen, dass grundsätzlich alle in die gleiche Richtung marschieren, wenn auch mit etwas anderer Intention von den Fraktionen SPD und DIE LINKE. Das ist einfach auch ein Thema, das wichtig ist. Es ärgert die Menschen, wenn sie lange auf ihre Baugenehmigung warten müssen. Die Verwaltung ist überlastet, und dieser Antrag - so habe ich das den Wortmeldungen entnommen - soll helfen, das Verfahren zu verkürzen.

Jetzt haben wir hier zwei Anträge der SPD-Fraktion vorliegen. Ich gehe davon aus, dass der Ersetzungsantrag mit dem Änderungsantrag verschmilzt. Sie haben es, glaube ich, alle verstanden, sodass wir diesen Antrag zunächst als einen Antrag abstimmen können, und dann schauen wir mal weiter.

Wer würde dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion - so, wie er hier vorliegt - zustimmen? - Das sind DIE LINKE, SPD, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und Die FRAKTION. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann stimmen wir über den Ursprungsantrag von der FDP-Fraktion ab. Wer stimmt zu? - Das sind DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann, CDU, FDP, Volt, Die FRAKTION und die AfD. Dann sind wir, glaube ich, einstimmig an der Stelle. Vielen Dank.

(Vereinzelte Beifall - Stefanie Ruffen [FDP]: Vielen Dank!)

Danke für den Antrag an die FDP-Fraktion. Sie haben uns alle überzeugt.

Ich rufe auf, nachdem TOP 3.1.6 zurückgezogen wurde, Tagesordnungspunkt:

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Vierte Corona-Welle brechen: Klare Handlungsanweisungen für den Gesundheitsschutz im Freizeitbereich und zur Vermeidung eines Lock-downs ausgeben“
AN/2347/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/2378/2021

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 38

Gestatten Sie, dass die Stadtdirektorin einige Worte vorweg an Sie richtet? - Frau Blome, bitte schön.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Vielen Dank, Herr Bürgermeister. - Sehr geehrte Damen und Herren! Entschuldigung, Herr Homann, ich möchte dazu kurz etwas sagen.

Die Stadt Köln hat gestern eine Allgemeinverfügung erlassen, aus der ich ganz kurz zitieren möchte.

Zu 1.: Das Betreten der in den anliegenden Lageplänen gekennzeichneten abgesperrten Bereiche der Kölner Altstadt und des Zülpicher Viertels - das kennen Sie; das war im letzten Jahr zwar nicht, aber davor auch so - ist vom 11.11.2021 ab 8 Uhr bis zum 12.11.2021, 8 Uhr, nur immunisierten Personen gestattet. Also 2G.

Das Betreten sämtlicher Karnevalsveranstaltungen auf dem Gebiet der Stadt Köln in Innenräumen ist vom 11.11.2021 ab 8 Uhr bis zum 14.11.2021, 8 Uhr, nur immunisierten Personen gestattet. Dasselbe gilt für Karnevalsveranstaltungen im Freien, wenn es keine festen Sitzplätze gibt. Sprich: Für Kneipenkarneval in Gaststätten gilt ebenfalls 2G, ausgenommen normaler Restaurantbetrieb mit Maskenpflicht außerhalb des Sitzplatzes.

Die 2G-Regelung gilt nicht für Kinder von 0 bis 6 Jahren. Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren und 3 Monaten sowie Menschen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können, können auch unter Vorlage eines maximal 48 Stunden alten PCR-Tests oder maximal 6 Stunden alte Antigen-Schnelltests zugelassen werden.

Über die notwendigen Regelungen für die Advents- und Weihnachtsfeierlichkeiten wird der städtische Krisenstab zeitnah beraten. Darunter fallen auch die Weihnachtsmärkte. Darüber werden wir in der anstehenden Krisenstabssitzung am Freitag sprechen.

Zu 2., sprich Ansprechpartner: Wir haben im Ordnungsamt die zentrale Anlaufstelle Gastronomie mit Mitarbeitenden, die den Gastronom*innen beratend zur Verfügung stehen. Diese Beratung ist etabliert und wird durch die Gastronomie sehr positiv aufgenommen und sehr rege genutzt.

Ebenso wird die Stadt breit über die Regeln informieren.

Zu 3., sprich Umsetzung und Einhaltung der Regeln: Auch in der kommenden Zeit, insbesondere zu Beginn des Karnevals am 11.11. und der Adventszeit mit stattfindenden Weihnachtsmärkten, wird der Ordnungsdienst mit besonderer Priorität für den Infektionsschutz im Einsatz sein und die geltende Regelung kontrollieren und durchsetzen. Die Kontrollen erfolgen insbesondere an den bekannten Hotspots und im Rahmen der personellen Kapazitäten, sprich stichprobenartig.

Im Veranstaltungsbereich der Altstadt wird die Einhaltung der Regelung am 11.11. durch die Willi Ostermann Gesellschaft an den Zugängen kontrolliert, sprich Heumarkt. Im Zülpicher Viertel bzw. auch Alter Markt übernimmt diese Aufgabe ein von der Stadt Köln beauftragter Sicherheitsdienst.

Von daher hat die Verwaltung den Antrag bereits umgesetzt bzw. wird ihn in Kürze umsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Stadtdirektorin Blome. - Dann können wir jetzt in die Beratung einsteigen. Herr Homann hat das Wort. - Bitte schön.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Blome, vielen Dank, dass Sie uns noch einmal die gestern erlassene Allgemeinverfügung vorgestellt haben.

Vor dem Hintergrund des Infektionsgeschehens: Wir haben eine Inzidenzzahl von 192. Wir haben eine extrem hohe Hospitalisierungsrate. Die Betten füllen sich immer mehr. Vor diesem Geschehen ist die getroffene Allgemeinverfügung absolut notwendig und folgerichtig gewesen.

Fakt ist aber auch, dass die SPD seit Monaten davor warnt, dass wir nur auf Sicht fahren. Das ist natürlich etwas, zu dem ich sage: Na ja, wir haben den 11.11. - der ist am Donnerstag -, und am Montag erlassen wir die Regeln, drei Tage vorher, an die sich die Kölner Bevölkerung halten kann und

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 39

muss. Das ist etwas, wozu wir sagen: Na ja, das kann so nicht funktionieren.

Corona ist etwas, was uns seit fast zwei Jahren belastet. Zudem ist es eine andere Situation als vor anderthalb Jahren. Vor anderthalb Jahren kannten wir das Virus nicht, aber jedem war doch klar, dass wir im Herbst in eine vierte Welle gehen. Das ist doch kein Geheimnis gewesen. Wenn wir drei Tage vor Karnevalsbeginn eine Allgemeinverfügung erlassen, weil uns auffällt: „Verdammte Hacke, wir haben so etwas wie Karneval!“, dann ist das etwas spät.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen werden wir unseren Antrag natürlich aufrechterhalten, weil es uns auch um die Advents- und Weihnachtszeit geht. Es wird jetzt nahtlos vom 11.11. an in diese Zeit übergehen. Wer Kölner ist, weiß, dass es in dieser Zeit natürlich auch den Sitzungskarneval gibt. Auch dafür ist die Frage zu stellen: Wie sind denn dort die Regeln?

Aus dieser Zeit heraus geht es dann nahtlos in den Straßenkarneval über. Klar, natürlich können wir drei Tage vor dem Straßenkarneval eine Allgemeinverfügung erlassen, in der wir die Regeln für den Straßenkarneval festlegen. Wir könnten aber auch jetzt überlegen, wie wir die Dinge in den kommenden Wochen regeln und erledigen wollen. Vor allem - Frau Stadtdirektorin, das haben Sie nicht gesagt - gilt diese Allgemeinverfügung für genau drei Tage. Sie ist danach nicht mehr existent. Dann überlegen wir am Freitag - das haben Sie gerade zugesagt -, wie es für die nächsten Wochen gegebenenfalls sein könnte - völlig überraschend, dass wieder Dezember ist und dass es wieder Weihnachtsmärkte gibt. Wir müssen doch sowohl der Bevölkerung als auch den Wirten frühestmöglich eine Sicherheit geben, wie wir gedenken, in unserer Stadt mit dieser Pandemie umzugehen. Sie ist leider nicht besiegt, sie ist immer noch da. Deswegen brauchen wir Regeln, und zwar frühzeitig. Insofern halten wir unseren Antrag auch aufrecht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Homann. - Das Wort hat Herr Hammer. - Bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Mike Homann, jetzt wurde in diesem Redebeitrag gerade ein bisschen so getan, als ob dieser Krisenstab auf euren Antrag gewartet hätte, um überhaupt auf die Idee zu kommen, sich mit dieser Pandemie zu beschäftigen.

Du hast es völlig richtig gesagt: Wir sind jetzt seit fast zwei Jahren in einer Pandemie. Was eine Pandemie aber auch ausmacht, ist, dass wir es jeden Tag mit neuen Bedingungen zu tun haben. Inzwischen kennen wir dieses Virus einigermaßen gut, wir kennen aber auch noch nicht alle Feinheiten. Jetzt so zu tun, als ob wir mit einem 5-Jahres-Plan schon wissen, wie wir diese Pandemie besiegen können, finde ich etwas wohlfeil, weil wir es auch für gefährlich halten, jetzt schon zu sagen, dass wir wissen, was im Februar mit dem Rosenmontagszug passiert, sodass wir ihn jetzt schon einmal sicherheitshalber absagen oder sicherheitshalber gestatten. Wir wissen doch gar nicht, in welchem Moment der Pandemie wir uns dann befinden. Deswegen halten wir diesen Antrag auch für deutlich unnötig.

Wie gesagt, ihr hättet ihn zurückziehen können, aber ihr tut es nicht. Insofern werden wir ihn leider ablehnen müssen.

Viele der Punkte, die hier aufgeführt werden, sind bereits vorhanden. Frau Blome hat es gerade dankenswerterweise noch einmal berichtet. Die Beratung für Gastronominnen und Gastronomen existiert bereits. Die Information an die Bevölkerung, welche Regelungen gelten, existiert bereits. Wer hätte das gedacht? Ich meine, gestern oder vorgestern wurde noch einmal eines unserer neuen Infosysteme vorgestellt, damit wir die Bevölkerung noch besser darüber informieren können.

Dann noch folgender Punkt: Dass jetzt die Stadtverwaltung dabei helfen soll, wie Flyer gestaltet werden sollen, ist, glaube ich, der Fürsorglichkeit etwas zu viel. Ich glaube, die Beratung, die die Stadtverwaltung hier liefert, ist schon sehr genau.

Auch ein dritter Punkt, in dem ihr sagt, die Umsetzung solle entsprechend kontrolliert, überwacht und durchgesetzt werden: Ja, davon gehen wir aus, dass das passiert und dass ich nicht eine Stadtverwaltung, die in einem Krisenmodus in diesem Krisenstab arbeitet, noch einmal dazu auffor-

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 40

dern muss, dass sie doch bitte Regeln, die erlassen wurden, auch kontrolliert und durchsetzen möge.

In jeder Sitzung bekommen wir von euch einen Corona-Antrag. Nun könnte man sagen: Eine Partei, die sich mit Krisen auskennt, mag vielleicht der bessere Krisenstab sein. Aber ihr seid es nicht. Insofern lasst doch einfach die Verwaltung und den Krisenstab handeln, lasst sie aktuell auf die Gegebenheiten, die wir haben, reagieren, und lasst uns dann schauen, wie wir vielleicht auch tagesaktuell entsprechend handeln können. Wir lehnen diesen Antrag jedenfalls ab. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Herr Hammer. - Das Wort hat Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Herr Bürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und am Livestream! Ich habe nur wenige Anmerkungen und möchte das Ergebnis vorwegziehen: Wir lehnen den SPD-Antrag ab, weil er für Köln überflüssig und der Situation auch nicht angemessen ist. Er ist überflüssig, weil eben - die Stadtdirektorin hat es vorgetragen - wesentliche Maßnahmen für die nächsten Tage bereits geregelt sind und diese Regelungen der Situation, die wir speziell in Köln haben, angemessen sind.

Wir müssen hier genau unterscheiden: In Nordrhein-Westfalen und auch in Köln liegen die Impfquoten der zumindest Einfachgeimpften bei den über 18-Jährigen bei 85 Prozent. Wenn ich die Zweifachimpfung nehme, liegen wir bei über 80 Prozent. Das unterscheidet uns fundamental von den aktuellen Hotspots in Deutschland, die gerade in Süd- und Ostdeutschland vorhanden sind, wo die Impfquoten deutlich niedriger sind. Das muss man berücksichtigen.

Auch auf Landesebene wird natürlich derzeit geschaut, wie die entsprechenden Verordnungen angepasst werden. Insoweit arbeitet die Stadtverwaltung bzw. unser Krisenstab auch immer in enger Abstimmung mit den übergeordneten Gremien. Da dort die entsprechenden Maßnahmen vorbereitet werden, macht es keinen Sinn, jetzt

Dinge zu formulieren, die vielleicht Ende der Woche schon wieder anders gestaltet werden.

Das, was ich mir allerdings gewünscht hätte - das wäre sinnvoller gewesen, statt hier den eigenen Schnellschuss noch einmal zu ändern -, ist, einen Brief an Ihren Kanzlerkandidaten zu richten. Ich erinnere mich noch sehr gut, als ich heute Morgen die Nachrichten gehört habe, an die massive Kritik der Ärztevertreter und von allen anderen, dass wir nicht - wie in anderen Ländern - jetzt doch zu einer 2G-Regelung kommen wollen, um damit den Druck auf bestimmte Teile von Deutschland, die Impfquote dort zu steigern, zu erhöhen. Aber dazu war Ihr Kandidat, der noch kein Bundeskanzler ist, nicht bereit, was natürlich die Arbeit in den Ländern, die für sich entscheiden müssen, etwas schwieriger macht.

Ich denke, angemessen werden wir wahrscheinlich nur durch diesen Winter kommen, wenn wir deutschlandweit eine 2G-Regelung haben. Wenn diese Rahmenbedingungen gegeben sind, werden unsere Stadtverwaltung und unser Krisenstab dann auch wieder angemessen reagieren. Für die nächsten Tage können wir aber sicher feiern. Das ist erst einmal die wichtigste Entscheidung. Ich glaube, dass es hier in Köln auch zeitnahe Entscheidungen geben wird, wenn Düsseldorf und dann vielleicht irgendwann einmal auch Berlin die richtigen Entscheidungen treffen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Petelkau. - Frau Röhrig bitte.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Ratssaal! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, wir können den Sinn dieses Dringlichkeitsantrages nicht so richtig erkennen. Es gibt eine Coronaschutzverordnung, die am 29. Oktober aktualisiert wurde. Sie enthält zahlreiche Festlegungen, unter welchen Auflagen Einrichtungen zur Freizeitgestaltung arbeiten oder Veranstaltungen stattfinden können. Dort ist zum Beispiel für Wirte eindeutig festgelegt, dass der Zutritt nur nach der 3G-Regelung gestattet ist oder Masken im Innenraum abgenommen werden

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 41

dürfen, wenn die Gäste an festen Plätzen sitzen oder stehen.

Es ist natürlich wünschenswert, dass die in Beamt*innen- und Jurist*innendeutsch verfasste Verordnung mit zusätzlichen Flyern in leichter Sprache bekannt gemacht wird. Ich kann mir aber vorstellen, dass die Verwaltung solche Flyer entwickelt hat. Ansonsten ist das sicherlich ein guter Vorschlag.

Außerdem ist eine Debatte darüber wünschenswert, ob wir mehr oder weniger Einschränkungen für notwendig halten. In Ihrem Antrag wird aber nicht deutlich, was Sie nun wollen. Sie beantragen lediglich, dass die Verwaltung Regeln erlassen soll. Die gibt es aber bereits.

Selbst in Ihrem Ersetzungsantrag wird nicht konkreter von Regeln gesprochen. Deswegen können wir dem Antrag nicht zustimmen. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Frau Röhrig. - Das Wort hat nun Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. - Ist es in Ordnung, wenn ich es vom Platz aus mache? Dann spare ich uns Zeit.

(Ulrich Breite [FDP] meldet sich zu Wort)

Erst Herr Breite?

Bürgermeister Andreas Wolter: Sprechen Sie zunächst; Sie hatten einmal das Wort.

Philipp Busch (AfD): Ja, vielen Dank.

Bürgermeister Andreas Wolter: Ich hatte keine Wortmeldung von der FDP-Fraktion gesehen. Entschuldigung! Danach dann die FDP. - Bitte.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank. - Ich mache es kurz: Der Antrag ist für uns völlig unsubstantiiert. Das heißt, wir wissen gar nicht genau, was die SPD-Fraktion möchte. Die Verwaltung hat uns

etwas vorgestellt. Ob wir das nun begrüßen oder nicht, sei dahin gestellt. Es gibt aber auf jeden Fall etwas. Ich denke, wir müssen auch darauf warten, was Land und Bund demnächst daraus machen. Das heißt, dass wir es hier aus dem Rat heraus gar nicht entscheiden können. Das hat übrigens auch in der letzten Ratssitzung die Oberbürgermeisterin gesagt. Wir als AfD-Fraktion lehnen diesen Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Herr Breite bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Bürgermeister Wolter! Ja, Frau Röhrig, das ist ein - wie soll man sagen? - raffinierter Antrag der SPD-Fraktion. Sie haben es vollkommen richtig gesagt, Frau Kollegin Röhrig: Darin steht nicht, was sie machen soll. Die SPD-Fraktion unterbreitet keinen Vorschlag, was man jetzt machen sollte. Das soll dann die Frau Blome machen. Wenn sie das eine macht, kann man das andere kritisieren. Macht sie das andere, kann man das andere kritisieren. Ich weiß das nämlich aus dem Land von Frau Gebauer mit der Maskenpflicht bei Schulen: Macht man es so, wird es kritisiert; macht man es anders, wird das auch kritisiert. Darum hat die SPD-Fraktion das offen gelassen. Es kann ja immer etwas passieren, wir haben es gesehen. Wir hatten den Runden Tisch für Karneval, auf dem wir noch gesagt haben: Wir machen am Heumarkt 2G, außen herum noch 3G. Jetzt haben wir sogar auf der Zülpicher Straße vollkommen 2G gemacht, weil das natürlich eine Entwicklung ist, die wir gar nicht absehen konnten.

Auch wenn wir von der vierten Welle reden, sind das jetzt Inzidenzzahlen, mit denen auch die Experten nicht gerechnet haben. Das ist also eine neue Situation, auf die wir uns einstellen müssen.

Wir wissen auch noch nicht, wie es in einem oder zwei Monaten aussieht. Wir hören jetzt auch schon von Impfdurchbrüchen, und es kann vielleicht auch zu 2G+ kommen, also mit Tests. Auch das kann passieren. Aber das können wir jetzt noch nicht entscheiden. Darum war die Entscheidung, Frau Blome, vollkommen richtig. Und daher werden wir den Antrag auch ablehnen; denn damit soll man aufs Glatteis geführt werden, aber das

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 42

wollen wir für die Stadtdirektorin nicht. Darum werden wir diesem Antrag auch nicht zustimmen.
- Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Breite. - Dann habe ich auf meiner Rednerliste noch Herrn Zimmermann. Er hatte sich noch gemeldet. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. - Herr Zimmermann bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es wurde schon einige Male erwähnt, Frau Röhrig hat es als Erste noch einmal deutlich gesagt: In dem Antrag steht gar nichts drin. Das ist sehr bedauerlich. Bei der Überschrift hatte ich mich eigentlich als derjenige, der auch zum Team Vorsicht gehört, gefreut, dass dort jetzt etwas kommt. Aber es sind überhaupt keine substantiellen Vorschläge enthalten.

Das Einzige, wo ich teilweise zustimmen möchte, ist der Punkt 3 bei den Kontrollen. Wir leben alle in unterschiedlichen Welten und Realitäten. Ich bewege mich aber auch durch viele Räume, wo die 3G-Regel gelten sollte, stelle aber regelmäßig Verstöße fest; ich möchte keine Begegnungsräume nennen. Ich bin doch immer wieder erstaunt darüber, wie die Kontrollen durchgeführt werden. Natürlich können Sie Karneval aufgrund mangelnden Personals nur stichprobenartig kontrollieren - das ist vollkommen klar -, aber eine wirkliche Kontrolle im Sinne von einer wirklich flächendeckenden und permanenten Kontrolle der Regeln wollen wir vielleicht alle nicht, aber ich bitte doch darum, an die Verantwortlichen zu appellieren, vielleicht an manchen Orten nicht ganz so lasch damit umzugehen.

Das ist etwas, was ich wahrnehme. Es mag sein, dass andere das anders wahrnehmen, aber wir haben immer noch einen hohen Prozentsatz Ungeimpfter in unserer Stadt, die sich meiner Meinung nach unsolidarisch verhalten, wenn sie Impfungen bekommen könnten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wissen gleichzeitig jetzt auch im Laufe der vierten Welle, dass Impfdurchbrüche kein Spaß

sind und genauso die Krankenhäuser füllen. Daher bitte ich doch, bei den Kontrollen wirklich strenger vorzugehen. - Vielen Dank.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Zimmermann. - Gestatten Sie mir noch ein Wort: Ich bin zunächst einmal froh darüber, dass wir zumindest 2G am 11.11. an den sogenannten Hotspots haben.

Mir fällt auf, dass im Rathaus schon wieder die ersten Termine wegen steigender Zahlen abgesagt werden. Wenn ich mir jedoch anschau, was vor allem auf dem Alten Markt oder auf dem Quatermarkt los ist, passt das alles irgendwie nicht so ganz zusammen. Ich glaube, wir müssen da auf Sicht fahren. Natürlich ist es ein emotionales Thema, und jeder hat eine andere Meinung dazu. Der eine fühlt sich unsicher, der andere sagt: Ich habe überhaupt kein Problem damit.

Ich glaube, man kann das bei der Sache so planvoll, wie es hier angesprochen wurde, vielleicht gar nicht machen, weil man immer sehen muss: Was passiert in den nächsten Wochen, und wie gehen wir dann mit der jeweiligen Situation um?

Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Insofern kommen wir zur Abstimmung. Das Thema ist, wie gesagt, virulent, weshalb wir hier auch zwei Varianten der SPD-Fraktion vorliegen haben, nämlich mit einem Ersetzungsantrag des eigenen Antrags. Diesen würde ich zunächst abstimmen lassen, da der Ersetzungsantrag den Ursprungsantrag ersetzt. Insofern ist der erste Antrag den Sie gestellt haben weg.

Wer würde diesem Ersetzungsantrag seine Zustimmung geben? - Das sind SPD, Die FRAKTION und Frau Gabrysch. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann hätten wir die Anträge der Fraktionen insoweit durch.

Ich rufe auf:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 43**3.2.2 Beschluss der Bezirksvertretung Kalk:
„Angebote der außerschulischen Bildung
auch für Kinder von Geflüchteten
ermöglichen“
2901/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Wer möchte der Vorlage zustimmen? - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann haben wir einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf:

**3.2.3 Anregung der Bezirksvertretung Kalk zur
Einrichtung eines dezentralen Stütz-
punktes des Ordnungsamtes in Kalk
(Ordnungsdienste vor Ort)
2093/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Richter bitte.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Bürgermeister Wolter. - Ganz kurz vom Platz aus zwei oder drei Sätze.

Wir haben hier eine Anregung der BV Kalk zur Einrichtung eines dezentralen Stützpunktes des Ordnungsamtes in Kalk. Hierzu wollten wir sagen, dass wir der Verwaltungsempfehlung folgen: Es gehört in die Organisationshoheit der Bürgermeisterin, den Ordnungsdienst zu gestalten.

Gleichwohl haben wir in den letzten zwei Jahren den Ordnungsdienst stark weiterentwickelt. Dieses Jahr wird der Umzug abgeschlossen sein. Lassen Sie uns erst einmal schauen, wie die neue Struktur mit den bezirksorientierten Einheiten und Dienstgruppen funktioniert. Diese Anregung der BV Kalk kann mitgenommen werden, aber wir folgen der Vorlage.

Bürgermeister Andreas Wolter: Ich habe jetzt noch Wortmeldungen von Herrn Spehl und Herrn Detjen. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Krupp noch. - Herr Spehl bitte.

Felix Spehl (CDU): Ich mache das auch vom Platz aus, um uns allen Zeit zu sparen.

Wie schon der Vorredner ausgeführt hat, haben wir sehr viel Kraft und Zeit investiert, den Ordnungsdienst jetzt in Junkersdorf neu aufzustellen. Man muss step by step vorwärtsgehen. Wir haben, Stand heute, ein Kalk-Team im Ordnungsdienst. Die kennen jede Ecke von Kalk, sodass die inhaltliche Idee, die durchaus interessant ist, von der Bezirksvertretung Kalk - vielen Dank für die Anregung -, wirklich gut ist, zu sagen: Man muss Expertenteams auch im Ordnungsdienst haben. Aber das haben wir bereits. Das, was wir derzeit nicht haben, ist die dezentrale Unterbringung. Aber wir sind jetzt einen Schritt vorwärtsgegangen hin zu einer neuen Immobilie für den Ordnungsdienst, sodass wir dort die Stärken nutzen können, das aber step by step. Das heißt für die Kollegen noch nicht, dass es final für immer und ewig ist, dass wir uns keinen Standort auf der Schäl Sick vorstellen können - ob das jetzt unbedingt in Kalk sein muss, ist eine andere Frage -, aber Stand heute ist es das, was wir erst einmal erreichen sollten. Das sollten wir uns auch erst einmal vornehmen. Ich glaube, wir behalten es weiter auf dem Schirm, kennen auch all unsere Parteikollegen aus der Ecke dort und werden das weiter tief und intensiv mit ihnen diskutieren.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Spehl. - Herr Krupp bitte.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Von unserer Seite aus teilen wir inhaltlich diese Anregung der Bezirksvertretung Kalk. Wir sind nicht der Meinung, dass ein Ordnungsdienst, der zentral tief im Kölner Westen angesiedelt ist, den Belangen gerade in den rechtsrheinischen Stadtteilen gerecht wird. Wir hielten es vielmehr für richtig - das haben wir auch schon oft postuliert -, dass gerade dezentral Ordnungsdienstseinheiten auch eingerichtet werden. Das bedeutet nicht, dass es nicht zugleich auch wirklich eine Zentrale geben kann. Aber es muss zusätzlich auch noch Einheiten vor Ort geben mit einer - ich sage einmal so - Wache oder einem - wie auch immer Sie das nennen wollen - Standort.

Deshalb ist dieser Antrag aus Kalk durchaus Wasser auf unsere Mühlen, was unsere Forderungen angeht. Ich weise Sie noch einmal darauf hin: Der ist in Kalk einstimmig von allen Parteien oder allen

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 44

Farben in der Bezirksvertretung beschlossen worden. Von hier aus hinzugehen und zu sagen, das haben sie dort in Kalk alles falsch verstanden, eigentlich ist das eine Super-Lösung - so, wie sie jetzt angedacht ist -, finde ich ein bisschen neben der Sache. Ich glaube, dass die Menschen und Politiker vor Ort schon sehr gut mitbekommen, dass die Probleme, die dort anzutreffen sind, nicht so sehr im Fokus stehen, als wenn es einen Dienststandort oder eine Dienststelle vor Ort gäbe.

Deshalb ist unser Petition, dieser Anregung zu folgen. Das ist in der Tat Sache der Oberbürgermeisterin; das sagt der Beschlussvorschlag auch. Aber vielleicht wägt sie das ab - ich bin sicher, sie wird das Wortprotokoll studieren - und wird der Anregung auch folgen. Unsere Unterstützung hätte sie, die Zentrale des Ordnungsdienstes tief in den Kölner Westen zu legen. Keine dezentralen Standorte darüber hinaus vorzusehen, halten wir für einen Fehler.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Herr Detjen steht auf meiner Liste, ich sehe ihn aber nicht.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das war ein Fehler!)

- Das war ein Fehler.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Die sehe ich nicht.

Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Gegenstimmen der LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Dann haben wir gegen die Stimmen der LINKEN so beschlossen. Danke schön.

Ich rufe auf:

3.2.4 Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt vom 10.06.2021: Außengastronomie 2021/2022 - Gebührenerhebung 2825/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/2379/2021

Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln)
AN/2376/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Weisenstein, Herr Zimmermann und Bezirksbürgermeister Hupke. Ansonsten sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. - Herr Weisenstein bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich probiere, es sehr kurz zu machen.

Wir haben einen Änderungsantrag eingebracht. Den haben wir deswegen eingebracht, weil die Beschlusslage der Bezirksvertretung 1 nicht als Anlage dem Beschlusstext hinzugefügt ist, sondern in der Beschlussfassung selbst ist die Beschlussfassung der Bezirksvertretung 1 untergekommen. Wir haben im Prinzip die Beschlussfassung aus der Bezirksvertretung 1 zu unserem Änderungsantrag gemacht.

Der Inhalt ist eigentlich sehr schnell erklärt: Die Außengastronomie soll bis zum Ende des nächsten Jahres von Gebühren befreit sein. Hintergrund ist die Pandemie. Die Menschen sollen nach Möglichkeit draußen sein und nicht so viel drin - wir haben es eben diskutiert -, deswegen sind wir wie auch die Bezirksvertretung 1 der Auffassung, dass die Gebühren für die Außengastronomie im nächsten Jahr komplett nicht erhoben werden sollen. Insofern ist unser Änderungsantrag meiner Auffassung nach auch der weitergehende.

Das Weitere wird mit Sicherheit der Kollege Zimmermann erläutern.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Weisenstein. - Herr Zimmermann bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Herr Weisenstein hat vollkommen recht. Ich schließe mich gern seinen Worten an. Auch ich habe einen Änderungsantrag gestellt - allein deswegen, weil ich festgestellt habe, dass von unserem Mehrheitsbündnis hier im Rat bedauerlicherweise kein Änderungsantrag zur Beschlussvorlage gekommen ist. Ich hätte auch gern zuerst Herrn Bezirksbürgermeister Hupke gehört. Jetzt ist die Reihenfolge leider anders.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 45

Dennoch wurde in der BV Innenstadt beschlossen, Außengastronomie bis 31.12.2022 zu verlängern. Die BV 1 hat aber auch beschlossen: ohne Gebühren. Wir haben uns im Rat natürlich zu Recht im Juni gefragt: Warum nur die Innenstadt? Wir haben das also stadtweit ausgeweitet. Das war ein sehr guter Beschluss. Die Außengastronomie kann bis zum 31.12.2022 bleiben. Das ist sehr gut und positiv. Aber der Rat bzw. die Verwaltung möchte - das steht in dieser Beschlussvorlage heute noch einmal drin - wieder Sondernutzungsgebühren erheben.

Jetzt ist die Sache so: Der Gastronomie geht es weiterhin nicht gut; das ist ganz klar. Die Menschen haben natürlich jetzt auch angesichts der vierten Welle weiterhin ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis. Daher ist es natürlich hervorragend, wenn die Gastronomie möglichst viele Außenflächen zur Verfügung stellt, um diesem Sicherheitsbedürfnis Rechnung zu tragen, und nicht durch für den einen oder anderen Gastronomen zu hohe Gebühren abgeschreckt wird.

Insofern wäre es naheliegend, darauf zu plädieren, gar keine Gebühren zu erheben. Da ich aber vermute, dass das Bündnis diesen Weg nicht mitgehen wird, habe ich einen Vermittlungsvorschlag gemacht, und zwar mit 50 Prozent der Gebühren.

Die Verwaltung argumentiert damit, dass sie Gebühren erheben muss, weil sie sonst Mindereinnahmen hätte. Nun haben wir heute Morgen den Haushalt beschlossen; ich habe den Haushalt mitgetragen und übernehme quasi auch eine finanzielle Verantwortung. Deswegen plädiere ich nicht dafür, komplett auf die Gebühren zu verzichten, aber wenn wir die Außengastronomieflächen vergrößern - so viel habe ich in Mathe gelernt -, müssten wir eigentlich auch mehr Einnahmen generieren, was diese Sondernutzungsgebühren angeht. Davon sollten wir in der Tat der Gastronomie wieder einen Teil zurückgeben. Deswegen nur 50 Prozent der üblichen Sondernutzungsgebühren. Das ist mein Vorschlag, quasi ein Kompromiss.

Ich würde mich sehr freuen, wenn dieser Vorschlag eine Mehrheit erhalten würde, weil das Wirtschaftsförderung im besten Sinne des Wortes wäre. - Vielen Dank.

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Herr Zimmermann. - Jetzt hat der Bezirksbürgermeister das Wort. - Bitte schön.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter, lieber Andreas! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorab will ich mitteilen, dass es kein leichter Kampf und auch keine leichte Arbeit war, dass unser Beschluss heute auf der Tagesordnung steht. Ich freue mich sehr darüber, weil dann von einer Fraktion oder einer Gruppe im Hauptausschuss in Gürzenich ein Antrag gestellt wurde, wonach dann der Teil, den wir beschlossen hatten, kassiert wurde.

Wir haben uns darüber Gedanken gemacht. Das ist ein Antrag oder ein Beschluss, der nicht einfach so leichtfertig gefertigt wurde - so nach dem Motto: Na ja, die BV kann das beschließen, muss es im Endeffekt aber finanziell nicht vertreten, sondern dafür ist der Rat zuständig. - Selbstverständlich. Und das ist auch gut so. Da sind wir Demokraten bis auf die Knochen, um das einmal so zu sagen, weil es nicht neun unterschiedliche Gebührenordnungen geben kann. Deshalb finde ich es auch sehr spannend, das heute hier diskutieren zu können.

Aber warum haben wir das getan? Nicht, um populistisch zu sein. Das sagen wir auch ganz klar. Wir haben den Beschluss gefasst, weil wir leidenschaftliche Kneipengänger und Kneipengängerinnen sind.

Ich weiß nicht, wie es dem einen oder dem anderen geht, aber wo findet das wahre Leben statt? Das ist in den Kneipen, in den Kaschemmen, in den Eckgaststätten und was es dort alles noch gibt. Dort haben wir - ich darf das zumindest für mich sagen - Köln kennengelernt. Ich habe Köln nicht an der Universität kennengelernt oder aus Büchern, privat und am Köln-Kolleg, wo ich mein Abitur gemacht habe. Ich habe Köln verstanden und kennengelernt in den Gaststätten und in der KVB.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Das habe ich auch gemacht.

Warum machen wir uns so große Sorgen? - Die größte Sorge ist, dass die Kneipen und Gaststätten, das Gastronomiegewerbe insgesamt - ohne

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 46

auf die Tränendrüse zu drücken -, schließen müssen. Das, was der Vorredner gesagt hat, es gehe den Kneipen gut, stimmt nicht. Schauen Sie es sich genau an und sprechen Sie mit den Gastleuten. Zahlreiche Buchungen, über die sie sich riesig gefreut haben, da sie volle Bücher haben, wurden abgesagt.

Ich bin davon überzeugt, dass diese Gaststätten ein Kulturgut sind. Genau wie der Karneval zu dieser Stadt gehört, gehört auch das Kulturgut Kneipen dazu. Denen muss geholfen werden. Wenn großen Konzernen geholfen werden kann, die durch die Pandemie Probleme hatten, muss den Kleinen auch geholfen werden. Bitte, meine Damen und Herren, multinationalen Konzernen wird geholfen, die ihre E-Scooter hier aufstellen und bis jetzt noch keinen einzigen Cent bezahlt haben. Das Gleiche gilt für die Firmen mit den Leihfahrrädern, die teilweise aus dem fernen Osten kamen und die hier auch noch keinen einzigen Cent bezahlt haben. Ich finde, das sollte man auf die Waage legen. Denn das ist auch öffentlicher Raum, den sie benutzen und in Anspruch nehmen, dafür aber keinen Cent zahlen. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der LINKEN)

Jede Blumenfrau oder jeder Blumenmann muss, wenn sie oder er einen Topf hinausstellt, eine Sondernutzungsgebühr bezahlen.

Zu den Kneipen - das sage ich zum Schluss - kann ich nur sagen: Wenn viele von ihnen durch die Hilfe des Rates der Stadt Köln überleben, dann kommt das auf dem Weg der Umwegrentabilität wieder zurück. - Ich danke für Ihr Zuhören.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und bei der FDP)

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Herr Bezirksbürgermeister.

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann schlage ich vor, dass wir zunächst über den Änderungs- bzw. Ersetzungsantrag von Herrn Zimmermann abstimmen, anschließend über den Antrag der LINKEN und dann über die Vorlage gegebenenfalls in geänderter Form.

Wer dem Antrag von Herrn Zimmermann seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das

Handzeichen. - Das sind Herr Zimmermann, Frau Gabrysch, Die FRAKTION und DIE LINKE. Wer enthält sich? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zum Ersetzungsantrag der LINKEN. Wer dem Ersetzungsantrag der LINKEN seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, SPD, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann, Die FRAKTION und die FDP. Wer enthält sich? - Dann ist dieser Antrag auch abgelehnt.

Dann stimmen wir jetzt noch über die Vorlage ab:

Der Rat nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt zur Kenntnis und bekräftigt seinen Beschluss vom 24.06.

Wer stimmt dagegen? - Das sind DIE LINKE, die SPD, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann, Die FRAKTION und die FDP. Wer enthält sich? - Damit haben wir das so angenommen. - Danke schön.

Dann kommen wir zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Köln: Ausweisung der Inzidenzen für Geimpfte und Ungeimpfte“ AN/1962/2021

**Antwort der Verwaltung vom 27.08.2021
3310/2021**

Die Antwort liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Klärung Zusammenarbeit mit Michael Winterhoff“ AN/1960/2021

**Antwort der Verwaltung vom 29.10.2021
3298/2021**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Haben Sie Nachfragen? - Das ist auch nicht der Fall.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 47

Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Anfrage zur Fluchtlichtanlage am Aachener Weiher“ AN/2334/2021

Antwort der Verwaltung vom 09.11.2021
3907/2021

Die Antwort liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Anfrage Fördermittelmanagement“ AN/2335/2021

Antwort der Verwaltung vom 09.11.2021
3913/2021

Auch da liegt die Antwort vor. Gibt es Nachfragen? - Keine. Gut.

Die unter TOP 6 vorgesehenen Punkte sind alle zurückgestellt worden.

Damit sind wir bei:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21 3712/2021

Das nehmen wir zur Kenntnis.

Ich rufe auf:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Aufbau der gemeinsamen Verkehrs- und Tunnelleitzentrale hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 25 Abs. 1 Nr. 2 KommHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2020/2021

2797/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann nehmen wir auch das zur Kenntnis.

Jetzt kommen wir zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.2 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Beschaffung und Finanzierung von hochflurigen Stadtbahnwagen 3243/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.3 Abschlussbericht zum 1. Kölner Gleichstellungsaktionsplan im Rahmen der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene 2175/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.4 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für den Ersatzneubau der Brücke Liebigstraße im Stadtteil Neu-Ehrenfeld durch einen Totalunternehmer 2591/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Wir stimmen ab wie Verkehrsausschuss bzw. wie Finanzausschuss, Anlage 5.

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

TOP 10.5 ist vertagt.

Tagesordnungspunkt

10.6 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01. - 30.06.2022 2877/2021

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 48

Der AVR und der Finanzausschuss haben einstimmig zugestimmt.

Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Dann haben wir das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.7 Umbenennung des Radstadions in „Albert-Richter-Velodrom“ und des Vorplatzes in „Ernst-Berliner-Platz“
2489/2021**

Der Sportausschuss hat einstimmig zugestimmt, ebenfalls die BV 3.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Von den Grünen. Bitte schön. Herr Klemm, Sie haben das Wort.

Ralf Klemm (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Hier im Saal sind es nur noch wenige, aber draußen an den Bildschirmen sicherlich viele.

Ich weiß; es ist spät. Aber zu dieser absolut erfreulichen und wichtigen Entscheidung will ich zumindest noch einige wenige Worte sagen.

Mit der Umbenennung des neuen Müngersdorfer Radstadions in „Albert-Richter-Velodrom“ ehren wir nicht nur einen herausragenden Sportler, Weltmeister, Vizeweltmeister und mehrfachen deutschen Meister, sondern wir ehren vor allem einen Menschen, der in der dunkelsten Zeit Deutschlands Haltung bewiesen hat.

(Beifall)

Der Ehrenfelder Radrennfahrer Albert Richter hat bis zu seiner wahrscheinlichen Ermordung durch die Nazis immer klar Stellung gegen das NS-Regime bezogen. Er hat sich noch während der NS-Zeit immer für Völkerverständigung eingesetzt und weiter Freundschaften zu seinen französischen und belgischen Kollegen gepflegt, und er hat immer zu seinem jüdischen Manager Ernst Berliner gestanden, sportlich und privat.

Gerade am heutigen 9. November - herzlichen Dank an die abwesende Frau Oberbürgermeisterin für ihre wirklich sehr beeindruckende Rede heute Morgen - zeigt die Ehrung Richters, dass es

in der NS-Zeit auch Deutsche gab - leider viel zu wenige -, auf die wir bis heute noch stolz sein können, weil sie Zivilcourage und Menschlichkeit genau dann gezeigt haben, als es darauf ankam.

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat vor einer Woche den Vorplatz in „Ernst-Berliner-Platz“ umbenannt. Nach der Fertigstellung des Radstadions können wir also über den Ernst-Berliner-Platz ins Albert-Richter-Velodrom gehen - in Erinnerung an den sportlichen Weg, den Ernst Berliner seinem Schützling Albert Richter gebahnt hat. Ich finde das ein wunderschönes Bild.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Dass das neue Radstadion keinen so austauschbaren Namen wie „Playmobil-Arena“ oder „Deutsche-Bank-Park“ bekommen wird, zeigt die Bedeutung und Wertschätzung, die dem Radsport in Köln entgegengebracht wird.

Zum Schluss möchte ich mich noch bei allen bedanken, die diese Entscheidung möglich gemacht haben - zunächst natürlich bei der Bürgerinitiative für das Albert-Richter-Velodrom, die mit ihrer Petition diese Entscheidung angestoßen hat. Ich möchte hier auch der Verwaltung und der Kölner Sportstätten GmbH danken. Nicht zuletzt möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Sportausschuss bedanken, die einstimmig diese Umbenennung empfohlen haben.

Das ist im wahrsten Sinne ein Tigersprung für den Kölner Radsport. - Danke.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Klemm. Ich denke, dass das eine wichtige Entscheidung ist - und das auch noch an dem heutigen Tag. Das passt sehr gut zusammen, glaube ich.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen gegen die Vorlage? - Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen der FRAKTION. Ansonsten einstimmig so beschlossen. - Danke schön.

Tagesordnungspunkt

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 49

10.8 Sportanlage Halle Erdweg, Köln-Worringen Generalsanierung der Sporthalle und gleichzeitige Umwandlung in eine Mehr- zweckhalle sowie Errichtung einer Pho- tovoltaikanlage - Baubeschluss - 2590/2021

Sportausschuss und BV 6 haben jeweils einstimmig zugestimmt.

Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.9 Personelle Ausweitung Streetwork und Winterhilfe im Bereich der Wohnungslo- senhilfe 3312/2021

Hier haben Sozial- und Finanzausschuss einstimmig zugestimmt.

Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.10 Förderung des KölnAgenda e. V. durch die Stadt Köln 3344/2021

Stadtentwicklungsausschuss und Finanzausschuss haben einstimmig zugestimmt.

Gibt es hier noch Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? - Dann haben wir hier mit großer Mehrheit zugestimmt.

Tagesordnungspunkt

10.11 Bestellung der Ersten Betriebsleitung für die Eigenbetriebsähnliche Einrich- tung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln 3419/2021

Der Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb hat einstimmig zugestimmt.

Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.12 Verlängerung der institutionellen För- derung raum13 gGmbH und Sommer- blut e. V. 3369/2021

Ausschuss für Kunst und Kultur und Finanzausschuss waren einstimmig dafür.

Gibt es hier noch Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Dann haben wir hier mit großer Mehrheit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.13 Sportentwicklungsplanung - Sponso- ringvertrag mit der Firma SNIPES SE - Neubau eines Basketball- bzw. Street- ballplatzes im Inneren Grüngürtel zwi- schen Venloer Straße und Vogelsanger Straße 1619/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich habe hier von fast allen Fraktionen Wortmeldungen. Ich frage einmal bei der CDU. Gibt es da noch eine Wortmeldung? - Das ist nicht der Fall. Dann hat zunächst einmal Herr Klemm das Wort.

(Ulrich Breite [FDP]: Entweder reden alle oder keiner! - Weitere Zurufe)

- Das müssen Sie jetzt entscheiden. Wer besteht auf seinem Rederecht?

Michael Hock (Die FRAKTION): Wir können uns vorstellen, unsere Rede zu Protokoll zu geben. Vielleicht ist das ja ein Kompromiss.

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Herr Hock.

(Zuruf von der SPD)

- Aber die SPD möchte reden. Dann möchten die anderen wahrscheinlich auch reden. - Bitte, Herr Klemm.

Ralf Klemm (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier drinnen und draußen an den Bildschirmen! Um es gleich am Anfang zu sagen: Diese Entscheidung,

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 50

die Verwaltungsvorlage abzulehnen, ist keine Entscheidung gegen den Sport. Es geht vielmehr darum, dass wir an dieser Stelle im Inneren Grüngürtel keine neue große Fläche versiegeln wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Ratsbündnis hat bei den Haushaltsberatungen heute Morgen - Sie haben es gehört, aber vielleicht noch nicht alle registriert - deutlich gemacht, dass wir für den Sport deutliche Zusetzungen vornehmen. Wir machen Zusetzungen für Vereinsschwimmen; wir unterstützen die Scoring Girls; wir machen bei den Rasenplätzen Zusetzungen. Leider sind von den anderen Fraktionen - mit Ausnahme der LINKEN - da relativ wenige oder eigentlich gar keine Vorschläge gekommen. Das macht deutlich, dass das Ratsbündnis eindeutig hinter dem Sport steht und den Sport unterstützt und fördert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir lehnen in diesem Fall die Verwaltungsvorlage ab, weil wir keine weitere größere Fläche im ohnehin schon stark beanspruchten Grüngürtel versiegeln wollen. Der Grüngürtel dient der Erholung vor allem der innenstadtnah wohnenden Menschen - dort gibt es sowieso nur wenige Grünflächen -, und er ist für das Stadtklima wichtig. Deshalb wollen wir nicht, dass die versiegelte Fläche dort dreimal so groß wie bisher wird und Bäume entfernt werden müssen.

Wir haben in Köln den Klimanotstand beschlossen. Dieser sollte oder muss - aus unserer Sicht eigentlich muss - bei allen Entscheidungen abgewogen werden.

(Beifall von Nicolín Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Und genau das machen wir hier.

Liebe Klimafreundinnen und Klimafreunde der SPD, weil Sie gestern im Finanzausschuss die These vertreten haben, wir würden mit dieser Entscheidung die Jugend im Regen stehen lassen, sage ich Ihnen: Die Jugend würde empört reagieren, wenn wir diesen Platz dort mit dieser Versiegelung realisieren würden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Nicolín Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Denn nicht nur die Jugendlichen, die in Glasgow oder in Köln auf der Straße sind und dort für Klimaschutz demonstrieren, sondern nach meiner Auffassung auch die meisten derjenigen, die Basketball oder Streetball spielen, sind empört über eine einfache Politik des Weiter-so. Insofern würde ich einer Abstimmung darüber, was die Jugend davon hält, mit großer Gelassenheit entgegensehen.

Außerdem sind wir skeptisch, ob der Innere Grüngürtel, dieser herausragende Raum für die Menschen zur Erholung, weiter im Rahmen von Veranstaltungen und Brandings vermarktet werden sollte. Das hat uns auch zu dieser Entscheidung bewogen.

Und noch einmal: Entgegen vieler Behauptungen waren die Pläne für den Bau des neuen großen Basketballplatzes nie Teil der ursprünglichen Sportentwicklungsplanung. Darin steht der Erhalt des Platzes. Erst im Nachhinein kam in der Weiterentwicklung der größere Platz dort hinein. Sonst hätten wir gar nicht mit solcher Begeisterung der Sportentwicklungsplanung zugestimmt.

Zum Schluss will ich noch einmal sagen, was wir uns vorstellen können.

Wir können uns erstens vorstellen, den bestehenden Platz zu sanieren. Das hat er dringend nötig.

Wir können uns zweitens vorstellen, einen größeren Streetball- und Basketballplatz an einer anderen Stelle in der Stadt zu errichten. Dafür gibt es auch ganz in der Nähe Vorschläge.

Wir können uns drittens sehr gut vorstellen, eine solche Anlage auch dort zu errichten, wo die Menschen nicht über solches Einkommen verfügen wie vielleicht in Ehrenfeld und in der Innenstadt, nämlich in den einkommensschwächeren Vierteln - für die Menschen in Köln und für den Sport in Köln. - Ich danke Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Nicolín Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Herr Klemm. - Ich habe jetzt einen ganzen Schwung von Wortmeldungen vorliegen, allerdings nicht von der CDU. Möchte von der CDU jemand sprechen? - Herr Weber. Dann haben Sie das Wort.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 51

Florian Weber (CDU): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Die Kölnerinnen und Kölner machen immer mehr Sport im Freien. Das ist auch gut so, und das unterstützen wir. Der Kollege Klemm hat gerade schon darauf hingewiesen, dass wir das immer stärker möglich machen wollen und dafür nächstes Jahr in dem Haushalt auch 2 Millionen Euro mehr zusetzen. - Dies nur einmal zu unserem Standpunkt und dazu, wie sehr wir den Sport fördern möchten.

An dieser Stelle sei einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung gedankt, lieber Herr Voigtsberger, die über mehrere Jahre hinweg diese Variante ausgearbeitet haben und natürlich enttäuscht sind, wenn sie jetzt abgelehnt wird. Dennoch werden wir sie ablehnen.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dank gilt auch der Firma SNIPES, der Kölner Firma SNIPES, die bereit war, sich finanziell zu engagieren und auch sportlich und ideell hier in ihrer Heimatstadt Köln zu engagieren. Dafür gilt ihr Dank.

Wir wollen auch gar nicht ausschließen, dass es zukünftig zu solchen Zusammenarbeiten mit einer Sportfirma oder auch anderen Unternehmen kommen kann. Das schließen wir nicht kategorisch aus.

Nach einem Ortstermin - viele Kollegen waren ja auch anwesend - haben wir als CDU-Fraktion dann trotzdem den Entschluss gefasst, dem Umsetzungsvorschlag so, wie er uns vorgelegt wurde, nicht zuzustimmen, weil es einfach in dieser Größe - dreimal so groß - und an diesem Ort - im Grüngürtel, wo schon diverse Sportanlagen direkt auf engem Raum angelegt sind - keinen Sinn macht, diesen engen Raum auch noch mit einer dreifachen Größe des Basketballplatzes weiter zuzustellen.

Wir sind froh darüber, dass es - Kollege Klemm hat es gerade schon gesagt; ich glaube aber, dass wir das gleich auch noch häufiger hören werden - sowohl aus dem Finanzausschuss als auch aus dem Sportausschuss schon Signale gibt, dass wir unserem eigentlichen Ziel trotzdem gemeinsam näherkommen wollen. Denn wir wollen ja den Basketballern in dieser Stadt mehr Spielmöglichkeiten geben. Deswegen sind wir zuversichtlich,

dass wir das im Nachgang dann auch erreichen können.

Dazu gehören erstens bessere Spielbedingungen auf dem Nike Court. Auch der Nike Court wurde ja vor 25 Jahren gesponsert. Er ist aber heruntergespielt und muss saniert werden.

Der zweite Punkt ist ein alternativer Standort für einen Full Court. Es geht den Basketballern in Köln ja darum, dass sie auch wettbewerbsähnliche Bedingungen auf einem Freiplatz haben können.

Deswegen ist diese Ablehnung für uns nur ein Zwischenschritt. Lassen Sie uns alle gemeinsam daran arbeiten, dass wir unser Ziel am Ende dann auch erreichen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Weber. - Dann fahren wir in der Rednerliste weiter fort. Herr Seeck, bitte.

Oliver Seeck (SPD): Herr Bürgermeister Wolter! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Unsere Stadt führt gerne den Titel Sportstadt Köln - ein gut klingender Begriff, der allerdings keine hohle Phrase bleiben darf und somit auch eine Verpflichtung mit sich bringt.

Einen wesentlichen Wegweiser auf dem Weg zur Sportstadt bietet uns der Sportentwicklungsplan, der bereits 2019 im Rat beschlossen wurde. Hier findet sich auch das erste Modellprojekt, das ausdrücklich den Inneren Grüngürtel umfasst. Mit diesem ersten Projekt verbindet sich die Hoffnung, dass der Sportentwicklungsplan endlich Fahrt aufnehmen kann.

Hier, im Inneren Grüngürtel, ist der Basketballplatz ein wesentlicher Bestandteil. Jede und jeder, der sich im Inneren Grüngürtel aufhält, erkennt sofort die Anziehungskraft dieses Platzes. Er ist einer der sportlichen Hotspots in der Stadt.

Ebenfalls ist klar erkennbar, dass hier Angebot und Nachfrage stark auseinanderdriften. Der

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 52

Platz platzt im wahrsten Sinne des Wortes aus allen Nähten. Er ist zu klein, hat die falschen Maße und ist in einem schlechten Zustand.

Der neue beabsichtigte Platz ist daher die perfekte Lösung und wird von der Sport-Community auch sehnsüchtig erwartet.

(Beifall bei der SPD)

Sport für alle im Freien, gerade in Zeiten von Bewegungsarmut und den Auswirkungen von Corona: Hier ist ein entsprechendes Angebot zum Greifen nah.

Bei der Ehrung unserer Sportlerinnen und Sportler im Rahmen der Kölschen SportNacht wurde auch von der Oberbürgermeisterin wieder deutlich gemacht, wie wichtig die Sportlerinnen und Sportler für unsere Stadt sind.

Diese fallen allerdings nicht vom Himmel, sondern gehen aus dem Breitensport hervor - durchaus auch erst einmal ohne die Bindung an einen Verein.

Ich zitiere hier den Kölner Sportbotschafter und ehemaligen Basketball-Europameister Stephan Baeck:

Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie wichtig frei zugängliche Sportmöglichkeiten für jedermann gerade im jugendlichen Alter sind. Ich bin auf den Freiplätzen von Köln groß geworden und bin dort in den Profisport gewachsen.

Viel wichtiger waren für mich aber der Kontakt und der Zugang zu den vielen verschiedenen ethnischen Gruppen mit all ihren kulturellen Eigenheiten. In der immer noch großen Streetball-Szene Kölns habe ich dort durch den Basketballsport gelernt, mit Menschen unterschiedlichster Herkunft und Hautfarbe zu kommunizieren und eine Lösung für Konflikte durch den gemeinsamen Sport zu finden.

Die geplante Ablehnung wäre ansonsten ein Armutszeugnis für die weltoffene Sportstadt Köln.

Ich werbe ausdrücklich für eine sachliche Argumentation bei der Debatte um diesen Platz und

möchte auf die vier wesentlichen Punkte eingehen, die immer mal wieder - und auch eben - behauptet werden.

Erstens: zur angeblichen Flächenversiegelung. Der bisherige Platz besteht aus einer undurchlässigen Betonschicht, die komplett entsiegelt und renaturiert werden soll. Somit würde auch die Sichtachse im Grüngürtel freigelegt. Der neue Platz besteht hingegen aus einem wasserdurchlässigen Belag.

Zweitens: zur angeblichen Kommerzialisierung. Die geplanten Veranstaltungen zielen gerade auf Turniere für Kinder und Jugendliche ab, die ansonsten keine eigene Organisationsform oder Strukturen haben. Es ist zum Beispiel ausdrücklich festgelegt, dass hier keine Eintrittsgelder erhoben werden und die Fläche für alle kostenfrei zugänglich bleibt.

Drittens: zur angeblichen Baumfällung. Es wird behauptet, dass für den neuen Platz im Inneren Grüngürtel Bäume gefällt werden müssten. Das ist schlicht unwahr. Richtig ist, dass ein bis zwei Bäume umgepflanzt werden sollen.

Viertens: die Alternative Bezirkssportanlage Everhardstraße oder andere Plätze. Es wird vorgeschlagen, stattdessen den Platz in dem Bereich der Everhardstraße in Ehrenfeld unterzubringen. Verschwiegen wird, dass es bereits eine umfangreiche Bürgerbeteiligung gab, in der viele Ideen und Anregungen für diesen Platz oder diese Anlage vorgetragen wurden. Die Verlagerung des Basketballplatzes wurde in der Beteiligung gar nicht thematisiert und auch nicht gewollt.

Diese Tatsachen sind übrigens allen Beteiligten, die sich mit der Sache teilweise seit Jahren beschäftigt haben, bekannt.

Erlauben Sie mir eine Bemerkung, Herr Weber. Es ist schon zynisch, zu sagen: Ich danke der Stadtverwaltung für die jahrelange Arbeit; aber wir machen es jetzt doch nicht. - Das unterscheidet Sie von Ihren Vorgängern, die in der letzten Zeit eigentlich immer dazu gestanden haben.

Auch die Überlegungen, den Platz an derselben Stelle zu renovieren, helfen nicht weiter, lieber Ralf Klemm. Der bisherige Platz, der ein ehemaliger Helikopter-Landeplatz ist, entspricht nicht den Maßen eines Basketball- oder Streetballplatzes.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 53

Es liegt uns also ein komplett fertiges und auch noch durchfinanziertes Konzept vor. Außerdem ist es nicht nur der dringende Wunsch des Sports, zum Beispiel des Stadtsportbundes. Im Vorfeld wurden zudem das Grünflächenamt und der Naturschutzbeirat nicht nur eingebunden; beide haben den Plänen auch ausdrücklich zugestimmt.

Das alles soll nun in letzter Minute nach jahrelanger Arbeit unwiderruflich beendet werden, und wir sollen komplett bei null anfangen?

Neben dem eigentlichen Platz geht es auch darum, wie wir mit Unternehmen und Menschen umgehen, die den Sport in dieser Stadt unterstützen. Der Sport kommt ohne die Zuwendungen von Sponsoring nicht aus. Dies gilt für den kleinen Nischenverein genauso wie für den großen Klub in unserer Stadt.

Ich habe in der letzten Sitzung des Sportausschusses darum gebeten und dazu aufgerufen, dass wir mit den Beteiligten, insbesondere der Verwaltung und den Unternehmen, fair umgehen.

Bürgermeister Andreas Wolter: Sie haben Ihre Redezeit im Blick, Herr Seeck?

Oliver Seeck (SPD): Es ist wirklich verstörend, dass der Bezirksbürgermeister der Innenstadt Ende letzter Woche erneut foul gespielt hat.

Bürgermeister Andreas Wolter: Die Redezeit ist abgelaufen.

Oliver Seeck (SPD): Was ist das für ein Jargon, wenn der Stadtverwaltung unterstellt wird - ich bin gleich fertig -, dass sie der Öffentlichkeit und der Politik - Zitat - eine vergiftete Wurst verabreichen will?

Hinzu kommt erneut ein diffuser Korruptionsverdacht, der vom Bezirksbürgermeister öffentlich geäußert wird. Wer wurde hier der Korruption verdächtigt? Das Unternehmen? Die Politik? Die Stadtverwaltung?

Aus meiner Sicht haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Beispiel die Mitglieder im Sport-

ausschuss zu jeder Zeit umfassend und transparent über die Vorgänge informiert und uns auch kein Gift verabreichen wollen.

Ein solches Verhalten führt jedenfalls unweigerlich dazu, dass wir alle diejenigen, die sich für den Sport engagieren wollen, vergraulen. Diesen immensen und nachhaltigen Schaden für den Sport in unserer Stadt müssen wir verhindern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Bündnisses, gehen Sie noch einmal in sich. Sorgen Sie dafür, dass dieser Platz nicht abgeschrieben wird und sich unsere Stadt zu Recht Sportstadt Köln nennen darf. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Bürgermeister Andreas Wolter: Herr Seeck, ich möchte Sie nur bitten, die Redezeit auch einzuhalten. Jeder hat fünf Minuten. - Die nächste Wortmeldung liegt mir von Herrn Detjen vor. Bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe jetzt einen etwas anderen Anpack für die Diskussion - weniger einen sportlichen, aber trotzdem eine sportliche Anforderung.

Die Vorlage, die Sie kennen, ist vom Juli letzten Jahres. Das heißt, dass man mitten im Kommunalwahlkampf eine solche Vorlage platziert hat. Das ist verwaltungsmäßig sehr unklug, muss ich sagen. Es war dann ja gar nicht möglich, diese Vorlage überhaupt im Rat zu beraten; denn die Ausschüsse mussten gebildet werden usw. usf. Taktisch war es völlig unklug, so vorzugehen, statt erst einmal mit den Akteuren zu reden und zu schauen, wie sie das denn sehen, usw. usf.

Dann kam das Ganze. Daraufhin gab es Anfang dieses Jahres in Medien sehr kritische Artikel über das Sponsoring insbesondere in diesem Fall.

Dann hatten wir am 2. Februar 2021 im Rechnungsprüfungsausschuss einen Prüfbericht „Prüfung der Anwendung der Sponsoringrichtlinie bei der Stadt Köln“. Da wurde das, was die Verwaltung im Moment macht, von allen Parteien sehr kritisch diskutiert. Das Rechnungsprüfungsamt hat auch gesagt, dass wir ein stadtweites Sponsoringkonzept brauchen. Es wurde dann beschlossen, dass wir möglichst schnell eine neue

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 54

Sponsoringrichtlinie haben wollen, damit wir auch entsprechend agieren können.

Ich war davon ausgegangen, dass das jetzt angegangen wird und dass damit dieses SNIPES-Problem erst einmal zurückgestellt ist. Nein, die Vorlage wurde auch weiter in die Debatte eingeführt.

In der Debatte im Rechnungsprüfungsausschuss haben wir ja darauf hingewiesen, dass im Fall von SNIPES sogar ein Vergabeproblem bezüglich der Wartung dieser Anlage besteht. Es ist ja so geregelt, dass SNIPES sie hinstellt und wir sie warten müssen. Das bedeutet für uns Kosten bzw. Arbeit. Das müsste eigentlich ausgeschrieben werden, weil es ja ein größerer Auftrag ist. - Das ist das eine.

Das andere ist, dass überhaupt nicht geregelt ist, wie wir mit diesen Dingen nun umgehen, wie wir das in den Haushalt einstellen müssen, ob das denn ein Vorteil ist etc. pp.

Alle diese Probleme haben wir in dieser Sitzung angesprochen. Ich empfehle wirklich, sich diesen Prüfbericht einmal anzugucken - und auch die Debatte. Wir waren alle sehr kritisch. Auch die Kämmerin hat sich an der Debatte beteiligt. Der kommissarische Leiter des Rechnungsprüfungsamtes hat sich ebenfalls beteiligt. Es war also eine sehr vernünftige Diskussion.

Und dann wurde einfach weitergemacht. Darüber, dass dieses Projekt dann vor die Wand läuft, muss man sich wirklich nicht wundern.

Ich habe versucht, bei dem Fachgespräch noch zu vermitteln. Es war aber einfach nicht mehr möglich.

Meine Bitte und Aufforderung ist: Überarbeiten wir doch endlich diese Sponsoringrichtlinie, damit wir das geklärt bekommen. Dann können wir die hier bestehenden Probleme auf dieser Grundlage weiter betrachten. Das sollten wir also abschichten. Anschließend geht es in der Diskussion weiter. Dann kommen wir zu den anderen Problemen - Versiegelung, Grünanteil usw. usf. Lasst uns doch schauen, dass wir jetzt diese Probleme Stück für Stück angehen.

Es ist ja auch nicht so, dass gar nichts beschlossen worden wäre. Die Bezirksvertretung Innenstadt hat auf Grundlage eines Antrages der Grünen und der LINKEN sechs Punkte beschlossen,

wie das Projekt weitergehen soll. Unter anderem steht in dem Punkt 6:

Die Sponsoringrichtlinie der Stadt Köln ist dahin gehend zu überarbeiten, dass sie transparente Kriterien und klare Orientierungshilfen für die politischen Entscheidungsgremien formuliert.

Danke, Kollege Hupke, dass ihr auch diese Intention von uns aufgegriffen habt. In der Tat sollten wir das weitermachen.

Das waren meine Ausführungen dazu. Ich habe noch 59 Sekunden. Das ist unsere Position - eher eine grundsätzliche Kritik daran, wie da vorgegangen wird, und weniger eine sportliche Kritik. Denn das steht gar nicht zur Debatte. Es geht so überhaupt nicht. Und das muss doch geklärt werden. Das ist meine Bitte und meine Anforderung. - Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Detjen. Sie haben die Redezeit auch eingehalten. - Dann kommen wir zu Herrn Breite. Herr Breite, bitte.

(Zuruf: Uli, bleib ruhig!)

Ulrich Breite (FDP): Bleib ruhig. Das ist gut, ja. - Herr Bürgermeister! Herr Detjen, was Sie hier geplaudert haben, war ja interessant. Herr Jülich, ich muss aber Ihre Qualifikation anzweifeln, wenn Sie wirklich gesagt haben, dass Sie nicht wissen, wie man das verbucht, und dass das Sponsoring irgendein Problem sein soll. Dann sollten Sie sich das noch einmal anschauen. Die Kämmerin konnten Sie sicherlich schon. Es gibt Weiterbildungen, bei denen man geschult wird, wie man solche Gelder rechtmäßig verbucht. Das ist hier auch überhaupt kein Problem.

Herr Detjen, Sie sagten, das sei vor der Kommunalwahl plötzlich vom Himmel gefallen. Ihre stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Frau Stahlhofen, hat dem so zugestimmt. Das muss man einfach sagen. Die anderen Fraktionen haben übrigens auch zugestimmt - auch die Grünen. Bei der CDU hatte Herr Götz im Umweltausschuss plötzlich Probleme. Darum ist das damals angehalten

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 55

worden. Sonst wäre es ja bekanntlich durchgegangen. Bei der vorherigen Fraktion der Grünen war das nämlich gar kein Problem. Das gehört zur Wahrheit dazu, wenn man hier den Juli vor der Kommunalwahl hineinbringt. Man kann also nicht sagen, das sei irgendwie vom Himmel gefallen.

Wir haben uns das auch genau angeschaut. Herr Klemm, Sie werden ja Herrn Professor Kähler kennenlernen, den wir damals mit seiner Agentur beauftragt haben, den Sportentwicklungsplan zu entwickeln.

(Ralf Klemm [Bündnis 90/Die Grünen]:
Habe ich schon!)

Er kommt jetzt extra noch einmal nach Köln. Es besteht ja wohl noch Informationsbedarf über den Sportentwicklungsplan und darüber, was wir uns vorgenommen haben und wie wir das verwirklichen wollen. Vielleicht kann Ihr Informationsdurst dort auch gestillt werden. Aber möglicherweise wollen Sie es auch gar nicht wissen; das kann ja auch sein.

Mir fällt nur auf: Es hat sich hochgeschaukelt; man will es nicht.

Was das für Geldgeber wie Unternehmen, die den Sport unterstützen, und damit für Köln bedeutet, werden wir dann noch sehen. Denn natürlich wird die Bereitschaft dazu nicht gerade steigen, wenn sie sehen, wie wir damit umgehen - gerade bei einem Kölner Unternehmen. Eigentlich müsste man sich doch darüber freuen, dass wir hier ein solches Kölner Unternehmen haben, das sich für Köln einsetzt.

Es muss ja nicht immer Lukas Podolski sein. Aber der kriegt seine Plätze, die übrigens auch versiegelt sind, viel leichter durch - Gott sei Dank. Am besten sollten wir Lukas einmal mit SNIPES zusammenbringen. Vielleicht klappt es dann besser. Denn bei diesem Idol würde man das, glaube ich, nicht so schnell verhindern wie jetzt hier.

Mir tut es leid um die Innenstadt und um die Szene, die dort eigentlich spielt. Wir wollen irgendwie einmal einen Full Court bekommen. Ich höre ja schon, dass das eine Möglichkeit ist. Ich hatte bei der Ortsbegehung auch noch einmal erklärt, wie es mit den Abmaßen dort aussieht. Sie haben ja selber gesehen, dass das in dieser Form nicht klappt.

Darum möchte ich, auch wenn es mich sehr ärgert, dass das so kommt, doch versöhnlich enden. Wir sollten schauen, dass wir gerade für die Kiddies in der Innenstadt weiter etwas tun. Wir brauchen dort auch Sportplätze, selbst wenn wir den Platz dann versiegeln müssen; denn gerade auch die Kiddies und die Sportszene in der Innenstadt benötigen Freiflächen, auf denen sie Sport treiben können. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Breite. - Herr Achtelik, bitte. - Ich frage schon einmal Die FRAKTION: Sie bleiben dabei, dass Sie Ihre Rede danach zu Protokoll geben?

Michael Hock (Die FRAKTION): Nein, dann möchten wir auch etwas sagen. Das lassen wir uns nicht nehmen. Es ist ja noch nicht so spät.

Christian Achtelik (Voll): Sehr geehrter Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die fachlich-inhaltlichen Diskussionen sind in mehreren Iterationen im Sportausschuss, im Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün, im Rechnungsprüfungsausschuss und im Finanzausschuss gelaufen. Es gab auch einen Vor-Ort-Termin. Deswegen möchte ich nur noch zwei Kernpunkte ansprechen.

Auch bei uns schlagen da zwei Herzen in der Brust - zum einen das sportpolitische kombiniert mit dem sozialen und zum anderen das umweltpolitische.

Aus sportpolitischer und sozialer Sicht ist es wichtig, dass wir öffentlich Möglichkeiten für alle anbieten, auch an zentralen Standorten, diese Sportarten zu betreiben. Dazu hätte dieser geplante Ausbau beitragen können.

Aber - und das ist ein sehr großes Aber - eine weitere Versiegelung in der Größenordnung, wie sie hier geplant war, halten wir in einem sensiblen System wie dem Grüngürtel für nicht tragbar. Und nein, ein so geplanter Platz entspricht nicht den Qualitäten einer entsiegelten Fläche. In die Details, wie solche Plätze aufgebaut sind, brauchen wir jetzt in dieser Ratssitzung nach der ewigen

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 56

Vorbereitung nicht noch einmal zu gehen, glaube ich.

Ja, Herr Breite, das wäre vor zwei Jahren vielleicht durchgegangen. Heute haben wir eine andere Sicht auf diese Dinge und dementsprechend vielleicht auch etwas andere Prioritäten gesetzt.

Aus unserer Sicht steht zunächst eine Instandsetzung des bestehenden Platzes an.

Gestatten Sie mir dazu auch noch folgenden Kommentar von unserer Seite: Wir haben keine grundsätzlichen Einwände gegen ein Sponsoring, auch wenn wir hier aus unserer Sicht am Ende nicht die optimalen Bedingungen für uns als Stadt Köln herausgeholt hatten.

Wir freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen - auch mit der Verwaltung. Von unserer Seite gibt es auch eine kleine Entschuldigung dafür, dass das jetzt so gelaufen ist. Wir waren vor zwei Jahren noch nicht dabei, aber freuen uns, da weiterhin mit Ihnen und euch zusammenzuarbeiten und unsere sportpolitischen, klimapolitischen und umweltpolitischen Ziele besser zu verbinden. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Achtelik. - Herr Hock, bitte.

Michael Hock (Die FRAKTION): Sehr geehrter Herr Wolter! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrtes Publikum! Ich möchte an die Vorredner anknüpfen. Insbesondere sagte der Kollege von der SPD, eine Kommerzialisierung könne er bei diesem Vorhaben nicht erkennen; denn bei Veranstaltungen des Unternehmens SNIPES würden ja keine Eintrittsgelder genommen. Da müssen wir uns natürlich fragen: Besteht überhaupt ein Bewusstsein dafür, wie Werbung oder Werbeindustrie funktioniert?

Die Kommerzialisierung liegt natürlich nicht darin, dass man 1,50 Euro Eintritt nimmt und eine Bratwurst verkauft, sondern die Kommerzialisierung - und wir sprechen da von hohen Summen; Sie sehen ja in der Vorlage, was hier gezahlt wird - liegt darin, dass die Marke gesetzt werden kann und entsprechend mehr gekauft wird.

Das haben die Kollegen von der FDP ganz gut verstanden. Allerdings wunderte ich mich, als Herr Breite sagte, Ziel sei es, den Sport zu unterstützen. Primär unterstützen diese Unternehmen erst einmal sich selber und ihre Marke.

(Beifall bei der FRAKTION und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Da setzen wir auch mit unserer Rede an. Ich versuche, mich kurz zu halten. Drei Punkte möchte ich dennoch ansprechen.

Zunächst einmal sind wir der Ansicht, dass der Grüngürtel nicht weiter kommerzialisiert werden darf. Die Werbeflut in Köln ist enorm. In jeder Bahnstation leuchten, rattern, tönen einem die Versuchungen des Konsums entgegen. Der Grüngürtel wird an vielen Stellen angeknabbert. Unter dem Deckmantel der Sport- und Jugendförderung versucht man dies nun auch hier. Wir möchten doch wenigstens im Park mal Ruhe vor Sponsoring und Markenschlacht erfahren.

Ein anderer Punkt, den wir ansprechen möchten, ist die Stadtgesellschaft. Wer hat eigentlich mit den Leuten vor Ort gesprochen? Unser Kenntnisstand ist, dass diese Gespräche nicht stattgefunden haben. Der momentane Court wird genutzt. Es ist doch überhaupt die Frage: Wird gewünscht, dass da ein neuer Court hinkommt?

Ich weiß, wer das wünscht. SNIPES wünscht sich nämlich, dass da ein neuer Court hinkommt. Das ist verständlich. Wir haben ja auch schon einmal eine Anfrage zu den Werbebudgets von Ströer gestellt. Damit werden enorme Summen verdient.

Es ist ein Ausverkauf, der hier stattfindet - ein Ausverkauf der Stadt, ein Ausverkauf des öffentlichen Raumes.

(Beifall bei der FRAKTION und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Da muss man ganz klar sagen: Machen wir nicht mit; haben wir keinen Bock drauf.

Die Wählergruppe GUT hat im Sommer dazu auch schon einmal eine Veranstaltung durchgeführt und den Park des Monats gekürt. Das ist eine Aktion, um auf verschwundene oder bedrohte Grünflächen hinzuweisen. Dort wurde der zukünftige Platz mit Absperrband skizziert. Die Leute, die innerhalb dieser Absperrung saßen - es

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 57

waren viele -, waren sichtlich irritiert darüber, dass sich in Zukunft anstatt Rasen versiegelte Fläche unter ihnen befinden soll.

Auch die Stadtgesellschaft sollte also einfach abgeholt und mitgenommen werden.

Ein kleiner Ausblick in die Zukunft von unserer Seite: Wir müssen uns doch die Frage stellen, ob wir eine Welt wollen, in der beispielsweise der Bertelsmann Konzern Studien durchführt, um politische Entscheidungen vorzubereiten, Ronald McDonald sich um Kinderhilfe kümmert oder RTL, ProSieben und die katholische Kirche die Erziehung unserer Kinder übernehmen.

Wir wollen das nicht. Deswegen appelliere ich heute an alle, diese Vorlage abzulehnen, wie das übrigens auch der Umweltausschuss und die Bezirksvertretung 1 getan haben. Das Motto sollte sein, den Platz zu erhalten und zu ertüchtigen und keiner weiteren Kommerzialisierung des Grüngürtels zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FRAKTION und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Bürgermeister Andreas Wolter: Das Wort hat Frau Gabrysch. Bitte.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank. - Ich schließe mich meinem Vorredner und den anderen, die in diese Richtung argumentiert haben, vollumfänglich an. Es ist auch keine große Überraschung, wenn im Namen der KLIMA FREUNDE sage, dass wir natürlich absolut dagegen sind, da noch mehr zu versiegeln. Jeder Grashalm, jeder Baum ist wichtig. Es ist auch nicht das Gleiche, wenn man einen Baum versetzt und aus dem natürlichen Wurzelumfeld im wahrsten Sinne des Wortes rausreißt.

Mich wundert auch ein bisschen, dass - das hatte ich zwischendurch in den Ausschüssen vernommen - die neue Fläche dann auf die andere Seite verlegt werden sollte, wo der Raum sowieso schon recht eng ist. Ich weiß nicht, ob man damit den Basketballspieler*innen, den Tennisspieler*innen und den Menschen, die versuchen, sich dort auf dem Bewegungsparcours fit zu halten, eine große Freude gemacht hätte. - Dies nur einmal am Rande.

Wir sind natürlich auch absolut dagegen, dass Firmen wie SNIPES da die Gelegenheit zur Vermarktung bekommen. In dem Vertrag steht, dass sie fünfmal im Jahr da irgendwelche großen Veranstaltungen machen dürfen und dafür sowohl den dann neu gebauten Basketballplatz als auch den vorhandenen Tennisplatz nutzen dürfen. Es kann mir auch niemand erzählen, dass nicht noch mehr Wiese dabei draufgeht, wenn dort fünfmal im Jahr große Kommerzveranstaltungen stattfinden.

Und nein, es geht wirklich nicht gegen die Kinder - ganz im Gegenteil. Bei allem, was die KLIMA FREUNDE anprangern oder auch fordern und vorschlagen, geht es immer - das wurde vorhin ja auch schon gesagt - vor allem um die Kinder und um die folgenden Generationen. Hier muss man dann natürlich abwägen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber auch noch das Stichwort „Naturerfahrungsräume“ in den Raum stellen. Kinder und Jugendliche brauchen nicht unbedingt versiegelte Plätze oder Plastikspielzeug in irgendeiner Form, um sich auszutoben, sich körperlich fit zu halten und das Leben zu genießen. Gerade jetzt im Lockdown ist, glaube ich, das Beste, was man den Kindern und Jugendlichen antun kann, sie in die Natur zu schicken.

Als letzten Punkt, den ich mir notiert hatte, möchte ich noch das Stichwort „Sanierung“ ansprechen. Hier geht es um Bürger*innenbeteiligung und darum, die Menschen vor Ort zu fragen. Ich weiß; das wurde in den Ausschüssen auch schon einmal vorgeschlagen. Es muss dann doch nicht immer eine Firma machen. Es können ja auch Menschen zusammen machen. Es kann auch ein superschönes Gemeinschaftsprojekt der Menschen sein, die sich dort ohnehin schon immer aufhalten. Sie können das dann so gestalten, wie es ihnen gefällt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine Verwaltungsvorlage abzulehnen, ist immer nicht besonders schön. Das kommt auch selten vor. Normalerweise zieht die

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 58

Verwaltung eine Vorlage dann rechtzeitig zurück, damit sie sich die Ablehnung erspart.

Hier ist es jetzt anders gelaufen. Das hat mich, ehrlich gesagt, durchaus erstaunt, da spätestens seit den Beschlüssen der Bezirksvertretung Innenstadt, aber auch schon seit der Kommunalwahl und der veränderten Zusammensetzung hier im Rat eigentlich relativ klar war, dass dieses Projekt in dieser Form beerdigt wird.

Die Verwaltung hat aber ohne jede Änderung an ihrem Plan festgehalten. Das führt dann heute zu dieser Ablehnung, über die ich mich in diesem Fall als Freund der Blumen und Bienen doch sehr freue.

Wenn man die Redner - es waren ja zwei Redner - von SPD und FDP heute gehört hat, könnte man draußen den Eindruck gewinnen, als würde dort ein Platz abgeschafft. Das ist doch überhaupt nicht der Fall. Es gibt einen Basketballplatz an dieser Stelle, und er bleibt auch erst einmal erhalten.

Wie gesagt, bleibt er erst einmal erhalten. Ralf Klemm hat ja auch zu Recht ins Spiel gebracht, dass eine Ertüchtigung dieses Platzes durchaus im Rahmen des Möglichen ist. Da warten wir dann eben auf eine neue Verwaltungsvorlage.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Hier wurde schon verschiedentlich geraunt und angedeutet, dass es ja auch andere Standorte für eine solche große Anlage, Herr Breite, geben könne. Ich sage jetzt einmal als Ehrenfelder und jemand, der tagtäglich durch dieses Gebiet radelt: Unsere Bezirkssportanlage - Prälat-Ludwig-Wolker ist die richtige Bezeichnung; ich habe mich extra noch einmal versichert -, die im Basketballjargon mehrere Würfe von der ursprünglichen Stelle entfernt ist, ist in meiner Ansicht nach durchaus geeigneter Standort, der natürlich von der Verwaltung geprüft werden muss.

Es stimmt, dass die Bürgerbeteiligung, die es zu dieser Anlage jetzt gab, dort bislang keinen Basketballplatz vorsieht. Das war in der Tat kein Thema. Für diejenigen, die diese Fläche nicht kennen: Es gibt eine große versiegelte Fläche. Dort ist eine Skateranlage gewünscht. Das war übrigens schon einmal ein Beschluss aus dem Bürgerhaushalt. Meines Erachtens ist diese versiegelte Fläche aber groß genug, um sowohl eine

Skateranlage als auch einen Basketballplatz aufnehmen zu können.

Ich bitte die Verwaltung, das bei einer Erarbeitung einer neuen Vorlage dann doch einmal zu prüfen. Denn ich kann mir das durchaus vorstellen. Und ein Basketballplatz in einer Bezirkssportanlage macht für mich wesentlich mehr Sinn, als ihn in einer geschützten Grünanlage zu platzieren.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich halte fest: Die SPD will den bisherigen Platz abschaffen und einen größeren Platz bauen. Wir wollen den bisherigen Platz erhalten und einen größeren Platz an geeigneter Stelle neu bauen.

Jetzt können Sie sich selber ausrechnen, wer mehr Flächen für Basketballer schafft. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Herr Zimmermann. - Herr Bezirksbürgermeister Hupke, bitte.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Herr Bürgermeister Wolter, lieber Andreas! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fand, dass das sehr interessante Beiträge waren, und danke auch für viele. Aber ich will doch das eine oder andere kurz richtigstellen.

Meine Kolleginnen und Kollegen und ich hatten die Ehre, mit Lukas Podolski einen Fußballplatz der Öffentlichkeit zu übergeben, nämlich die „Kuhle“ in der Nähe des Bauspielfeldes am Oberländer Wall. Lukas Podolski war auch ein zweites Mal Mäzen, und zwar an der Severinsbrücke beim Fußballplatz für die RheinFlanke.

Lukas Podolski hat nie eine Bedingung gestellt. Er hat es einfach gegeben und kein großes Aufheben darum gemacht. Das nenne ich Mäzenatentum.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 59

Das nenne ich Mäzenatentum. Man gibt es altruistisch, weil man der Stadt etwas zurückgeben will, weil man durch diese Stadt groß geworden ist.

So etwas ist zu begrüßen. Die Brauerei Reissdorf - ich nenne auch den Namen - hat für viel Geld Sportgeräte aufgestellt. Da waren wir auch bei der Eröffnung. Ich habe dem Geschäftsführer gesagt: Machen Sie doch etwas daraus, dass Sie solche Geräte und Geld zur Verfügung gestellt haben; hier ist die entsprechende Öffentlichkeit da. - Darauf sagte er: Herr Hupke, wir wollen kein Aufheben. Wir sind durch diese Stadt sehr gut bedient und verdienen entsprechend. Wir wollen das ganz still machen. Wir wollen der Stadt etwas zurückgeben.

Wäre aber dieses Sponsoring hier zustande gekommen, wäre das das Trojanische Pferd zur Privatisierung des Grüngürtels gewesen. Da können Sie das noch so sehr schönreden. Das kriegen Sie nicht weg - und das auch noch im Erbe Adenauers.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen nur sagen: Ich habe Sport gemacht bis zum Gehtnichtmehr. Daher kenne ich den Grüngürtel auch so gut. Ich bin Marathonläufer gewesen, habe im Hochschulsport Judo gemacht und habe auch da viel Kraftsport gemacht. Aber hier - - Ich bin auch in der Lenkungsgruppe Masterplan. Und Albert Speer hat immer gesagt, dass der Innere Grüngürtel der Central Park von Köln ist und nicht weiter angenagt werden darf. So, wie das da stattfinden soll, muss das einfach nicht geschehen.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Ich bin unglaublich dankbar dafür, dass hier, wie ich das heute mitbekomme, jetzt ein Punkt gemacht wird. Und wir haben denen immer die Brücke gebaut. Du warst auch da, Uli; alle waren da. Wir haben dieser Firma die Brücke gebaut. Ich muss sagen, dass die Firma sehr offen war. Sie hat auf jede Frage ganz ehrlich und offen geantwortet. Wir haben ihr Brücken gebaut. Diese Brücken sollen auch dableiben. Dann kann man immer noch zusammenkommen. Du hast auch gesagt: Vielleicht kriegen wir den Kompromiss hin. - Das ist auch so weit klar.

An eines will ich noch sehr deutlich erinnern. Sehr geehrte Damen und Herren, es ist einfach anders geworden. Und ich bin kein Fundi bei den Grünen.

Das darf ich jetzt einmal hier sagen. Ich bin immer noch ein Pragmatiker, und ich bin immer noch einer, der versucht, den Ausgleich zu finden.

Bürgermeister Andreas Wolter: Sie reden hier aber als Bezirksbürgermeister.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Dass ich einmal erlebe, dass mir Eltern schreiben, die Unterschriften dafür sammeln, dass ihre Kita oder ihre Schule nicht mit Containern in den Grüngürtel gebaut wird - sie wollen das nicht -, ist sensationell. Es hat sich geändert. Es hat sich enorm geändert. Und das ist die Mittelschicht. Das ist die Mitte. Das sind nicht die linken Fundis oder sonst irgendwelche Leute, die Krawall machen wollen. Das ist die gute Mittelschicht, die in der Montessori-Schule gesagt hat: Wir wollen nicht im Grüngürtel die Container haben, weil dafür soundso viele Bäume fallen müssten.

Das ist in der Tat neu. Wir haben den Klimanotstand ausgerufen und haben es drauf, darauf zu achten. Und ich kann nur sagen - - Dann habe ich sogar noch ein bisschen Zeit über. Die lasse ich Ihnen auch als Geschenk. Ich kann nur sagen, wenn man sagt - -

Ach so: Der Naturschutzbeirat hat das übrigens schon vor vier Jahren gesagt. Wir haben das in den Beschluss aufgenommen. Wir wollen von ihm eine neue Stellungnahme haben. Die haben wir auch nicht bekommen.

Ich kann nur sagen: Wenn die Klimakrise nicht gestoppt wird, wird es so trocken, dass man gar kein Kind im Regen stehen lassen kann. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Hupke. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir haben den Beschluss des Finanzausschusses vorliegen. Er hat die Vorlage mehrheitlich abgelehnt.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 60

Ich frage einmal: Wer möchte dieser Vorlage hier seine Zustimmung geben? - Das sind die SPD, die AfD und die FDP. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist die Vorlage mehrheitlich abgelehnt.

(Vereinzelt Beifall)

Tagesordnungspunkt

10.14 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln 2021-2025 1805/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Frau Gabrysch, bitte.

(Zurufe: Oh!)

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Entschuldigung. Es ist schön, dass ich es auch heute doch noch geschafft habe, hier wieder ein Stöhnen und Kühnen hervorzubringen. Ja, es tut mir leid. Ich sage immer wieder: Ich bin gerne Teil der Runde, in der die Fraktionsgeschäftsführer untereinander besprechen, zu welchen Punkten geredet wird oder nicht. - Aber diese Information hat mich leider nicht erreicht. Deswegen rede ich jetzt da, wo ich es wichtig finde.

Grundsätzlich finde ich das natürlich total gut. Ich möchte aber etwas ergänzen. Ich wünsche mir ganz dringend, dass die Stadt zusätzlich verstärkt den Fokus auf die Kinder und Jugendlichen legt, die von Lockdown und Homeschooling traumatisiert sind.

Da spreche ich tatsächlich auch aus persönlicher Erfahrung, weswegen mir das umso mehr ein Herzensthema ist. Vielleicht bringt das ja auch bei denjenigen, die hier gerade geköhmt und gestöhnt haben, ein bisschen Nachsicht dafür hervor, dass ich es mir nicht nehmen lasse, hier jetzt zu reden.

Es gibt wirklich wahnsinnig viele Kinder und Jugendliche, die gerade total traumatisiert sind, die Schulangst haben und die Schule vermeiden. Wie wir alle wissen, gibt es das Schuleschwänzen. Dann gibt es das Schulestreiken; ja, auch das gibt es. Und dann gibt es tatsächlich auch das Schulleistungsverwehren; und darum geht es gerade. Gründe dafür können Angststörungen und Depressionen sein.

Hier brauchen wir ganz dringend zusätzliche Hilfsangebote. Die Wartelisten bei den Kinder- und Jugendpsychologen und -psychotherapeuten sind viel zu lang. Wenn man ein schwer depressives, selbstmordgefährdetes Kind zu Hause hat, kann es im wahrsten Sinne des Wortes tödlich enden, wenn man so lange warten muss.

Es geht hier um Kinder- und Jugendförderpläne und darum, was wir da in den nächsten Jahren machen können. Und wenn Kinder aus Schulangst nicht mehr in die Schule gehen oder vielleicht sowieso aus noch viel schlimmeren Gründen seit Monaten entschult sind, dann ist das meiner Meinung nach - Entschuldigung; vielleicht sehen das andere anders; aber meiner Meinung nach ist das genau so - eine ganz zentrale und ganz wichtige Stelle, an der ein Kinder- und Jugendförderplan greifen sollte.

Ich möchte - als Anregung an Menschen, die sich hierzu vielleicht noch ein paar Gedanken machen - noch das Beispiel von Essen mit auf den Weg geben. Dort existiert seit 2004 eine sogenannte Schulvermeidungs-Ambulanz. Damit hat man sehr gute Erfahrungen gemacht. - Danke.

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Frau Gabrysch. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann können wir zur Abstimmung kommen. Wir stimmen ab über die aktualisierte Beschlussfassung in Anlage 4, also wie Jugendhilfeausschuss und wie Finanzausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Enthaltungen der AfD. Dann haben wir mit großer Mehrheit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.15 Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden hier: Einstellungsbeschluss

Aufgabe der städtischen Flüchtlingsunterkunft Weißdornweg 21, 21 a-c, 50996 Köln-Rondorf und Versetzung der modularen Gebäude zum städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 61**hier: Rückbau- und Baubeschluss
2831/2021**

Wird dazu das Wort gewünscht? - Bitte schön.

Philipp Busch (AfD): Herr Bürgermeister, vielen Dank. - Wir bitten darum, über die drei Punkte einzeln abzustimmen. - Danke.

Bürgermeister Andreas Wolter: Dann können wir auch so verfahren. Sie haben die Vorlage vorliegen. Einen Moment, bitte. - Wir stimmen also ab wie Finanzausschuss. Jetzt habe ich auch den Auszug aus dem Finanzausschuss vorliegen. Ich denke, dass Sie ihn auch alle vorliegen haben. Dann rufe ich hier die Punkte nacheinander auf.

Wer ist gegen den Beschluss des Finanzausschusses in Punkt 1? - Wer enthält sich? - Niemand.

Dann rufe ich den Punkt 2 auf. Wer ist gegen den Beschlussvorschlag wie Finanzausschuss bzw. Anlage 10? - Wer enthält sich? - Niemand.

Dann kommen wir zu dem Punkt 3. Wer ist gegen den Beschlussvorschlag, wie er im Finanzausschuss beschlossen worden ist? - Das ist die AfD. Wer enthält sich? - Niemand.

Dann haben wir alle drei Punkte mit Mehrheit so beschlossen.

Jetzt haben wir noch den Prüfauftrag der Bezirksvertretung 2 in Anlage 13. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Niemand. Dann waren wir hier einstimmig.

Dann müssen wir über die Vorlage noch Gesamtabstimmen, und zwar so - das habe ich jetzt schon dreimal gesagt - wie im Finanzausschuss beschlossen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen, wie wir auch eben über die vier Punkte abgestimmt haben.

Tagesordnungspunkt

**10.16 Beteiligung an einer Technologie-Initiative im Bereich Bau- und Immobilienwirtschaft
2937/2021**

Wird dazu das Wort gewünscht? - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.17 Denkmal zu den Anschlägen des NSU in der Keupstraße und der Probsteigasse
hier: Annahme des Siegerentwurfs des Künstlers Ulf Aminde auf Grundlage der einstimmigen Empfehlung der Jury und Festlegung des Standorts, Gedenktafel Probsteigasse, Kuratorium Denkmal Keupstraße
2699/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., Volt und von RM Zimmermann (GUT Köln)
AN/2373/2021**

Dazu habe ich schon vier Wortmeldungen vorliegen. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? - Ja wohl. Das wird hier notiert. - Wir beginnen mit Frau Yazicioglu. Bitte schön.

Dilan Yazicioglu (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 9. Juni 2004 explodierte eine Nagelbombe in der Kölner Keupstraße. 22 Menschen wurden verletzt, vier von ihnen schwer - inmitten eines der vielfältigsten, lebhaftesten und offensten Stadtteile, die Köln zu bieten hat, in Mülheim. Dieser feige Anschlag traf Kölnerinnen und Kölner mitten ins rheinische Herz.

Niemand kann die Jahre der Trauer der Betroffenen ungeschehen machen und ihnen ihren Schmerz und Zorn nehmen. Wir können ihnen aber zeigen, dass sie mit ihrer Trauer nicht alleine sind. Wir können ihnen zeigen, dass wir die Opfer nicht vergessen haben und dass wir gemeinsam zusammenstehen, um rechtsextreme Gewalt in unserer Stadt zu bekämpfen.

(Beifall)

Vor wenigen Tagen jährte sich die Selbstenttarnung der rechtsextremistischen Terrorgruppe NSU. Deshalb ist es so wichtig, dass wir heute die Errichtung des Denkmals an der Keupstraße beschließen.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 62

Ich bedanke mich bei Frau Oberbürgermeisterin Reker, bei den Initiativen, die leider nicht mehr hier sind, beim Integrationsrat und bei der Verwaltung, deren Einsatz wir diese Vorlage zu verdanken haben.

Gemeinsam setzen wir heute ein Zeichen gegen das Vergessen und für die Heilung der tiefen Wunden, die die Taten des NSU in unserer Gesellschaft hinterlassen haben.

Diese Wunden zu heilen, geht weder schnell noch einfach, sondern ist eine Aufgabe, die noch mancher gemeinsamen Anstrengung bedarf.

Daher ist es wichtig, die Beschlussvorlage dahin gehend zu ergänzen, dass der Platz zu einem öffentlichen Raum wird, der für alle jederzeit zugänglich ist, um den Wünschen der Betroffenen und der Initiativen, aber auch unserer Gedenkkultur gerecht zu werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Denkmal wird nicht nur für die Opfer des NSU und deren Familien ein Ort des Erinnerns und des Gedenkens sein. Es wird ein Ort sein, der täglich Anklage erhebt, rassistische Strukturen sichtbar macht und zum politischen und gesellschaftlichen Widerstand dagegen auffordert - ein Denkmal unserer Verantwortung im Kampf gegen den Rassismus und ein Bekenntnis für den Frieden in unserer bunten Stadt.

Lassen Sie uns heute beginnen, nicht mit Worten, sondern mit Taten voranzuschreiten, um diesem Frieden ein Stück näher zu rücken. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Yazicioglu. - Herr Erkelenz, Sie haben das Wort.

Martin Erkelenz (CDU): Herr Bürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der 9. Juni 2004 hat einen tiefen Schmerz - meine Kollegin sagte es schon - in unser kölsches Herz gerissen.

Der 9. November ist ein Tag des Nachdenkens. Heute Morgen haben wir der Pogrome von 1938

gedacht. Der 9. November ist ein sehr facettenreicher Tag in unserer gemeinsamen Geschichte in Deutschland.

Ausgerechnet an einem solchen denkwürdigen Tag beschließen wir einen Gedenkort, den wir eigentlich gar nicht haben wollten; denn ein Attentat in einer solchen Form brauchen wir in Köln einfach nicht.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Wir müssen damit leben, und wir müssen das machen, was wir in Köln am besten können, nämlich in einer solchen Situation zusammenhalten. Hier halten wir parteiübergreifend zusammen. Ich möchte mich bei allen bedanken, die hierzu beigetragen haben. Es war sicherlich ein mühsamer Weg bis heute. Dank geht also an alle, die daran mitgearbeitet haben, dass wir jetzt endlich beschließen können, ein Denkmal an einem würdigen Ort zu errichten.

Das ist heute ein wichtiger Tag - ein 9. November, der es auch für Köln wiederum historisch macht. Wir können damit, glaube ich, im Herzen derer, die das Attentat sehr betroffen machte, einiges gutmachen.

Ich möchte insofern allen danken, die hier mitgeholfen haben - dem Integrationsrat, den Betroffenen in der Keupstraße und in der Probsteigasse sowie der Verwaltung. Man kann, glaube ich, sagen, dass in den letzten beiden Jahren auch durch die Verwaltung, durch Herrn Greitemann und durch viele andere, dankenswerterweise Schwung in den Vorgang gekommen ist, sodass wir heute endlich das beschließen können, was wir vor vielen Jahren eigentlich schon hätten beschließen wollen. Danke schön allen, die hier mitgemacht und mitgeholfen haben!

Jetzt müssen wir weiter daran arbeiten, dass dieses Denkmal, diese Begegnungsstätte, diese Gedenkstätte auch wirklich schnellstmöglich realisiert werden kann. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Erkelenz. - Frau Brock-Storms, bitte.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 63

Claudia Brock-Storms (SPD): Guten Abend! Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne noch Tayfun Keltek persönlich begrüßen, weil ich denke, dass ihm im Laufe der Jahre mit am meisten Dank dafür gebührt, dass wir das jetzt so beschließen können. Danke, Tayfun!

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen die Änderungen zu den Erinnerungsorten Probsteigasse und Keupstraße ausdrücklich.

Wir haben aber - genauso wie die Oberbürgermeisterin, an die dieses Schreiben wohl ging; die anderen Fraktionen werden es auch bekommen haben, denke ich - aus der kurdischen Community den Hinweis erhalten, dass sie, wenn bestimmte Worte in einer anderen Sprache kommen und es dann nur Türkisch ist, nicht ganz so glücklich mit diesem Prozess ist.

Deshalb möchten wir darum bitten, in dem weiteren Verfahren nicht zu vergessen, dass Türken und Kurden Opfer des NSU waren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Darum bitten wir, im Verfahren für das Kuratorium Denkmal Keupstraße weiter im Hinterkopf zu haben, dass das bei der Gestaltung des Erinnerungsortes auch bedacht werden muss. Das wollten wir Ihnen nur mit auf den Weg geben. - Besten Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Brock-Storms. - Als Nächster steht Herr Detjen auf meiner Rednerliste.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Anwesenden! Für uns, DIE LINKE, ist dieses Mahnmal in der Keupstraße zum Gedenken an die Opfer der NSU-Morde und -Anschläge insbesondere in der Probsteigasse 2020 und in der Keupstraße 2004 auch eine Erinnerungsstätte - für die Opfer, für die Familienangehörigen, für die Anwohnerinnen und Anwohner.

Wir wollen uns aber auch daran erinnern, dass die blutige Spur des NSU nicht vollständig aufgeklärt ist. Mit diesem Erinnern ist für uns auch verbunden, dass wir nicht lockerlassen sollten, bis alle Täter bestraft sind.

Damit meine ich Personen aus dem Verfassungsschutz, und ich meine Personen, die dem NSU unmittelbar geholfen haben.

Ali Demir von der Keupstraße hat recht, wenn er vor einigen Tagen im Fernsehen darauf hinwies, dass der NSU Informanten gehabt haben muss, die den Mördern viele Detailinformationen an die Hand gegeben haben.

Das Gleiche gilt für den Anschlag in der Probsteigasse. Das war ja eine iranische Familie, die einen Lebensmittelladen hatte, über dem ein deutscher Name prangte. Wie konnte der NSU wissen, dass das eine iranische Familie war?

Diese Sachen sind nicht aufgeklärt. Sie müssen aber aufgeklärt werden. Lassen Sie uns gemeinsam neben Mahnen und Erinnern auch die weitere Aufklärung bezüglich der Hintermänner und Helfershelfer immer wieder einfordern und betreiben.

(Beifall)

Danke an alle Engagierten für dieses Denkmal! Hervorheben möchte ich die Betroffenen, die Angehörigen, die Initiative „Keupstraße ist überall“, die IG Keupstraße und den Kölner Integrationsrat mit Tayfun Keltek; wir waren 2004 nach dem Anschlag in der Keupstraße vor Ort.

Ich möchte mich aber auch bei den Kölner Rechtsanwälten bedanken, die jahrelang nach München gefahren sind und die Nebenklage mit vertreten haben. Ich kenne verschiedene Rechtsanwälte gut und habe oft mit ihnen gesprochen und habe sie damals auch gebeten, diese Prozesse zu übernehmen. Auch dafür geht Dank an sie.

Deswegen ganz zum Schluss: Wir haben ja - das ist schon angesprochen worden - einen gemeinsamen Änderungsantrag vorliegen. Dieser gemeinsame Änderungsantrag ist sehr wichtig; denn so, wie es in der Verwaltungsvorlage vorgesehen war, würde das Denkmal sonst nicht funktionieren. Insofern geht also auch Dank an alle demokratischen Fraktionen.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 64

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Detjen. - Frau Ruffen, bitte.

Stefanie Ruffen (FDP): Ich spreche kurz vom Platz aus. - Wir haben uns ein kleines bisschen über das Vorgehen beim Änderungsantrag geärgert; denn wir hätten ihn gerne mitgetragen. Aber wir wollen da heute nicht kleinlich sein; denn was wir hier machen, ist so wichtig, dass es nicht auf irgendwelche bürokratischen Vorgänge ankommt.

Wir unterstützen die Vorlage und den Änderungsantrag vollumfänglich und freuen uns, dass nun endlich eine Lösung gefunden worden ist, die hier auf so breite Zustimmung stößt. - Danke schön.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Frau Ruffen. - Frau Venturini, bitte.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Liebe Zuschauer*innen am Stream! Es ist heute wirklich ein bedeutender Moment. Wir von der Volt-Fraktion fühlen uns fast schon geehrt, diesen Beschluss, der jahrelang im Prozess war, jetzt mittragen zu können. Wir müssen uns wirklich noch einmal vor Augen halten, dass wir jetzt endlich diesen Beschluss mit diesen wichtigen Änderungen treffen können.

Hier geht auch unser Dank an die betroffenen Familien und an die engagierten Bürgerinnen und Bürger der Initiativen, die jahrelang mühevoll diesen Prozess begleitet und aktiv mitgestaltet haben.

Gleichzeitig geht ein großer Dank an die Oberbürgermeisterin, Frau Reker, aber auch an die gesamte Stadtverwaltung, die es ermöglicht hat, jetzt auch wirklich wichtige Schritte einzuleiten.

Dass zum Beispiel dieser Platz in öffentliche Hand übergeht, ist unfassbar wichtig. Denn dieser Platz, dieses Mahnmal, diese Erinnerungsstätte wird allen Kölnerinnen und Kölnern gehören. Das wird ein Platz sein, auf dem aktiv Geschichte betrieben

wird und hoffentlich für die zukünftigen Generationen noch einmal aufgezeigt wird, was Rechts extremismus uns wirklich antun kann.

Deswegen wir sind unfassbar froh. Wir hoffen sehr, dass der weitere Prozess schnell vonstattegeht, und vor allen Dingen, dass er weiterhin unter Beteiligung der betroffenen Familien und der Initiativen durchgeführt wird, damit auch keine weiteren Fehler oder Verzögerungen entstehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Frau Venturini. - Gibt es noch weitere Wortmeldungen? - Frau Gabrysch, bitte.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Nur ganz kurz vom Platz. Ich möchte auch nicht die Dinge, die gesagt wurden, wiederholen, sondern mich im Namen der KLIMA FREUNDE nur absolut anschließen und anmerken, dass wir natürlich auch gern die Gelegenheit genutzt hätten, den Antrag mit zu stellen. Mit anderen Worten: Wir stehen auch zu 100 Prozent dahinter. - Danke.

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Frau Gabrysch. - Herr Keltek, bitte. Sie haben das Wort.

Tayfun Keltek (Integrationsrat): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist mein erster Auftritt in dieser Ratsperiode. Ich nutze diese Gelegenheit, die konstruktive Zusammenarbeit des Integrationsrates hier deutlich zu unterstreichen und gleichzeitig Grüße des Integrationsrates an Sie weiterzugeben.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte ganz kurz die Historie darstellen. Das hängt sehr eng mit diesem Denkmal zusammen, das wahrscheinlich über Köln hinaus bundesweit eine große Dimension haben wird. Nach den Diskussionen in den letzten Jahren haben wir ja festgestellt, dass da bundesweit ein großes Interesse existiert.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 65

19. Januar 2001: Anschlag in der Probsteigasse. Eine iranischstämmige Frau ist schwer verletzt worden.

9. Juni 2004: Nagelbombenanschlag des NSU in der Keupstraße. Da hatte man beabsichtigt, mehrere Menschen zu töten. Damals wollten sie noch nicht einzelne Menschen erschießen, wie sie das nachher getan haben. Sie haben ja zehn Menschen erschossen, davon acht aus der Türkei, einen aus Griechenland und eine deutsche Polizistin.

Nach diesem zweiten Anschlag in der Keupstraße hat es sieben Jahre gedauert, in denen die Gerüchte im Raum standen, dass das auf jeden Fall Clankriminalität war. Das heißt ja, dass Rauschgiftbanden untereinander so etwas verübt haben, dass also zum Beispiel kurdische oder türkische ethnische Gruppen sich bekämpfen und daraus das dann entstanden ist. Das war auf keinen Fall so. Aber sieben Jahre lang hat man diese Straße und ihre Bürgerinnen und Bürger unrechtmäßig entsprechend beschuldigt.

4. November 2011: Zufällig stellte sich heraus, dass doch die Angehörigen der NSU-Mördergruppe dort die Täter waren. Das hatten wir als diejenigen, die davon betroffen sind, ja lange vermutet. Dann wurde das endlich einmal entlarvt.

20. Januar 2015: Der Antrag des Integrationsrates für ein Denkmal wird vorgelegt. Das war sicher nicht so einfach. Aber der Rat hat sehr vernünftig und sehr gut darauf reagiert.

11. Februar 2015: Der Rat hat die Verwaltung beauftragt, ein Verfahren für ein zukunftsorientiertes Denkmal zu entwickeln. Daraufhin haben wir als Integrationsrat parallel als zweiten Antrag oder mindestens Vorhaben erklärt: Wir wollen gegen die Entwicklung des Rassismus - das Ende des Rassismus sind ja diese Anschläge, bei denen Menschen getötet werden - langfristig etwas unternehmen.

Sie wissen auch, dass Rassismus sich aus der Idee von Ungleichwertigkeit speist. Den Menschen, die meinen, dass die anderen nicht gleichwertig seien, müssen wir da reingrätschen und klar sagen: Das stimmt einfach nicht.

Die Menschen mit internationaler Familiengeschichte - diesen Begriff benutze ich ganz bewusst - haben andere Kompetenzen und andere

Fähigkeiten, die ihrer Herkunft und ihrer ethnischen Zugehörigkeit entsprechen. Das ist nicht ein Nachteil, sondern eine große Bereicherung für dieses Land, weil wir damit ein Potenzial haben.

Vor diesem Hintergrund haben wir gesagt: Weil in Köln bei diesem Bombenanschlag 22 Menschen zum Teil schwer verletzt worden sind, sollen 22 bilinguale Kindergartengruppen eingerichtet werden. - Dafür haben wir im Haushalt schon finanzielle Möglichkeiten. Aber wir wünschen, dass diese 22 bilingualen Kindergartengruppen auch mit den Herkunftssprachen dieser Kinder eingerichtet werden.

6. November 2016: In dem aufgrund des Antrags des Integrationsrates und des Ratsbeschlusses durchgeführten Verfahren wurde durch eine Jury die Entscheidung für den Vorschlag von Professor Aminde getroffen. Dadurch ist das dann ja in die Wege geleitet worden. Wir haben jahrelang dafür gekämpft, den Standort auf jeden Fall durchzusetzen.

Da möchte ich mich ganz herzlich bei Frau Oberbürgermeisterin Reker bedanken. Sie hat uns immer unterstützt.

Nicht vergessen möchte ich Herrn Greitemann. Wir haben uns mehrmals getroffen und mehrmals Gespräche geführt. Am Ende war Herr Greitemann auch im Integrationsrat. Außerdem hat er, wie ich erfahren habe, die wichtige Initiative ergriffen und sich bei dem neuen Käufer des Grundstücks dafür eingesetzt oder es zum Teil auch zur Voraussetzung dafür gemacht, dass dieser Kauf dann überhaupt stattfindet. Ganz herzlichen Dank, Herr Greitemann. Ich finde es toll, dass Sie sich in der Form eingesetzt haben.

Meine Damen und Herren, wir haben in der Zeit als Integrationsrat ja mit allen Initiativen, die zum Teil ein Denkmal - -

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt)

- Sofort. Im Integrationsrat habe ich keine Redezeitbegrenzung. Deswegen tut mir das leid. Es dauert vielleicht noch eine Minute.

Bürgermeister Andreas Wolter: Wenn Sie dann bitte zum Schluss kommen.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 66

Tayfun Keltek (Integrationsrat): Wir haben viele Initiativen. Zum Teil wollten sie nicht stigmatisiert werden und wollten deshalb kein Denkmal in der Straße. Dann haben wir sie überzeugt. In der Keupstraße und überall haben wir überzeugt. Wir haben mehrere Gespräche geführt. Auf diese Weise haben wir das dann hingekriegt.

Meine herzliche Bitte ist, dass das möglichst bald auch wirklich verwirklicht wird. Es würde mich sehr freuen, wenn wir landesweit stolz erklären könnten: In Köln haben wir etwas Besonderes geschafft. - Denn dann haben wir ein deutliches Zeichen gegen die Entwicklung des Rassismus gesetzt. - Danke schön für das Zuhören.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Keltek. - Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, sodass wir zur Abstimmung kommen können.

Zuerst lasse ich über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, Volt und Herrn Zimmermann abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Nun können wir über die Vorlage in der jetzt geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir auch hier einstimmig so beschlossen.

Ich bedanke mich für den einstimmigen und auch wirklich wichtigen Beschluss, den wir heute gefasst haben.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

10.19 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Bereich Filmkultur: Filmhaus Köln - Eröffnung 2800/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Dann haben wir mit großer Mehrheit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.20 Erhöhung der institutionellen Förderung für MusikFabrik Landesensemble NRW e. V. 3486/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Enthaltungen der AfD. Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Den TOP 10.22 hatten wir schon.

Tagesordnungspunkt

10.23 Zuschussgewährung Stromsparcheck der Caritas 1370/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das mit großer Mehrheit beschlossen.

TOP 10.24 ist von der Tagesordnung genommen worden.

Dann kommen wir zu:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Tagesordnungspunkt

11.1 218. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 2, Köln-Rodenkirchen; Arbeitstitel: Mertener Straße in Köln-Marienburg hier: Feststellungsbeschluss 2851/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen?

Wir stimmen ab wie Vorlage. Die Prüfbitte der BV 2 wird die Verwaltung sehr gern mit aufnehmen.

Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

11.2 219. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 2, Köln-Rodenkirchen; Arbeitstitel: „Parkstadt Süd“ in Köln-Zollstock, -Raderberg und -Bayenthal hier: Feststellungsbeschluss

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 67**2855/2021**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Hammer, bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen der Beschlussvorlage hier zu, würden aber auch gerne noch im weiteren Verfahren die Anregungen aus den Bezirksvertretungen entsprechend gewürdigt wissen, stimmen aber jetzt - -

Bürgermeister Andreas Wolter: Sie sprechen jetzt sehr schnell. Ich kann Sie kaum verstehen.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Wir stimmen sehr gerne der Vorlage zu, würden aber gerne die Hinweise oder die Beschlussfassung aus der Bezirksvertretung im weiteren Verfahren entsprechend gewürdigt wissen. Wir beschließen jetzt in der Vorlage - - Das waren ja noch Änderungswünsche, was Sportplätze etc. angeht. Unsere Bitte ist, dass die Verwaltung das noch einmal mitnimmt und im weiteren Verfahren berücksichtigt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Herr Greitemann nickt. Er nimmt diese Anregung also auf.

Ansonsten stimmen wir ab wie Vorlage - mit den Anregungen, die gerade gegeben wurden. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Möchte sich jemand enthalten? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Dann rufe ich auf:

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Dellbrück
Arbeitstitel: Hatzfeldstraße/Radiumstraße in Köln-Dellbrück
3345/2021

Der Stadtentwicklungsausschuss hat bei Enthaltung der SPD einstimmig zugestimmt.

Wird hier noch das Wort gewünscht? - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die SPD enthält sich. Dann ist das aber mit großer Mehrheit so angenommen.

Nun kommen wir zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 277. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2412/2021

Der Verkehrsausschuss hat einstimmig zugestimmt; siehe Anlage 11. Die Beantwortung einer Nachfrage ist in Anlage 12 zu finden.

Wird noch das Wort gewünscht? - Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

16.2 Zwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29. Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
2812/2021

Auch dem hat der Verkehrsausschuss einstimmig zugestimmt.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit so beschlossen.

Dann kommen wir zu:

17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

17.1 Berufung von Mitgliedern mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung
3221/2021

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen.

12. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 68

TOP 17.2 haben wir nicht mehr.

Tagesordnungspunkt

**17.3 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss
3554/2021**

Hier wollen wir Herrn Jörg Marquardt als beratendes Mitglied anstelle von Herrn Wolfgang Schmidt wählen.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir das so beschlossen.

TOP 17.4 und TOP 17.5 sind zurückgestellt.

Tagesordnungspunkt

**17.6 Antrag der Fraktion Volt betreffend „Neubesetzung Sachkundiger Bürger Gesundheitsausschuss“
AN/2328/2021**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.7 Berufung von Mitgliedern für die Kommunale Gesundheitskonferenz durch den Rat der Stadt Köln
3580/2021**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „TOP 17 - Neuwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Digitalausschuss“
AN/2326/2021**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.9 Akademie der Künste der Welt/Köln gmbH; hier: Entsendung in den Aufsichtsrat
3738/2021**

Gibt es hier Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.10 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „TOP 17 - Neuwahl eines Mitgliedes der Kommunalen Gesundheitskonferenz“
AN/2377/2021**

Frau Gärtner, bitte.

Ursula Gärtner (CDU): Herr Bürgermeister, in dem Beschlussvorschlag zu TOP 17.10 ist leider bei uns ein Wort abhandengekommen. Richtig muss es heißen: als stellvertretendes Mitglied.

Bürgermeister Andreas Wolter: Also:

Der Rat wählt Herrn Alexander Yohannes anstelle von Herrn Henk van Benthem als stellvertretendes Mitglied in die Kommunale Gesundheitskonferenz.

(Ursula Gärtner [CDU]: Ja, so ist das!)

Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Möchte sich jemand enthalten? - Dann haben wir auch hier einstimmig so beschlossen.

Damit haben wir den öffentlichen Teil der Sitzung beendet und können jetzt die Nichtöffentlichkeit herstellen. Danke fürs Kommen!

(Schluss: 19.53 Uhr)